

ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

Herausgegeben von der
Deutsch-Chinesischen
Juristenvereinigung e.V.

In Verbindung mit dem
Deutsch-Chinesischen Institut
für Rechtswissenschaft

Und dem Max-Planck-Institut für
ausländisches und internationales
Privatrecht

*Beate Gsell / Matthias Veicht, Der Schutz der
Wohnungsmieter in Deutschland und China*

*Dominic Köstner, Finanzierungsmöglichkeiten
ausländisch investierter Gesellschaften in China*

*Peter A. Windel, Menschen im Sinne des Gesetzes
sind nur körperliche Personen*

*Bibliography of Academic Writings in the Field of
Chinese Law in Western Languages in 2021*

Heft 2/2022

29. Jahrgang, S. 103–162





CAMBRIDGE
UNIVERSITY PRESS

20% Discount *on this title*

Expires 30 June 2022

Chinese Courts and Criminal Procedure

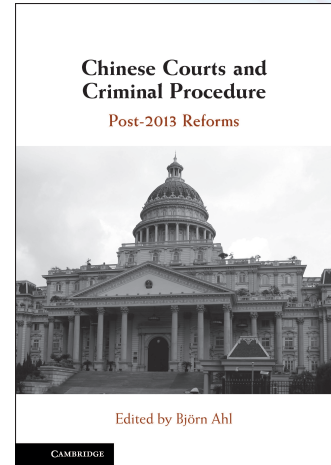
Post-2013 Reforms

Edited by Björn Ahl

University of Cologne

Contrary to the general perception of legal regression under Xi Jinping, this volume presents a more nuanced picture: It combines a wide range of analytical perspectives and themes in order to investigate questions that link institutional changes within the court system and legal environment with developments in criminal procedure law. The first part of the book investigates topics that contextualise institutional and procedural aspects of the law with a focus on various actors in the judiciary and other state and party organs. The second part of the book shifts the perspective to three controversial themes of criminal procedure reform: pre-trial custody review, live witness testimony in court and criminal reconciliation. By shedding light on performance evaluation of judges and interactions of courts and media the final part of the book introduces two sets of contextual factors relevant to the adjudication of criminal cases.

Post-2013 Reforms of the Chinese courts and criminal procedure: an introduction; 1. The meandering path of judicial reform with Chinese characteristics; 2. Dimensions and contradictions of judicial reforms in China; 3. How the Supreme People's Court drafts criminal procedure judicial interpretations; 4. Judicial (dis-)empowerment and centralisation efforts: institutional impacts of China's new supervision commissions; 5. A new model of habeas corpus in China? Procuratorial necessity examination of pre-trial custody; 6. Live witness testimony in the Chinese criminal courts; 7. Blood money and negotiated justice in China; 8. Performance evaluation in the context of criminal justice reform: a critical analysis; 9. From populism to professionalism: the media and criminal justice in China.



July 2021

229 x 152 mm c.350pp

Hardback 978-1-108-83330-1

Original price *Discount price*

£85.00 £68.00

\$110.00 \$88.00



www.cambridge.org/alerts

For the latest in your field

For more information, and to order, visit:

www.cambridge.org/9781108833301

and enter the code AHL2021 at the checkout

AUFSÄTZE

- Beate Gsell / Matthias Veicht*, Der Schutz der Wohnungsmieter in Deutschland und China 105

KURZE BEITRÄGE

- Dominic Köstner*, Finanzierungsmöglichkeiten ausländisch investierter Gesellschaften in China 119
- Peter A. Windel*, Menschen im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Personen 126

DOKUMENTATIONEN

- Bibliography of Academic Writings in the Field of Chinese Law in Western Languages in 2021
(*Knut Benjamin Pifßler / Maximilian Boddin / Arthur Helwich*) 132
- Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Rechtsanwendung bei
Streitfällen zu Mietverträgen über Häuser in Städten und Kleinstädten
(*Knut Benjamin Pifßler*) 154

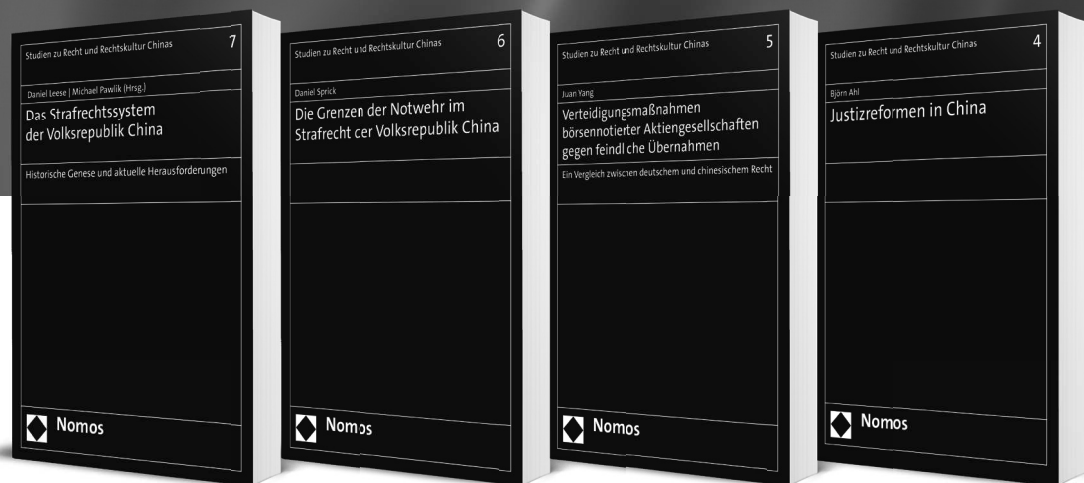
ADRESSEN

- Kanzleien mit einer Mitgliedschaft in der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V. 159



Studien zu Recht und Rechtskultur Chinas

Herausgegeben von Prof. Dr. Björn Ahl



Das Strafrechtssystem der Volksrepublik China

Historische Genese und aktuelle Herausforderungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Daniel Leese und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Michael Pawlik, LL.M.

2019, Band 7, 419 S., brosch., 109,- €
ISBN 978-3-8487-5578-3
nomos-shop.de/40709

Der Band versammelt in mehreren Einzelbeiträgen die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung zu den Besonderheiten des chinesischen Strafrechtssystems.

Die Grenzen der Notwehr im Strafrecht der Volksrepublik China

Von Dr. Daniel Sprick

2016, Band 6, 374 S., brosch., 99,- €
ISBN 978-3-8487-2768-1
nomos-shop.de/26712

Die Entwicklung des chinesischen Strafrechts mit seinen Brüchen und Beharrungskräften wird in diesem Buch anhand der Notwehr analysiert. Erfragt werden dabei die Strukturen der Notwehr und die Ausformung ihrer Grenzen in Chinas Rechtstradition, Rechtsmodernisierung und im gegenwärtigen Recht Chinas.

Verteidigungsmaßnahmen börsennotierter Aktiengesellschaften gegen feindliche Übernahmen

Ein Vergleich zwischen deutschem und chinesischem Recht

Von Dr. Juan Yang

2015, Band 5, 332 S., brosch., 86,- €
ISBN 978-3-8487-2569-4
nomos-shop.de/25385

Diese Arbeit untersucht aus gesellschafts- und kapitalmarktrechtlicher Perspektive unterschiedliche Verteidigungsstrategien gegen feindliche Übernahmen. Dabei wird das deutsche mit dem chinesischen Recht verglichen, und die jeweiligen Besonderheiten der beiden Rechtssysteme und ihre Ähnlichkeiten werden herausgearbeitet.

Justizreformen in China

Von Prof. Dr. Björn Ahl

2015, Band 4, 379 S., brosch., 99,- €
ISBN 978-3-8487-2034-7
nomos-shop.de/24297

Dieses Buch beschreibt die chinesischen Justizreformen als eine Justizialisierung und nimmt dabei die Rolle des Obersten Volksgerichts in den Blick. Analysiert werden auch die staatlichen Justizprüfungen, welche die parteistaatlichen Anforderungen an die richterliche Rechtsauffassung widerspiegeln.

Der Schutz der Wohnungsmieter in Deutschland und China

Beate Gsell/Matthias Veicht¹

Abstract

Das Wohnraummietrecht bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Vertragsfreiheit und staatlicher Regulierung. Angesichts der existenziellen Bedeutung des Wohnens rechtfertigen angespannte Wohnungsmärkte mit Angebotsknappheit einen gewissen Mieterschutz und damit eine Begrenzung der Vertragsfreiheit der Vermieter. Das deutsche soziale Mieterschutzrecht des BGB hat sich dementsprechend als Instrument zum Schutz der Daseinsvorsorge und des sozialen Friedens grundsätzlich bewährt. In China fehlt ein entsprechend ausgebautes Mieterschutzrecht bislang, obschon vor allem in Ballungszentren und Großstädten die Mieterquote in jüngerer Zeit deutlich gestiegen ist und ein knappes Wohnungsangebot zu beklagen ist. In weitgehender Kontinuität zum bisherigen Recht weist das chinesische Zivilgesetzbuch diesbezüglich einige Lücken auf, die angesichts der Verwerfungen auf dem chinesischen (Miet-)Wohnungsmarkt geschlossen werden sollten. Es sind inzwischen jedoch Bestrebungen erkennbar, die Mieterrechte in China zu stärken.

I. Einleitung

Es ist eine Binsenweisheit, dass Wohnen einerseits ein existenzielles Grundbedürfnis jedes Menschen ist, sich aber andererseits die Menge an verfügbaren Wohnungen nicht beliebig kurzfristig an einen gesteigerten Bedarf anpassen lässt. Dies liegt an der natürlichen Begrenzung verfügbarer Flächen, vor allem in Großstädten und anderen Ballungszentren, aber auch an den planerischen Anforderungen an das Bauen, insbesondere der bauleitplanungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Vorgaben, die dazu führen, dass der Neubau von Wohnungen Zeit benötigt. Schließlich sind auch die dafür erforderlichen Finanzmittel naturgemäß begrenzt.

Vor diesem Hintergrund hat das Wohnraummietrecht auch dann, wenn es privatrechtlich ausgestaltet und damit im Grundsatz der Vertragsfreiheit verpflichtet ist, immer auch eine öffentliche und soziale Dimension der Daseinsvorsorge.

Nachfolgend soll ein Überblick gegeben werden, wie es um den sozialen Schutz des Mieters in Deutschland und in der Volksrepublik China bestellt ist. Dem Format des Beitrags ist es geschuldet, dass die komplexe Materie nicht detailliert oder gar erschöpfend aufgearbeitet werden kann. Vielmehr müssen wir uns darauf beschränken, wenige große Linien zu skizzieren. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf die private Miete und hier auf gesetzlich angeordnete oder disku-

tierte Beschränkungen der Vertragsfreiheit. Einleitend wird jeweils der rechtstatsächliche Hintergrund der gesetzlichen Regelungen dargestellt sowie die historische ebenso wie die aktuelle Entwicklung in den beiden betrachteten Rechtsordnungen skizziert.

II. Wohnraummiete und Mieterschutz in Deutschland

1. Rechtstatsächlicher Hintergrund und Entwicklung

Deutschland war traditionell ein Land, in dem der Anteil derjenigen, die Wohnraum nur gemietet haben, denjenigen Bevölkerungsanteil, der eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennen kann, deutlich überwiegt. Bis heute ist Deutschland ein Land mit einer – im europäischen Vergleich – sehr hohen Mieterquote.²

¹ Prof.Dr. Beate Gsell, Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilverfahrensrecht, Europäisches Privat- und Verfahrensrecht, Ludwig-Maximilians-Universität München; Dr. Matthias Veicht, Rechtsreferendar im Bezirk des Oberlandesgerichts München.

² Siehe etwa die von statista im November 2021 veröffentlichte Statistik, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155734/umfrage/wohneigentumsquoten-in-europa/>> (eingesehen am 20.10.2022), wonach Deutschland mit einer Wohneigentumsquote von nur 50,4% den vorletzten Platz belegt in Europa, wogegen in anderen Ländern deutlich höhere Quoten (Frankreich: 64%; Spanien: 75,1%; Norwegen: 80,8%) bis hin zu Spitzenquoten von 96,1% (Rumänien) und 96,5% (Albanien) erreicht werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_Grafik/_Interaktiv/eigentuemersquote.html;jsessionid=14F17ABE31558761F2B672BC4B70F4EB.live722> (eingesehen am 20.10.2022), lag der Anteil an den Wohnungen in Deutschland, die von Eigentümern bewohnt wurden, im Jahr 2018 bei 46,5%. Am niedrigsten war diese Quote in Berlin, wo sie bei 17,4% lag, am höchsten im Saarland, wo sie 64,7% betrug.

Außerdem gibt es in Deutschland in erheblichem Maße öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau³, zu dessen Charakteristika es gehört, dass diejenigen, die solchen Wohnraum unter Inanspruchnahme öffentlicher Förderung errichten, einer typischerweise 15 bis 25 Jahre währenden Bindungsfrist unterliegen, während derer sie insbesondere einer Belegungsbindung hinsichtlich der Auswahl der Mieter sowie einer Mietpreisbindung unterworfen sind.⁴ Allerdings wurde der Sozialwohnungsbau in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zurückgefahren mit der Folge, dass aktuell und in der nächsten Zukunft zunehmend Wohnungen aus dieser Sozialbindung herausfallen,⁵ was neben einer zeitweise steigenden Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung in den Ballungsgebieten, die sich auch der Zuwanderung aus dem In- und Ausland verdankt,⁶ ebenfalls zur Verschärfung von Wohnungsnot in Deutschland beiträgt.

In der jüngsten Zeit sind in Deutschland sowohl die Preise für Grundstücke und Wohnimmobilien⁷ als auch die Baukosten⁸ massiv angestiegen. Dementsprechend steht der Erwerb von Wohneigentum nur noch einem zunehmend kleineren Teil der Bevölkerung offen.⁹ Es überrascht deshalb nicht, dass der Anteil

der Wohneigentümer an der Gesamtbevölkerung nach jahrzehntelangem Anstieg seit einigen Jahren rückläufig ist.¹⁰ Jedoch steigen auch die Wohnraummieten vor allem in den Ballungsgebieten in jüngster Zeit stark an, wenn auch weniger stark als die Kaufpreise.¹¹

Der hohe Anteil an Wohnungsmietern an der Gesamtbevölkerung verschafft der Ausgestaltung des Mietrechts im Allgemeinen und dem sozialen Schutz des Mieters im Besonderen eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung.

Nachdem das BGB bei seinem Inkrafttreten im Jahr 1900 vom Grundsatz der Vertragsfreiheit geprägt war und nur wenige mieterschützende Vorschriften enthielt,¹² war die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem infolge der Weltkriege geprägt von massiver Wohnungsnot und dementsprechend von Vorschriften zur Begrenzung der Mietpreishöhe und zum Kündigungsschutz¹³ sowie von staatlicher Wohnraumbewirtschaftung¹⁴. Eine entspanntere Wohnungssituation der

³ Laut dem Bericht der Bundesregierung über die Verwendung der Kompensationsmittel für den Bereich der sozialen Wohnraumförderung 2019 vom 5.6.2020 (BundReg. Kompensationsmittel), BT-Drs. 19/19960, S. 4, gab es in Deutschland zum 31.12.2018 rund 1,18 Millionen gebundene Sozialmietwohnungen.

⁴ Siehe nur den BundReg. Kompensationsmittel, S. 5.

⁵ Siehe nur den BundReg. Kompensationsmittel, S. 3, wonach der geförderte Neubau von Mietwohnungen um rund 5 % gegenüber dem Vorjahr sank und die im Jahr 2019 neu bewilligten Fördermaßnahmen für den Neubau von rund 25.600 Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen einem Minus von rund 1.500 Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr entsprechen. Eine Abnahme des geförderten Mietwohnungsneubaus ist laut diesem Bericht vor allem in Berlin (–1.595 Wohneinheiten) zu verzeichnen. Laut diesem Bericht, siehe dort S. 4, ist für die vorausgehenden zehn Jahre ein Abbau von Sozialmietwohnungen von durchschnittlich 68.400 Wohneinheiten pro Jahr zu beklagen. Im Vergleich zum Jahr 2017 hat der Sozialmietwohnungsbestand laut dem Bericht um 42.898 Wohneinheiten bzw. 3,5 % abgenommen, war der Verlust also etwas geringer als in den Jahren davor.

⁶ Während der Pandemie hat die Zuwanderung allerdings abgenommen, was neben anderen Faktoren ein gewisses Nachlassen der Angebotsknappheit bedingen könnte, in diesem Sinne *Jochen Möbert*, in: Deutsche Bank Research (Hrsg.), Deutschland Monitor v. 8.3.2021, Ausblick auf den deutschen Wohnungsmarkt 2021 ff., abrufbar unter <https://www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE_PROD/PROD000000000517006/Ausblick_auf_den_deutschen_Wohnungsmarkt_2021_ff_%253A.PDF> (eingesehen am 20.10.2022).

⁷ Siehe dazu die vom *Statistischen Bundesamt* erhobenen aktuellen Daten, abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/_inhalt.html> (eingesehen am 20.10.2022); siehe ferner etwa den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Oktober 2020, S. 67 ff., abrufbar unter <<https://www.bundesbank.de/resource/blob/848902/70ad436f0a1969ace8cc5a5c73b2611f/mL/2020-10-preisaufschwung-wohnmobilien-data.pdf>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁸ Siehe auch dazu die vom *Statistischen Bundesamt* erhobenen aktuellen Daten, abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/_inhalt.html> (eingesehen am 20.10.2022).

⁹ Siehe Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen (Hrsg.), Markt für Wohnimmobilien, 2021, S. 71, abrufbar unter <<https://www.lbs-markt-fuer-wohnmobilien.de/wp-content/>

<https://www.lbs-markt-fuer-wohnmobilien.de/wp-content/uploads/2021/07/LBS_Markt-fuer-Wohnimmobilien-2021-1.pdf> (eingesehen am 20.10.2022), wonach der Anteil an allen 30- bis 44-jährigen Mieterhaushalte, die sich rechnerisch Wohneigentum leisten könnten, von 8,7 % im Jahre 2010 auf 4,8 % im Jahre 2020 gesunken ist; die meisten Interessenten scheiterten danach nicht am Einkommen, sondern an der Eigenkapitalhürde; siehe ferner die auf dieser Grundlage von statista erstellte Grafik, abrufbar unter <<https://de.statista.com/infografik/26262/mieterhaushalte-in-deutschland-die-sich-wohneigentum-leisten-koennen>> (eingesehen am 20.10.2022).

¹⁰ Siehe etwa die Übersicht in *Reiner Braun*, in: empirica (Hrsg.), Wohneigentum in Deutschland, Teil 1: Verbreitung, Endbericht, Berlin 2020, S. 4, abrufbar unter <https://www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen_Referenzen/PDFs/Wohneigentum_2020_Bericht_Teil-1-Eigentumsquoten-final.pdf> (eingesehen am 20.10.2022).

¹¹ Siehe etwa die von statista veröffentlichte Statistik der Entwicklung der Mietpreise für Wohnungen in den großen Städten in Deutschland von 2016 bis 2021, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167163/umfrage/mietentwicklung-in-den-deutschen-grossstaedten/>> (eingesehen am 20.10.2022).

¹² Bereits damals enthalten war aber die heute in § 566 BGB niedergelegte Regel, dass der Erwerber von vermietetem Wohnraum anstelle des veräußernden Eigentümers und bisherigen Vermieters in die während der Dauer seines Eigentums aus dem Mietverhältnis resultierenden Rechte und Pflichten eintritt („Kauf bricht nicht Miete“), siehe § 571 BGB a. F.

¹³ Siehe nur für die Zeit des Ersten Weltkrieges die erste Verordnung zum Schutze des Mieters vom 26.7.1917, RGBl. I 1917, S. 659 ff., abrufbar unter <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?title=Category:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1917&filefrom=Deutsches+Reichsgesetzblatt+1917+121+0557.png#/media/File:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1917_140_0659.png> (eingesehen am 20.10.2022), nach deren § 1 Nr. 1 gemeindliche Einigungsamter durch die Landeszentralbehörde ermächtigt werden konnten, „auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juli 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen“; dazu und zur Entwicklung eingehend *Ulf Börstinghaus*, Zwischen Vermieterfreiheit und Mieterschutz – Die Rechtsgeschichte des Miethöhrechts seit 1917, in: *Wohnungswirtschaft und Mietrecht (WuM)* 2018, S. 612 ff.; *J. von Staudinger/Volker Emmerich*, Mietrecht 1 – Allgemeine Vorschriften, Wohnraummiete, Berlin 2021, Vorbemerkungen zu §§ 535 ff. BGB, Rn. 1 ff., jeweils mit umfangreichen Nachweisen.

¹⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 18 – Wohnungsgesetz vom 8.3.1946 erlassen, das am 14.3.1946 in Kraft trat, abrufbar unter <<http://www.verfassungen.de/de45-49/>

Bevölkerung, die es der Politik angezeigt erscheinen ließ, die betreffenden Zwangsvorschriften aufzuheben, ergab sich auch in der Nachkriegszeit erst allmählich. Dementsprechend war zwar in den frühen Jahren der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das politische Bemühen, die Zwangsbewirtschaftung abzuschaffen, stark, zugleich wollte man aber auch ein soziales Mietrecht gewährleisten.¹⁵ Das 1971 erlassene Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum¹⁶ enthielt bereits zwei wesentliche Instrumente, die auch heute noch den Kernbestand des sozialen Mieterschutzes in Deutschland ausmachen, der nachfolgend skizziert werden soll: Angeordnet findet sich schon damals zum einen ein grundsätzliches Verbot der Kündigung des Wohnraummietverhältnisses zum Zwecke der Mieterhöhung.¹⁷ Zum anderen galt bereits das heute noch bestehende Regime einer Regulierung der Mietpreiserhöhung im Bestandsmietvertrag durch Rückgriff auf eine örtliche Vergleichsmiete. Dementsprechend konnte „der Vermieter vom Mieter die Zustimmung zu einer Erhöhung des Mietzinses verlangen, wenn der bisherige Mietzins seit einem Jahr unverändert fortbesteht und der angestrebte Mietzins die üblichen Entgelte, die in der Gemeinde oder in vergleichbaren Gemeinden für die Vermietung von Räumen vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage gezahlt werden, nicht übersteigt“¹⁸.

kr-gesetz18.htm> (eingesehen am 20.10.2022). Es enthielt in Art. VIII Nr. 2 lit. a folgende Anordnung für die Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum: „Die deutschen Wohnungsbehörden haben für jeden Wohnraum, sobald er durch Erfassung oder anderweitig frei wird, eine [...] Person als Mieter zu benennen und von dem Eigentümer zu verlangen, mit dieser ein Rechtsverhältnis abzuschließen, das ihm die Benutzung des betreffenden Wohnraums sichert (Zuweisung).“

¹⁵ Siehe insbesondere das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23.6.1960, BGBl. I 1960, S. 389 ff., abrufbar unter <https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl160s0389.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl160s0389.pdf%27%5D_1642502464535> (eingesehen am 20.10.2022); siehe dazu auch Ulf Börstinghaus (Fn. 13), S. 619 mit umfangreichen Nachweisen; J. von Staudinger/Volker Emmerich (Fn. 13), Vorbemerkungen zu §§ 535 ff. BGB, Rn. 8 mit weiteren Nachweisen.

¹⁶ Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum (Wohnraumkündigungsschutzgesetz – 1. WKSchG) vom 25.11.1971, BGBl. I 1971, S. 1839, abrufbar unter <https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//%5B%40attr_id%27bgbl171s1839.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl171s1839.pdf%27%5D_1642499571628> (eingesehen am 20.10.2022).

¹⁷ Siehe Art. 1 § 1 Abs. 4 des 1. WKSchG (Fn. 16), wo es bereits explizit heißt: „Die Kündigung zum Zwecke der Erhöhung des Mietzinses ist ausgeschlossen.“ Dazu und zu historischen Vorbildern dieser Regelung in Deutschland siehe Ulf Börstinghaus (Fn. 13), S. 620; siehe ferner J. von Staudinger/Volker Emmerich (Fn. 13), Vorbemerkungen zu §§ 535 ff. BGB, Rn. 11 mit weiteren Nachweisen.

¹⁸ Siehe Art. 1 § 3 Abs. 1 Satz 1 des 1. WKSchG (Fn. 16); siehe auch dazu und zur diesbezüglichen weiteren Entwicklung Ulf Börstinghaus (Fn. 13), S. 620; J. von Staudinger/Volker Emmerich, Vorbemerkungen zu §§ 535 ff. BGB, Rn. 11 ff. mit weiteren Nachweisen.

2. Eckpunkte des sozialen Wohnraummietrechts in Deutschland

a) Verbot der Änderungskündigung und Mietpreisregulierung anhand örtlicher Vergleichsmieten im Bestandsvertrag

Das heute in § 573 Abs. 1 Satz 2 BGB enthaltene Verbot der Änderungskündigung zum Zwecke der Mieterhöhung bewahrt den Mieter insbesondere in Situationen der Wohnungsknappheit davor, dass der Vermieter ihn unter Androhung der Kündigung dazu zwingen kann, jede beliebige Mieterhöhung zu akzeptieren, nur um die Wohnung nicht zu verlieren. Wie auch weitere Mieterschutzregelungen des BGB ist es als zwingendes Recht ausgestaltet, sodass selbst individualvertragliche Abweichungen unwirksam sind.¹⁹ Umgekehrt ist es aber auch nicht illegitim, dass der Vermieter die vereinbarte Miete im Laufe der Zeit an ein allgemein gestiegenes Niveau anpassen möchte. Das Recht zur Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete, heute in § 558 BGB geregelt, bietet dem Vermieter zum Ausgleich für das fehlende Kündigungsrecht die Möglichkeit, den Mietpreis an die ortsübliche Miete anzupassen. Diese Vergleichsmiete wird gebildet aus den im Zeitraum der letzten sechs Jahre in der Gemeinde oder einer vergleichbaren Gemeinde für vergleichbaren Wohnraum neu vereinbarten bzw. geänderten Mieten, wobei die im Gesetz festgelegten Vergleichsparameter „Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage einschließlich der energetischen Ausstattung und Beschaffenheit“ sind.²⁰ Konstant gebliebene Mieten aus älteren Verträgen werden also nicht berücksichtigt, obwohl sich durchaus argumentieren lässt, dass auch diese unveränderten Altmieten das übliche Mietniveau mitbeeinflussen.²¹ Insbesondere in Orten mit besonders hoher Mieterfluktuation wie etwa in Universitätsstädten kann es durchaus zu beträchtlichen Unterschieden zwischen Neuvermietungs- und Bestandsmieten kommen mit der Folge, dass die ortsübliche Vergleichsmiete höher liegen mag als die faktische Durchschnittsmiete, die auch durch unveränderte Altverträge mitgeprägt wird. Immerhin wurde der Berücksichtigungszeitraum mit Wirkung zum 1.1.2020 von vier Jahren auf sechs Jahre erhöht.²²

Dass die Miethöhe im Bestandsmietvertrag trotz einer starken Preisdynamik bei Neuvermietungs- und Bestandsmieten nur in Maßen steigt, wird durch weitere Mechanismen gewährleistet. So darf das nächste Mieterhöhungsverlangen frühestens ein Jahr nach der letzten Mieterhöhung

¹⁹ Siehe § 573 Abs. 4 BGB; für eine AGB-Kontrolle nach §§ 305 ff. BGB, der Mietverträge grundsätzlich unterfallen, besteht insoweit kein Bedürfnis.

²⁰ Siehe § 558 Abs. 2 Satz 1 BGB.

²¹ Kritisch demgegenüber Beate Gsell, Die gerechte Miete, in: Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht (NZM) 2017, S. 310.

²² Siehe Art. 1 des Gesetzes zur Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete vom 21.12.2019, BGBl. I 2019, S. 2911.

hung geltend gemacht werden.²³ Außerdem gilt selbst dann, wenn die Miete deutlich hinter der ortsüblichen Miete zurückbleibt, eine sogenannte Kappungsgrenze: Es darf sich die Miete innerhalb von drei Jahren nicht um mehr als 20 % erhöhen.²⁴ In Gegenden mit angespannten Wohnungsmärkten, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist, gilt sogar eine Kappungsgrenze von nur 15 %, sofern die jeweilige Landesregierung die betreffenden Gebiete in einer Rechtsverordnung bestimmt hat.²⁵ Hat also etwa ein Vermieter es über Jahre hinweg versäumt, die Miete zu erhöhen, dann können nach seinem Tod die vielleicht geschäftstüchtigeren Erben nicht einfach sprunghaft durch eine einzige Mieterhöhung die Miete an das ortsübliche Niveau anpassen.

b) Lücken im Mieterschutz und praktische Schwierigkeiten

aa) Drohende Umgehung des Verbots der Änderungskündigung durch Erklärung einer unberechtigten Eigenbedarfskündigung Auch wenn der Mieter damit an sich nach dem Gesetz dagegen geschützt ist, seine Wohnung zu verlieren, nur weil der Vermieter lieber an jemanden vermieten möchte, der eine höhere, über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegende Miete bezahlt, so drohen doch gleichwohl in der Praxis Lücken im Schutz des Mieters. So vor allem deshalb, weil der Vermieter die Wohnung durchaus wirksam kündigen kann, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat, und dazu zählt nach dem Gesetz auch der Fall, dass er die Räume als Wohnung für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige seines Haushalts benötigt.²⁶ Diese sogenannte Eigenbedarfskündigung wird von der Rechtsprechung sehr großzügig interpretiert. Ein „Benötigen“ wird beispielsweise auch dann bejaht, wenn der Vermieter die Wohnung nur zu einem Zweck bzw. lediglich als Zweitwohnung nutzen möchte.²⁷ Darin liegt eine handfeste Gefahr der Umgehung des Verbots der Änderungskündigung zum Zwecke der Mieterhöhung. Denn gerade dort, wo die Mieten stark steigen und aktuelle Neuvermietungen deshalb über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, wird der wirtschaftlich denkende Vermieter womöglich einen

solchen Eigenbedarf konstruieren und dem bisherigen Mieter kündigen, um dann wenige Monate später die Wohnung zu einem deutlich höheren Preis neu zu vermieten.²⁸

bb) Gentrifizierungsgefahr durch von der ortsüblichen Vergleichsmiete abgekoppelte Möglichkeit zur Erhöhung der Miete bei Modernisierung Ein weiteres Risiko des Mieters, seine Wohnung vielleicht nicht behalten zu können, ergibt sich daraus, dass der Vermieter grundsätzlich die Kosten einer Modernisierung der Wohnung auf die Miete aufschlagen kann.²⁹ In der Vergangenheit war eine solche Erhöhung rein in Abhängigkeit von den Modernisierungskosten zu berechnen: So durfte der Vermieter pro Jahr 11 % der auf die jeweilige Wohnung entfallenden Modernisierungskosten auf die Miete aufschlagen, ohne dass die Erhöhung durch das Niveau der bisherigen Miete in irgendeiner Weise begrenzt war. Dadurch lief der Mieter Gefahr, mit womöglich exorbitanten Mieterhöhungen konfrontiert zu werden; deshalb stand der Vorwurf im Raum, Modernisierung führe zu einem Austausch angestammter und vielleicht wenig zahlungskräftiger Mieter durch eine finanziell besser aufgestellte Mieterschaft, wodurch vor allem in Ballungsgebieten eine Gentrifizierung beliebter Quartiere ermöglicht werde.³⁰ Zwar ist eine modernisierungsbedingte Mieterhöhung ausgeschlossen, soweit sie für den Mieter eine nicht zu rechtfertigende wirtschaftliche Härte bedeuten würde. Die Geltendmachung einer solchen Härte unterliegt aber engen zeitlichen Grenzen, die wohl viele Mieter in der Praxis überfordern.³¹

Der Gesetzgeber hat jüngst die Rechtslage immerhin in zweierlei Hinsicht zugunsten der Mieter entschärft: So wurde der als jährliche Erhöhung der Miete in Betracht kommende Prozentsatz der Modernisierungskosten von 11 auf 8 % abgesenkt.³² Und es wurde endlich eine Kappungsgrenze eingeführt, die dafür sorgt, dass die Mieterhöhung nicht jeden Bezug zur bisherigen Miethöhe verliert: Danach darf sich die monatliche Miete innerhalb von sechs Jahren nicht um

²³ Siehe § 558 Abs. 1 S. 2 BGB.

²⁴ Siehe § 558 Abs. 3 Satz 1 BGB.

²⁵ Siehe § 558 Abs. 3 Satz 2 BGB.

²⁶ Siehe § 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB, wonach in diesen Fällen ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses vorliegt.

²⁷ Siehe nur BVerfG, Beschluss v. 23.4.2014 – 1 BvR 2851/13, Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2014, S. 2417, wonach die Nichtzulassung der Revision durch ein landgerichtliches Urteil, siehe LG Berlin, Urteil v. 22.8.2013 – 67 S 121/12, WuM 2013, S. 741, das den Wunsch nach einer Zweitwohnung zum Zwecke des regelmäßigen Besuchs der in einer anderen Stadt lebenden nichtehelichen Tochter als Eigenbedarf anerkennt, gebilligt wird; siehe ferner zum Zweitwohnungswunsch BGH, Beschluss v. 21.8.2018 – VIII ZR 186/17, NJW-Rechtsprechungsreport 2019, S. 132, Rn. 24, wonach allerdings der „Eigennutzungswunsch ernsthaft verfolgt werden, von vernünftigen, nachvollziehbaren Gründen getragen sein muss und nicht missbräuchlich sein darf“.

²⁸ Siehe dazu bereits *Beate Gsell* (Fn. 21), S. 309; siehe ferner *Hubert Fleindl*, Die Eigenbedarfskündigung: Tatbestand und Rechtsmissbrauch. Gefestigte Rechtsprechung oder offene Baustelle?, in: NZM 2016, S. 290 mit dem Hinweis, dass die Eigenbedarfskündigung oftmals die einzige Möglichkeit ist, einen unliebsam gewordenen und viel zu billig wohnenden Mieter loszuwerden.

²⁹ Siehe § 559 BGB.

³⁰ Siehe dazu nur *Beate Gsell* (Fn. 21), S. 312 mit weiteren Nachweisen.

³¹ Siehe § 559 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 555d Abs. 3 bis 5 BGB. Nach § 555d Abs. 3 Satz 1 BGB ist ein Umstand, der eine Härte im Hinblick auf die Mieterhöhung begründet, grundsätzlich bis zum Ablauf des Monats, der auf den Zugang der Modernisierungsankündigung folgt, in Textform mitzuteilen. Dem Mieter bleiben also nur wenige Wochen, um zu reagieren, kritisch deshalb *Beate Gsell/Astrid Siegmund*, in: NZM 2019, S. 489 mit weiteren Nachweisen.

³² Siehe § 559 Abs. 1 Satz 1 BGB i. d. F. des Gesetzes zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz – MietAnpG) vom 18.12.2018, BGBl. 2018 I, S. 2648 ff.; siehe dazu nur *Beate Gsell/Astrid Siegmund* (Fn. 31), S. 496 ff., 498 mit weiteren Nachweisen.

mehr als 3 Euro je Quadratmeter Wohnfläche erhöhen, und dann, wenn die monatliche Miete vor der Mieterhöhung weniger als 7 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche betrug, sogar nicht um mehr als 2 Euro je Quadratmeter Wohnfläche.³³

cc) Schwierigkeiten bei der Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete Umgekehrt ergibt sich aus dem vorstehend beschriebenen Vergleichsmietensystem für den Vermieter, der die Zustimmung zu einer Mieterhöhung verlangen möchte, eine große praktische Schwierigkeit, die ortsübliche Vergleichsmiete korrekt zu bestimmen. Dem Vermieter stehen zur Begründung seines Mieterhöhungsverlangens verschiedene Wege offen, die sich aber im konkreten Fall als steinig erweisen können: Er kann drei vergleichbare Wohnungen benennen, für die die gewünschte höhere Miete bereits vereinbart wurde.³⁴ Freilich wird er als privater Einzelvermieter über entsprechende Informationen regelmäßig nicht verfügen. Alternativ kann er ein mit Gründen versehenes Gutachten eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen beibringen,³⁵ was allerdings mit erheblichen Kosten verbunden ist. Oder er kann eine Auskunft aus einer Mietdatenbank beibringen,³⁶ wobei entsprechende Datenbanken mit hinreichend repräsentativen Daten derzeit kaum verfügbar sind.³⁷ Oder er kann – und das wird meistens als der naheliegendste Weg erscheinen – auf einen örtlichen Mietspiegel Rückgriff nehmen.³⁸ Dabei handelt es sich um eine von der nach Landesrecht zuständigen Behörde oder von Interessenvertretern der Vermieter und der Mieter gemeinsam erstellte oder anerkannte Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete.³⁹ Allerdings verfügen längst nicht alle Gemeinden über einen Mietspiegel.⁴⁰ Außerdem lösen nur sog. qualifizierte Mietspiegel, d. h. Mietspiegel, die bestimmte gesteigerte gesetzliche Anforderungen hinsichtlich ihrer Erstellung erfüllen, die gesetzliche Vermutung aus, dass die darin bezeichneten Entgelte tatsächlich die ortsübliche Vergleichsmiete wiedergeben.⁴¹ Und auch

diese Vermutung ist widerleglich.⁴² Verweigert also der Mieter die Zustimmung zur Mieterhöhung beispielsweise unter Verweis darauf, dass die im Mietspiegel ausgewiesene Miete nicht die tatsächliche ortsübliche Vergleichsmiete wiedergibt, etwa weil er die Datengrundlage des Mietspiegels für zu alt hält, die Stichproben für zu klein oder die bei der Erstellung angewandten Methoden für wissenschaftlich zweifelhaft, so muss der Streit vor Gericht ausgetragen werden. Bei solchen Prozessen ergaben sich etwa in Berlin Rechtsunsicherheiten schon hinsichtlich der Einordnung des dortigen Mietspiegels als einfachem oder qualifiziertem Mietspiegel.⁴³ Damit das Vergleichsmietensystem funktionieren kann, sind die Vermieter aber auf ein statistisches Instrument angewiesen, das die ortsüblichen Vergleichsmieten zuverlässig ausweist. Deshalb muss das Mietspiegelrecht dringend entsprechend reformiert werden. Einen Schritt auf diesem Weg hat der Gesetzgeber im Jahr 2021 getan: Neuerdings müssen nun für Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern erstmals verpflichtend Mietspiegel erstellt werden.⁴⁴ Außerdem wurden weitere gesetzliche Vermutungswirkungen für qualifizierte Mietspiegel geschaffen, um deren Rechtssicherheit zu stärken.⁴⁵

c) Mietpreisregulierung bei Neuvermietung – „Mietpreisbremse“

Während also die Miethöhe im Bestandsvertrag schon Jahrzehnte lang durch das vorstehend beschriebene Vergleichsmietenregime gesetzlich reguliert war, waren Vermieter bei der Neuvermietung von Wohnraum – abgesehen von allgemeinen vertragsrechtlichen Grenzen wie derjenigen des Wuchers⁴⁶ – lange Zeit grundsätzlich frei darin, diejenige Miete zu fordern, die der Markt hergab. Und dies, obwohl unregulierte Neuvermietungsflächen bei gleichzeitiger Regulierung der Bestandsmieten auf angespannten Wohnungsmärkten zu den bereits beschriebenen starken Divergenzen zwi-

³³ Siehe § 559 Abs. 3a BGB, eingefügt durch das MietAnpG (Fn. 32), siehe dazu nur *Beate Gsell/Astrid Siegmund* (Fn. 31), S. 500 mit weiteren Nachweisen.

³⁴ Siehe § 558a Abs. 2 Nr. 4 BGB.

³⁵ Siehe § 558a Abs. 2 Nr. 3 BGB.

³⁶ Siehe § 558a Abs. 2 Nr. 2 BGB i. V. m. § 558e BGB.

³⁷ Siehe aber zu dem Vorbild der Mietdatenbank in Hannover *Wolfgang Schmidt-Futterer*, *Mietrecht*, 15. Aufl., München 2022, § 558e BGB, Rn. 3.

³⁸ Siehe § 558a Abs. 2 Nr. 1 BGB.

³⁹ Siehe § 558c Abs. 1 BGB.

⁴⁰ Siehe dazu *Ulf Börstinghaus/Gregor-Julius Ostermann*, *Mietspiegel: Neue Impulse durch eine gesetzliche Erstellungspflicht? Auswirkungen für Gemeinden, Vermieter und Mieter*, in: *NZM* 2021, S. 826, wonach zwar fast alle Großstädte über Mietspiegel verfügen, wenn auch nicht notwendig über qualifizierte Mietspiegel, jedoch unter den 81 Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern elf Städte über keinen Mietspiegel verfügen und schließlich von den 1.599 Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern nur 603 einen Mietspiegel haben.

⁴¹ Siehe § 558d Abs. 3 BGB, dazu auch BGH, Urteil v. 21.11.2012 – VIII ZR 46/12, *NZM* 2013, S. 138.

⁴² Dazu näher *Wolfgang Schmidt-Futterer* (Fn. 37), § 558d BGB, Rn. 124 ff.

⁴³ So wurde die Einordnung des Berliner Mietspiegels als qualifizierter Mietspiegel unterschiedlich beurteilt, siehe dazu nur BGH (Fn. 41), S. 138; *Ulf Börstinghaus*, *Das Berliner „Mietspiegel-Quiz“*. Zum aktuellen Zank um das Merkmal „qualifiziert“ in § 558d BGB, in: *NJW* 2015, S. 3200.

⁴⁴ Siehe § 558c Abs. 4 Satz 2 BGB i. d. F. des Gesetzes zur Reform des Mietspiegelrechts (Mietspiegelreformgesetz – MsRG) vom 10.8.2021, *BGBl.* 2021 I, S. 3515.

⁴⁵ Siehe § 558d Abs. 1 Satz 2 und 3 BGB i. d. F. d. MsRG (Fn. 44); zum Ganzen näher *Andrik Abramenko*, *Das Mietspiegelreformgesetz (MsRG)*, in: *Monatsschrift für Deutsches Recht* 2022, S. 65 ff.

⁴⁶ Dazu § 138 Abs. 1 und 2 BGB; siehe außerdem den § 5 WiStRG, der zwar die Forderung unangemessen hoher Mieten als Ordnungswidrigkeiten einordnet, allerdings weitgehend zahnlos geblieben ist, weil die Tatbestandsvoraussetzung der „Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbaren Räumen“ nach der Rechtsprechung des BGH nur dann vorliegt, wenn der Vermieter subjektiv erkennt oder in Kauf nimmt, dass der Mieter sich in einer Zwangslage befindet; außerdem hält der BGH das Tatbestandsmerkmal des „geringen Angebots“ nicht für erfüllt, wenn der Wohnungsmarkt für vergleichbare Wohnungen nur in dem betreffenden Stadtteil angespannt, im übrigen Stadtgebiet aber entspannt ist, siehe BGH, Urteil v. 13.4.2005 – VIII ZR 44/04, *NZM* 2005, S. 534 f.; siehe ferner den in § 291 StGB geregelten Straftatbestand des Mietwuchers, der Vorsatz erfordert.

schen Bestands- und Neumieten führen: Wer eine Wohnung neu anmieten muss, zahlt dann typischerweise beträchtlich mehr als derjenige, der bereits seit vielen Jahren Mieter ist. Der Vermieter, dessen Mieter kündigt, kann seine Immobilie anschließend wesentlich profitabler vermieten als zuvor und als ein Vermieter, dessen Mieter jahrzehntlang in der Wohnung bleiben möchten. Der Anreiz für den Vermieter, eine Eigenbedarfskündigung zu provozieren, wächst.⁴⁷ Davon abgesehen wird die Mobilität der Mieter behindert und werden diese selbst dann nicht ausziehen wollen, wenn ihnen die Wohnung eigentlich mittlerweile zu groß oder zu klein ist. Denn die Neuvermietung einer kleineren Wohnung verspricht keinen finanziellen Vorteil, und diejenige einer größeren Wohnung, die vielleicht das gewünschte Kinderzimmer oder Arbeitszimmer hat, mag sich rasch als unerschwinglich erweisen.⁴⁸

Vor allem aber vermögen ungebremsste Neuvermietungen das Mietniveau auf angespannten Wohnungsmärkten insgesamt stark nach oben zu treiben, so insbesondere auf Mietmärkten mit hoher Mieterfluktuation, aber auch allgemein, wenn auch etwas verzögert, über ihren oben beschriebenen⁴⁹ Einfluss auf die Bildung der ortsüblichen Vergleichsmieten, die für Erhöhungen im Bestandsmietvertrag maßgeblich sind. Allerdings bedeutet eine Regulierung von Neuvermietungen einen weiteren Eingriff in die freie Preisbildung durch den Markt, die womöglich Investoren davor abschreckt, den Wohnungsneubau voranzutreiben.

Im Jahr 2015 schuf der Bundesgesetzgeber die sogenannte „Mietpreisbremse“⁵⁰: Seither dürfen die Landesregierungen durch Rechtsverordnung Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten ausweisen, in denen die zu Beginn des Mietverhältnisses vereinbarte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um 10 % übersteigen darf.⁵¹ Ausgenommen sind allerdings Neubauten sowie Erstvermietungen nach umfassender Modernisierung.⁵² Von den 16 Bundesländern haben 13 von der „Mietpreisbremse“ Gebrauch gemacht.⁵³ Die „Mietpreisbremse“ ist zeitlich begrenzt bis zum 31.12.2025⁵⁴ sowie durch eine Verordnungsgeltung von höchstens fünf Jahren⁵⁵.

⁴⁷ Dazu schon oben unter 2. b) aa).

⁴⁸ Siehe zum Ganzen bereits *Beate Gsell* (Fn. 21), S. 308 ff.

⁴⁹ Siehe unter 2. a).

⁵⁰ Siehe Art. 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG) vom 21.4.2015, BGBl. 2015 I, S. 610 ff.

⁵¹ Siehe § 556d BGB.

⁵² Siehe § 556f BGB.

⁵³ Siehe die Übersicht des Deutschen Mieterbundes, abrufbar unter <<https://www.mieterbund.de/politik/mietpreisbremse.html>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁵⁴ Siehe § 556d Abs. 2 Satz 4 BGB, wonach die maßgeblichen landesrechtlichen Rechtsverordnungen spätestens bis zum 31.12.2025 außer Kraft treten müssen.

⁵⁵ Siehe § 556d Abs. 2 Satz 1 BGB.

d) Gescheiterte landesrechtliche Mietpreisregulierung bei Neuvermietung

Angesichts der insbesondere in Großstädten und Ballungszentren davongaloppierenden Mieten geht vielen der Mieterschutz durch das BGB immer noch nicht weit genug. Nicht zuletzt aus der Einsicht heraus, dass es geraume Zeit dauern wird, durch verstärkten Neubau für eine Entspannung der Mietmärkte zu sorgen, erwuchs in der jüngeren Vergangenheit vor allem in Berlin und München mit jeweils angespannten Wohnungsmärkten politisch die Forderung nach einem Mietmoratorium. Durch gesetzliches „Deckeln“ der zulässigen Mieten sollten Mieter vor Preissteigerungen geschützt werden, die deutlich über den Einkommenssteigerungen aus Erwerbsarbeit liegen. Im Jahr 2020 erließ das Land Berlin einen sogenannten „Mietendeckel“.⁵⁶ In dem betreffenden Landesgesetz wurden für eine Geltungsdauer von fünf Jahren⁵⁷ Mieten grundsätzlich verboten, welche die am 18. Juni 2019 (Stichtag) wirksam vereinbarte Miete überschritten.⁵⁸ Außerdem wurden Obergrenzen für Neuvermietungen einschließlich Wiedervermietungen festgelegt⁵⁹ und schließlich sogar überhöhte Mieten in Bestandsmietverträgen verboten, selbst wenn diese am maßgeblichen Stichtag bereits vereinbart waren.⁶⁰

Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit landesrechtlicher Mietpreisregulierung im föderalen Deutschland wird in der Rechtswissenschaft kontrovers beurteilt.⁶¹ Einerseits hat der Bundesgesetzgeber die Regulierung der Miethöhe als Instrument des sozialen Mietrechts seit Jahrzehnten auf seine konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für das bürgerliche Recht gestützt und es lässt sich deshalb argumentieren, dass diese bürgerlichrechtlichen Regelungen keine landesrechtliche Ergänzung oder Überlagerung erlauben.⁶² Andererseits wurde der zuvor zugunsten des Bundes bestehende ausschließliche Kompetenztitel für das Wohnungswesen anlässlich der Föderalismusreform im Jahr 2006 gerade gestrichen, was es nahelegt, dass

⁵⁶ Siehe das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (MietenWoG Bln), erlassen als Art. 1 des Gesetzes zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung vom 11.2.2020, Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin vom 22.2.2020, S. 50 ff.; abrufbar unter <<https://www.berlin.de/sen/justiz/service/gesetze-und-verordnungen/2020/ausgabe-nr-6-vom-22-2-2020-s-49-56.pdf>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁵⁷ Siehe Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung (Fn. 56).

⁵⁸ Siehe § 3 Abs. 1 Satz 1 MietenWoG Bln (Fn. 56).

⁵⁹ Siehe § 4 i. V. m. §§ 6 und 7 MietenWoG Bln (Fn. 56).

⁶⁰ Siehe § 5 i. V. m. §§ 6 bis 8 MietenWoG Bln (Fn. 56).

⁶¹ Dafür insbesondere das im Auftrag der Berliner SPD-Fraktion erstellte Gutachten von *Franz Mayer/Markus Artz* vom 16.3.2019, abrufbar unter <https://www.spdfraktion-berlin.de/system/files/mayer_artz_gutachten_mietendeckel_fuer_spd-fraktion.pdf> (eingesehen am 20.10.2022); siehe auch die verschiedenen im Verfassungsblog erschienenen Beiträge, abrufbar unter <<https://verfassungsblog.de/tag/mietendeckel/>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁶² Siehe Art. 74 Nr. 1 GG.

das Wohnungswesen betreffende Regelungen nunmehr von den Ländern erlassen werden dürfen.⁶³

Das Bundesverfassungsgericht entschied im März 2021, dass Doppelzuständigkeiten den Kompetenznormen des Grundgesetzes fremd seien und dass die Vorschriften über Festlegung und Durchsetzung der zulässigen Miethöhe der konkurrierenden Befugnis für das bürgerliche Recht unterfielen. Auf dieser Grundlage verneinte es eine landesrechtliche Kompetenz für den Berliner „Mietendeckel“ und verwarf das betreffende Gesetz als verfassungswidrig und nichtig.⁶⁴

Aus parallelen kompetenzrechtlichen Bedenken heraus war zuvor bereits das vom Mieterverein München initiierte Volksbegehren „Mietenstopp“ zum Erliegen gekommen: Der Bayerische Verfassungsgerichtshof⁶⁵ hatte schon im Juli 2020 entschieden, der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf sei mit Bundesrecht offensichtlich unvereinbar, da dem Landesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz fehle.

Ob „Mietendeckel“ wenigstens als temporäre Ventile in der Sache politisch sinnvoll sind, weil sie dem Mietanstieg zugunsten derer, die bereits eine Wohnung gemietet haben oder einen weiterhin zur Vermietung bereiten Vermieter finden, ein Ende setzen, oder ob sie gar umgekehrt zu einer Verknappung von Wohnraum führen und dazu, dass sich die Chance, eine Wohnung zu finden, insbesondere für finanziell Schwächere verschlechtert, weil Mieter verstärkt nach Bonität ausgesucht werden, wenn Preisdifferenzierungen ausscheiden,⁶⁶ wird in Deutschland ebenfalls unterschiedlich beurteilt.⁶⁷ Angeblich sind aber laut Umfragen knapp 61 % der deutschen Bundesbürger dafür, dass eine Bundesregelung beschlossen wird, nach der regionale „Mietendeckel“ rechtlich zulässig sind, darunter sogar

mehr als die Hälfte, nämlich 50,6 %, der Immobilieneigentümer.⁶⁸

III. Wohnraummiete und Mieterschutz in China

1. Rechtstatsächlicher Hintergrund und Entwicklung

Die chinesische Entwicklung ist ohne einen Rückgriff auf den sich seit Jahrzehnten ereignenden ideologischen und gesellschaftlichen Wandel kaum verständlich. 1988 wurde der zuvor eng begrenzte Bereich nicht-staatlicher Wirtschaftstätigkeit um Privatunternehmen erweitert; dies ging einher mit einer Reform des Bodenrechts, die zumindest die Bodennutzungsrechte marktgängig machte, wenn auch kein individuelles Eigentum an Grund und Boden erlaubt wurde.⁶⁹ Im Jahr 1993 brachte dann eine Verfassungsänderung den formalen Übergang zu einem zunehmend marktwirtschaftlichen System: In Art. 15 der Verfassung wurde die Festlegung des Staates auf eine „Planwirtschaft“ durch die sog. „sozialistische Marktwirtschaft“⁷⁰ ersetzt. Zudem wurde im Zuge dieser Revision die Politik der „Reform und Öffnung“ als Zielsetzung in die Präambel der Verfassung aufgenommen.⁷¹ Seit 2004 ist zudem in Art. 13 der Verfassung explizit auch der Schutz des „legalen Privateigentums“⁷² verankert.⁷³

Diese Verfassungsänderungen stehen für einen ideologischen Wandel, der – neben anderen Gesichtspunkten – die ab 1990 in größerem Maße einsetzende Kommodifizierung des Guts „Wohnung“ erst ermöglichte.⁷⁴ Die Entwicklung ging weg von den früheren *Danwei*-Wohnungen (v.a. Werksiedlungen mit Einheit von Wohn- und Arbeitsstätte) und vergleichbaren Formen staatlicher bzw. kollektiver Wohnraumbewirtschaftung und hin zu einem privaten Markt.⁷⁵

⁶³ Siehe Art. 73 Abs. 1 Nr. 18 GG a. F. und Art. 70 GG, der den Ländern das Recht der Gesetzgebung zuweist, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bund Gesetzgebungsbefugnisse verleiht, näher dazu Franz Mayer/Markus Artz (Fn. 61), S. 15 f.

⁶⁴ Siehe BVerfG, Beschluss v. 25.3.2021 – 2 BvF 1/20, 2 BvL 4/20, 2 BvL 5/20, NJW 2021, S. 1377.

⁶⁵ Siehe BayVerfGH, Entscheidung vom 16.7.2020 – Vf. 32-IX-20, abrufbar unter <<https://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/media/images/bayverfgh/32-ix-20-entscheidung.pdf>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁶⁶ Siehe dazu nur BVerfG, Beschluss v. 18.7.2019 – 1 BvL 1/18, 1 BvL 4/18, 1 BvR 1595/18, NJW 2019, S. 3057, Rn. 62.

⁶⁷ Siehe nur die gegensätzlichen Stellungnahmen im Berliner Tagesspiegel vom 22.10.2019, abrufbar unter <<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ist-der-mietendeckel-sinnvoll-nein-denn-schwachere-schauen-in-die-roehre/25139892.html>> sowie unter <<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ist-der-mietendeckel-sinnvoll-ja-denn-steigende-mieten-sind-kein-naturgesetz/25139886.html>> (beide eingesehen am 20.10.2022). Siehe auch die Pressemitteilung des DIW Berlin vom 24.2.2021, abrufbar unter <https://www.diw.de/de/diw_01.c.811428.de/berliner_mietendeckel__sinkende_preise__aber_auch_weniger_angebote.html> (eingesehen am 20.10.2022), wonach die Mieten der gedeckelten Wohnungen im Vergleich zu den unregulierten um bis zu 11 % sanken, die Zahl der in Berlin annoncierten Mietwohnungen sich aber halbiert hat. Ob allerdings, wenn die kompetenzrechtlichen Zweifel an „Mietendeckel“ zugunsten einer verfassungsrechtlichen Zulässigkeit entscheiden worden wären, das Vermietungsangebot dauerhaft niedrig geblieben wäre, ist freilich offen.

⁶⁸ Vgl. etwa Michael Fabricius in dem am 20.4.2021 in der WELT erschienenen Artikel und unter Verweis auf eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des Online-Maklerunternehmens Homeday, abrufbar unter <<https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article230497301/Die-Mehrheit-der-Deutschen-will-den-Mietendeckel.html>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁶⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden Robert Heuser, Gegenwärtige Lage und Entwicklungsrichtung des chinesischen Rechtssystems. Eine Skizze, Verfassung und Recht in Übersee (VRÜ) 2005, S. 139 ff.; siehe auch Yuanshi Bu, Einführung in das Recht Chinas, 2. Aufl., München 2017, § 6 Rn. 3. Zu den Eigentumsverhältnissen und Nutzungsrechten an Grund und Boden näher unten, siehe insbesondere Art. 10 Abs. 4 Satz 2 Verfassung VR China, deutscher Text *infra* in Fn. 99.

⁷⁰ Chin. 社会主义市场经济.

⁷¹ Zu den hiermit verbundenen Impulsen vgl. Robert Heuser (Fn. 69), S. 144.

⁷² Chin. 合法的私有财产, eigene Hervorhebung.

⁷³ Vgl. näher Sebastian Lohsse/Jing Jin, in: Jörg Binding/Knut Benjamin Pißler/Lan Xu (Hrsg.), Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht, Bd. 1, Frankfurt am Main 2015, Kap. 5 Rn. 36 f.; Hinrich Julius/Gebhard M. Rehm, Das chinesische Sachenrechtsgesetz tritt in Kraft: Revolution oder Viel Lärm um Nichts?, in: Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft (ZvgJRWiss) 106 (2007), S. 374, vor und mit Fn. 30.

⁷⁴ Vgl. Beibei Tang, China's Housing Middle Class. Changing Urban Life in Gated Communities, New York 2018, S. 3; Ting Xu, The Revival of Private Property and Its Limits in Post-Mao China, London 2014, S. 47.

⁷⁵ Ausführlich zum ursprünglichen *Danwei*-System vgl. Elaine M. Bjorklund, The *Danwei*: Socio-spatial characteristics of work units

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung⁷⁶ seit den 1980er-Jahren führte zu einem massiven Zuzug in die Metropolen und Metropolregionen vor allem im Osten des Landes,⁷⁷ was der Staat zwar mithilfe des *Hukou*-Systems⁷⁸, eines Melderegisters, das die Freizügigkeit innerhalb des Landes beschränkt, abmildern wollte, was jedoch nur teilweise gelungen ist: Denn die legale Migration im Zuge des Wirtschaftswachstums ging einher mit Millionen von Wanderarbeitern, die Arbeit in den Städten suchen und aufnehmen, auch ohne ihren permanenten *Hukou*-Ort umzuschreiben (geschätzt ca. 200–300 Mio. Personen).⁷⁹ Die fehlende *Hukou*-Registrierung hat den großen Nachteil, dass am neuen Aufenthaltsort viele staatliche Bildungs-, Gesundheits- und Sozialleistungen nicht in Anspruch genommen werden können.⁸⁰

Die Gruppe der Wanderarbeiter wird in der Literatur auch als „floating population“ bezeichnet.⁸¹ Diese Migration wurde und wird geduldet, weil die Wanderarbeiterschaft eine unabdingbare Stütze der Wirtschaft in den Städten darstellt;⁸² dort trägt sie in erheblichem Maße zur Nachfrage nach Wohnraum bei.⁸³ Die generell hohe Nachfrage nach Wohnungen wird weiter verstärkt durch den sozialen, traditionsbedingten Druck, in der Stadt selbst Wohneigentum zu erwerben oder zumindest auf dem Land zu bau-

in China's urban society, in: *Economic Geography* 62, Nr. 1 (1986), S. 19 ff.; speziell zum Wandel in den Wohnstrukturen vgl. *Peter G. Rowe/Ann Forsyth/Har Ye Kan, China's Urban Communities: Concepts, Contexts and Well-Being*, Basel 2016, S. 43 ff.

⁷⁶ Einen Abriss über die Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung seit der „Reform und Öffnung“ gibt *Yongnian Zheng, Contemporary China. A History since 1978*, Hoboken 2014, S. 43 ff.

⁷⁷ Zur Bevölkerungsverteilung und Urbanisierung vgl. *Zhongdong Ma, Population*, in: William S. Tay/Alvin Y. So (Hrsg.), *Handbook of Contemporary China*, Singapur 2012, S. 119 ff.

⁷⁸ Chin. 户口 oder 户籍制度, einführend zum *Hukou*-System und dessen historischen Ursprüngen vgl. *Jason Young, China's Hukou System. Markets, Migrants and Institutional Change*, London 2013, S. 27 ff.

⁷⁹ Siehe zur hohen Zahl der Wanderarbeiter die am 21.1.2022 von statista veröffentlichte Statistik (nach Daten des *National Bureau of Statistics of China* vom Mai 2021), abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/234492/umfrage/anzahler-wanderarbeiter-in-china/>> (eingesehen am 20.10.2022), siehe dort auch die folgende Definition: „Als Wanderarbeiter gelten Personen, die mehr als sechs Monate im Jahr außerhalb ihrer Heimatprovinz beschäftigt sind oder die mehr als sechs Monate im Jahr eine nicht-landwirtschaftliche Tätigkeit innerhalb ihrer Heimatprovinz ausüben.“; vgl. detailliert *Zhongdong Ma* (Fn. 77), S. 133 ff.; *Jason Young* (Fn. 78), S. 47 ff.; zur prekären Situation der Wanderarbeiter vgl. *Bettina Gransow*, in: dies./Daming Zhou, *Migrants and Health in Urban China* (= *Berliner China-Hefte* 38), 2010, S. 9 ff.; sowie jüngst im Kontext der Coronapandemie *Georg Fahrion*, *Wanderarbeiter in China während der Pandemie – „In diesem Jahr habe ich erst 24 Euro verdient“*, Spiegel-Online v. 24.8.2020, abrufbar unter <<https://www.spiegel.de/politik/ausland/china-wanderarbeiter-in-diesem-jahr-habe-ich-erst-24-euro-verdient-a-b40f3b8f-5d6f-4280-a5de-ea7816ebd4d7>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁸⁰ Vgl. einführend *Jason Young* (Fn. 78), S. 1 f., 49 f.

⁸¹ Siehe nur *Zhongdong Ma* (Fn. 77), S. 133.

⁸² Vgl. nur *Jason Young* (Fn. 78), S. 28.

⁸³ Vgl. ausführlich zu diesem Zusammenhang *Bettina Gransow*, *Urbanisation, Rural-to-Urban Migration and Housing in China*, in: Kerry Brown (Hrsg.), *The EU-China Relationship: European Perspectives*, London 2015, S. 452 ff.

en.⁸⁴ Während auf der einen Seite die Nachfrage hoch ist, stehen auf der anderen Seite viele von Spekulanten zu Investitionszwecken erworbene Wohnungen leer.⁸⁵ Infolge der beschriebenen Entwicklungen herrscht in den Ballungsräumen ein angespannter, ja „entfesselte[r] Wohnungsmarkt“⁸⁶, und ist insbesondere auch ein von großer struktureller Ungleichheit geprägter Mietwohnungsmarkt entstanden.⁸⁷

Ein im Jahr 2015 durchgeführter Mikrozensus gibt Aufschluss über die Wohnverhältnisse in China.⁸⁸ Gefragt wurde dabei u. a. nach der „Quelle des Wohnraums“⁸⁹, also ob selbst gebaut, gekauft, gemietet etc. Die Ergebnisse sind für drei ausgewählte Regionen auf Provinzebene (Peking, Shanghai, Hubei) in nachstehender Tabelle dargestellt und um eigene Berechnungen ergänzt:

Tabelle 1: Quelle des Wohnraums der Haushalte nach Region (各地区家庭户按住房来源分的户)⁹⁰, Einheit: Haushalt (单位: 户)

Region (Provinzebene)	全国 landesweit	北京 Beijing	上海 Shanghai	湖北 Hubei
insgesamt befragte Haushalte	6234771	107644	131536	269065
Kauf neu gebauter Wohnungen aus gewerblichem Wohnungsbau (购买新建商品房)	843440 ≙ 13,5 %	17614 ≙ 16,4 %	25977 ≙ 19,7 %	33970 ≙ 12,6 %
Wohnungskauf von Privat (购买二手房)	282343 ≙ 4,5 %	7510 ≙ 7,0 %	17837 ≙ 13,6 %	10370 ≙ 3,9 %
Kauf von ehemals öffentlichem (privatisiertem) Wohnraum (购买原公有住房)	405831 ≙ 6,5 %	19044 ≙ 17,7 %	18665 ≙ 14,2 %	27049 ≙ 10,1 %

⁸⁴ Vgl. *Juan Tao*, in: *Yuanshi Bu, Der Besondere Teil der chinesischen Zivilrechtskodifikation*, Tübingen 2019, S. 154.

⁸⁵ Vgl. zu alledem *Sha Hua*, *Pekings Bewohner kämpfen mit rasant steigenden Mieten*, in: *Handelsblatt* Nr. 28, Wochenende 8./9./10. Februar 2019, S. 30.

⁸⁶ Mit dieser Formulierung *Sha Hua* (Fn. 85), S. 30.

⁸⁷ Siehe mit einem ähnlichen Fazit auch *Yuanshi Bu*, Rezension zu „Pißler, Knut Benjamin: Wohnungseigentum in China. Darstellung und Rechtsgrundlagen“, in: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (RabelsZ)* 77 (2013), S. 883: „[...] die andauernde Urbanisierung in China und die massenhafte Umsiedlung vom Land in die Stadt [haben] den Boom des chinesischen Immobilienmarkts befeuert [...]“; zu den steigenden Mieten, dem fehlenden Mieterschutz, der Immobilienspekulation und den hieraus resultierenden Problemen vgl. eindrucklich *Sha Hua* (Fn. 85), S. 30 f. Zu diesen Problemen instruktiv auch *Christoph Giesen*, *Wohnserie – Kaufen verboten*, SZ-online v. 29.11.2019, abrufbar unter: <<https://www.sueddeutsche.de/geld/wohnserie-kaufen-verboten-1.4701037>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁸⁸ Ein großer Zensus findet alle zehn Jahre statt, immer zu Beginn/Ende eines Jahrzehnts, also zuletzt 2020. Der Mikrozensus findet immer im fünften Jahr zwischen den großen Erhebungen statt. Vgl. mit Hintergründen zum Immobilienmarkt (Stand 2012) auch *Knut Benjamin Pißler*, *Wohnungseigentum in China. Darstellung und Rechtsgrundlagen*, Tübingen 2013, S. 2 ff.

⁸⁹ Chin. 住房来源.

⁹⁰ Zahlen und chinesische Bezeichnungen aus *National Bureau of Statistics (国家统计局)* (Hrsg.), *Landesweiter Mikrozensus 2015 anhand einer Stichprobe von 1 % der Bevölkerung (2015 年全国 1% 人口抽样调查资料)*, 2016, S. 535 (Tabelle 11–8); eigene Darstellung, Berechnung und Übersetzung.

Tabelle 1 (fortgesetzt)

Region (Provinzebene)	全国 landesweit	北京 Beijing	上海 Shanghai	湖北 Hubei
Kauf einer staatlich geförderten Eigentumswohnung aus den beiden Wohnraum-Förderprogrammen (购买经济适用房、两限房)	113535 ≙ 1,8 %	6921 ≙ 6,4 %	348 ≙ 0,3 %	3214 ≙ 1,2 %
Eigenbau (自建住房)	3761323 ≙ 60,3 %	16031 ≙ 14,9 %	16278 ≙ 12,4 %	166864 ≙ 62,0 %
Miete von sog. preiswertem Wohnraum (Sozialwohnungen des Staates) oder sog. öffentlich geförderten Mietwohnungen (租赁廉租房、公租房)	84370 ≙ 1,4 %	4733 ≙ 4,4 %	5776 ≙ 4,4 %	3041 ≙ 1,1 %
Miete sonstigen Wohnraums („normale“ Miete) (租赁其他住房)	530616 ≙ 8,5 %	29470 ≙ 27,4 %	41757 ≙ 31,7 %	15665 ≙ 5,8 %
andere Formen (其他)	213313 ≙ 3,4 %	6320 ≙ 5,9 %	4899 ≙ 3,7 %	8894 ≙ 3,3 %

Demnach gaben landesweit nahezu 90 % der befragten Haushalte an, dass ihre Wohnung gekauft sei oder aus Eigenbau i. w. S. stamme, gegenüber 1,4 % Sozialwohnungen oder sonst öffentlich bezuschussten Mietverhältnissen und 8,5 % sonstiger („normaler“) Miete. Ganz anders ist die Lage in den Metropolregionen vom Rang Pekings und Shanghais mit ihren sehr angespannten Wohnungsmärkten: Dort lag die Quote nicht geförderter Miete der Erhebung zufolge bei ca. 30 % (Peking: 27,4 %; Shanghai: 31,7 %), zuzüglich eines Anteils von je 4,4 % Miete preiswerten oder geförderten Wohnraums. In der Provinz Hubei in Zentralchina war der Mietanteil demgegenüber noch nicht so bedeutsam, er lag gemäß den Zahlen von 2015 bei insgesamt knapp 7 % (1,1 % bezuschusste und 5,8 % sonstige Miete). Diese Zahlen illustrieren die großen strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land, die sich in China nicht nur, aber eben auch auf dem Wohnungs- und Mietmarkt zeigen.

Was absolute Zahlen angeht: Laut den Daten des chinesischen Immobilienverbandes gab es im Jahr 2017 insgesamt 194 Millionen Mieter, im Jahr 2025 sollen es den Schätzungen zufolge bereits 252 Millionen sein.⁹¹ In Peking lag, Stand 2018, die Durchschnittsmiete bei 12 Euro/qm⁹² bzw. bei 1.150 Euro/Wohnung, während sich das monatliche Durchschnittsgehalt ebenfalls etwa auf diesem Niveau bewegte (1.100 Euro/Monat für Peking im Jahr 2017).⁹³ In den letzten Jahren ist zudem eine regelrechte Mietindustrie entstanden, bei der man die eigene Wohnung langfristig an eine Plattform vermietet, die diese – meist nach einer Renovierung und/

oder Möblierung – untervermietet und verwaltet (sog. „Second Landlord“-Modell).⁹⁴ Gemietet, kommuniziert und bezahlt wird dann über eine App.⁹⁵ Derartige Anbieter verwalten inzwischen Millionen von Wohneinheiten, was jüngst zu großen Verwerfungen geführt hat, als ein bedeutender Anbieter in Zahlungsschwierigkeiten geriet und keine Zahlungen mehr an die Wohnungseigentümer leistete, die dann von den Mietern erneut Zahlung verlangten, obwohl diese den Mietzins bereits für sechs oder zwölf Monate im Voraus an den Anbieter entrichtet hatten.⁹⁷

2. Privates Wohnungseigentum in China

Grundsätzlich steht sämtlicher Grund und Boden im Eigentum des Staates oder der Kollektive („Volkseigentum“ bzw. „Kollektiveigentum“).⁹⁸ Das ergibt sich schon aus der Verfassung,⁹⁹ wurde später auch ein-

⁹⁴ Chin. 二房东. Nach deutschem Verständnis handelt es sich bei der „Second Landlord“-Konstruktion wohl eher um einen Pacht- mit nachgeschaltetem Mietvertrag. Die chinesische Rechtsprache kennt jedoch nur einen gemeinsamen Begriff für Miete und Pacht, die beide gleichermaßen nach §§ 703 ff. ZGB behandelt werden, hierzu siehe näher vor und mit Fn. 111. In den §§ 716 ff. ZGB trägt der ZGB-Gesetzgeber dieser Gestaltung rudimentär Rechnung.

⁹⁵ Siehe einführend zu diesem Geschäftsmodell *Timothy Ang*, Why Chinese millennials are choosing the rental lifestyle, in: China Economic Review, online v. 8.8.2018, abrufbar unter <<https://chinaeconomicreview.com/why-chinese-millennials-are-choosing-the-rental-lifestyle/>> (eingesehen am 20.10.2022); *Sha Hua* (Fn. 85), S. 30.

⁹⁶ Einer der größten derartigen Anbieter ist Ziroom, siehe *Dominique Fong*, Markets – Warburg Pincus Leads \$621 Million Fundraising Round in China's Ziroom, in: The Wall Street Journal, online v. 16.1.2018, abrufbar unter <<https://www.wsj.com/articles/warburg-pincus-leads-621-million-fundraising-round-in-chinas-ziroom-1516093178>> (eingesehen am 20.10.2022). Zur Funktionsweise siehe eine an Ausländer gerichtete Anleitung, abrufbar unter <https://www.echinacities.com/expat-corner/How-to-Use-Ziroom-to-Rent-in-China#page_cmt> (eingesehen am 20.10.2022).

⁹⁷ Vgl. zu den jüngsten Entwicklungen *Waiyee Yip/Fan Wang*, Danke Apartment: The 'broken eggshell' that left young Chinese homeless, in: BBC News, online v. 12.1.2021, abrufbar unter <<https://www.bbc.com/news/world-asia-china-55571813>> (eingesehen am 20.10.2022); *Emma Lee*, Home rental giant Ziroom is jilting landlords, in: technode, online v. 13.1.2021, abrufbar unter <<https://technode.com/2021/01/13/home-rental-giant-ziroom-is-jilting-landlords/>> (eingesehen am 20.10.2022). Eine Schilderung aus erster Hand bietet auch *Roman Kierst*, Wohnungskrise – Warum ich mitten im Winter fast aus meiner Pekinger WG geflogen bin, in: yi magazin, abrufbar unter <<https://www.goethe.de/prj/yim/de/mag/22129384.html>> (eingesehen am 20.10.2022).

⁹⁸ Vgl. zur Genese der chinesischen Eigentumsordnung ausführlich *Christina Eberl-Borges*, Einführung in das chinesische Recht, Baden-Baden 2018, Rn. 359 ff., siehe insbesondere Rn. 362, 370 zu deren Dreigliedrigkeit (Volks-, Kollektiv- und Privateigentum).

⁹⁹ Art. 9 Verfassung VR China v. 1982: „(1) Bodenschätze, Gewässer, Wälder, Berge, Grassteppen, Ödland, Strände und andere Naturressourcen gehören dem Staat, das heißt, sie sind Volkseigentum, mit der Ausnahme von Wäldern, Bergen, Grassteppen, Ödland und Stränden, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zum Kollektiveigentum gehören. [...]“; Art. 10 Verfassung VR China v. 1982: „(1) Der Boden in den Städten ist Staatseigentum.

(2) Der Boden auf dem Lande und in den Vororten der Städte ist Kollektiveigentum, mit Ausnahme der Teile, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen dem Staat gehören. Grundstücke und Parzellen zur privaten Nutzung auf Acker- und Bergland sind ebenfalls Kollektiveigentum.

⁹¹ Siehe mit diesen Angaben *Sha Hua* (Fn. 85), S. 31.

⁹² Und damit fast 50 % höher als noch 2015, wo die Durchschnittsmiete mit 8,42 Euro/qm angegeben wird (Nachweis siehe nächste Fn.).

⁹³ Zahlen nach *Sha Hua* (Fn. 85), S. 30, die Bezug nimmt auf den chinesischen Immobilienverband und das chinesische Statistikamt.

fachgesetzlich im Sachenrechtsgesetz 2007 (SRG)¹⁰⁰ niedergelegt und fand schließlich Eingang in die eigentumsrechtlichen Regelungen des Zivilgesetzbuchs von 2020 (ZGB)¹⁰¹, vgl. §§ 246 ff. ZGB. Übertragbar ist jedoch das grundsätzlich zeitlich befristet erteilte Recht zur Nutzung von Bauland in der Stadt, vgl. nur § 353 ZGB zur Verfügungsbefugnis des zur Nutzung des Baulands Berechtigten.¹⁰² Aufgrund ihres hohen Wertes kommt den dinglichen Nutzungsrechten in China ein dem Privateigentum an Grundstücken vergleichbarer wirtschaftlicher Stellenwert zu.¹⁰³

Privateigentum kann demgegenüber an den in § 266 ZGB enumerierten Gegenständen bestehen, u. a. an Häusern¹⁰⁴, wobei hiermit gerade keine Grundstücke gemeint sind, sondern abgeschlossene Räume, also vor allem Wohnungen und sonstige Räume eines Gebäudes.¹⁰⁵ Folgerichtig kennt das Gesetz sog. Stockwerkseigentum, das Bu¹⁰⁶ zufolge i. S. v. §§ 712a bis 712f Schweizerisches ZGB zu verstehen sei. Piffler¹⁰⁷ wiederum bezeichnet es als Wohnungseigentum. Die

(3) [...]

(4) Weder eine Organisation noch ein Individuum darf Grund und Boden in Besitz nehmen, kaufen oder verkaufen oder auf andere Weise gesetzwidrig andern überlassen.“; Verfassungsbestimmungen zitiert nach der deutschen Übersetzung in: Robert Heuser (Hrsg.), Das Außenwirtschaftsrecht der VR China. Die wichtigsten Rechtsnormen mit Erläuterungen, München 1986, S. 13. Im Jahr 1988 wurde in Art. 10 Abs. 4 der Verfassung folgender Satz 2 angefügt: „Das Recht der Benutzung von Grund und Boden kann in Übereinstimmung mit dem Gesetz übertragen werden.“, siehe die Angaben in der deutschen Übersetzung des Verfassungstextes in der Sammlung „verfassungen.net“, abrufbar unter <<http://www.verfassungen.net/rc/verf82-i.htm>> (eingesehen am 20.10.2022).

¹⁰⁰ Sachenrechtsgesetz der VR China (中华人民共和国物权法), verabschiedet am 16.3.2007 auf der 5. Sitzung des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK), chinesisch-deutsch in: Mei Zhou/Xiaokun Qi/Sebastian Lohsse/Qingwen Liu, Gesetz der Volksrepublik China über das Sachenrecht, Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) 2007, S. 78 ff.

¹⁰¹ Zivilgesetzbuch der VR China (中华人民共和国民法典), verabschiedet am 28.5.2020 auf der 3. Sitzung des 13. NVK, chinesischer Text in: Amtsblatt des Ständigen Ausschusses des NVK (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报) 2020, Sonderausgabe ZGB (特刊-中华人民共和国民法典) v. 15.6.2020, S. 2 ff. = *People's Daily* (人民日报) v. 2.6.2020, S. 1, 8 ff., chinesisch-deutsch in: DING Yijie/Peter Leibkühler/Nils Klages/Knut Benjamin Piffler, Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China, ZChinR 2020, S. 207 ff.

¹⁰² Vgl. ausführlich Gregory M. Stein, Modern Chinese Real Estate Law: Property Development in an Evolving Legal System (Law, Property and Society), London 2016, S. 27 ff.; Yuanshi Bu (Fn. 69), § 14 Rn. 57 ff.; hierzu auch Christina Eberl-Borges (Fn. 98), Rn. 363, wonach es, von der öffentlichen Hand erwünscht, „zu Fremdbewirtschaftung in den durch Gesetz, Verleihungsakt oder durch einen Planungsträger vorgegebenen Grenzen“ komme.

¹⁰³ So überzeugend Christina Eberl-Borges (Fn. 98), Rn. 363, 371; ähnlich („beinahe dem Eigentum gleichkommende Nutzungsrechte“) auch Yuanshi Bu (Fn. 69), § 14 Rn. 59; vgl. zu alledem auch Tong Zhang, in: Thomas M. J. Möllers/Hao Li, The General Rules of Chinese Civil Law. History, Reform and Perspective, Baden-Baden 2018, S. 221 f.

¹⁰⁴ Chin. 房屋.

¹⁰⁵ Siehe die Erläuterungen bei DING Yijie/Peter Leibkühler/Nils Klages/Knut Benjamin Piffler (Fn. 101), S. 243, dort in Fn. 111; zur Vorläufervorschrift in § 64 SRG vgl. Sebastian Lohsse/Jing Jin (Fn. 73), Kap. 5 Rn. 45.

¹⁰⁶ Ausführlich Yuanshi Bu (Fn. 69), § 14 Rn. 38 ff.; vgl. auch Yuanshi Bu (Fn. 87), S. 883 ff.

¹⁰⁷ Zur Terminologie und den Unterschieden zum deutschen Wohnungseigentumsrecht siehe Piffler, Wohnungseigentum in China, 2013, S. 4 ff.

diesbezüglichen Regelungen finden sich seit Erlass des ZGB im 6. Kapitel des 2. Buches, §§ 271 ff. ZGB. Gem. § 271 ZGB (vormals § 70 SRG) kann solches (Sonder-)Eigentum bestehen an einer Wohnung, an gewerblich genutzten Räumen und sonstigen exklusiven Gebäudeteilen, während an den gemeinschaftlich genutzten Teilen Gemeinschaftseigentum besteht.

Nach alledem fällt das Eigentum an Grundstücken und den hierauf errichteten Gebäuden regelmäßig auseinander, außer der Staat bzw. die Kollektive sind zugleich Grund- und Gebäudeeigentümer.¹⁰⁸

3. Mieterschutz nach dem ZGB unter Berücksichtigung anderer Formen der Wirksamkeits- und Inhaltskontrolle

a) Allgemeiner Befund und jüngste Entwicklung

Bu¹⁰⁹ sieht infolge der Tatsache, dass die meisten Chinesen den Kauf der Miete vorzögen und nur kurz in einem Mietverhältnis stünden, einen entsprechend geringeren Bedarf an Mieterschutz. Vor dem Hintergrund der steigenden Mietquote muss dieser Befund zumindest für die Ballungsräume relativiert werden. Vom gestiegenen Interesse der chinesischen Politik an Mieterschutz zeugt auch eine hochrangige Delegationsreise aus China im Jahr 2019, bei der sich die Teilnehmenden in Deutschland umfassend zu diesem Thema informieren ließen.¹¹⁰

Es ist daher zu fragen, welche mieterschützenden Instrumente das geltende chinesische Recht vorhält, und ob dieses Instrumentarium den gesellschaftlichen Realitäten angemessen ist. Hinzuweisen ist zunächst darauf, dass die chinesische Rechtssprache Miete und Pacht mit demselben Begriff bezeichnet.¹¹¹ Die betreffenden Regelungen finden sich im 14. Kapitel des 3. Buches des ZGB, §§ 703 ff. ZGB. Im Mietvertragsrecht wurden zahlreiche Vorschriften des bisherigen Vertragsgesetzes (VG) exakt oder mit mehr oder weniger geringen Anpassungen übernommen; zudem wurden einige Bestimmungen der 2009 ergangenen Auslegung des Obersten Volksgerichts (OVG) zur Wohnraummiete (im Folgenden: OVG-Auslegung 2009)¹¹² ins ZGB

¹⁰⁸ Yuanshi Bu (Fn. 69), § 14 Rn. 62; zu dieser Problematik vgl. auch Sebastian Lohsse/Jing Jin (Fn. 73), Kap. 5 Rn. 46 f.

¹⁰⁹ Yuanshi Bu (Fn. 69), § 12 Rn. 102.

¹¹⁰ Siehe nur Anna Hoben, Delegation aus China informiert sich in München über Mieterschutz, in: SZ-Online v. 27.1.2019, abrufbar unter <<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/delegation-aus-china-mieterschutz-verein-der-immobilienbesitzer-1.4304691>> (eingesehen am 20.10.2022).

¹¹¹ Chin. 租赁, siehe die Anmerkung bei DING Yijie/Peter Leibkühler/Nils Klages/Knut Benjamin Piffler (Fn. 101), S. 323, in Fn. 614; sowie Knut Benjamin Piffler, Mietrecht in China nach der justiziellen Interpretation des Obersten Volksgerichts aus dem Jahr 2009, ZChinR 2010, S. 222.

¹¹² Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Rechtsanwendung bei Streitfällen zu Mietverträgen über Wohnungen in Städten und Kleinstädten (最高人民法院关于审理城镇房屋租赁合同纠纷案件具体应用法律若干问题的解释) v. 30.7.2009, chinesisch-deutsch in: Knut Benjamin Piffler, ZChinR 2010, S. 272 ff.

aufgenommen.¹¹³ Die OVG-Auslegung 2009 wurde vom OVG denn auch am 23.12.2020 mit Wirkung zum 1.1.2021 entsprechend bereinigt, sodass nurmehr die nicht ins ZGB übernommenen Bestimmungen in der Auslegung verblieben sind; damit gingen auch einige Änderungen an den übrigen Vorschriften einher.¹¹⁴

Generell fällt auf, dass das Mietrecht des ZGB nur sehr wenige Vorschriften spezifisch zur Wohnraummiete enthält und kaum soziale Schutzregelungen zugunsten des Mieters.¹¹⁵ Das Verbot der Änderungskündigung zum Zwecke der Mieterhöhung und das Vergleichsmietenregime zur Begrenzung der Höhe des Mietzinses, wie sie oben¹¹⁶ als für das deutsche Recht zentrale Schutzinstrumente dargestellt wurden, finden im chinesischen ZGB kein Pendant. Eine Kündigung vonseiten des Vermieters ist vielmehr in vielen Fällen ohne größere Einschränkungen möglich.¹¹⁷ So bestimmt § 730 ZGB für unbefristete Mietverhältnisse, dass jede Partei jederzeit den Vertrag auflösen darf, dies aber der anderen Partei im Voraus mit angemessener Frist mitgeteilt werden muss (ordentliches¹¹⁸ Kündi-

gungsrecht).¹¹⁹ Eine Unterscheidung zwischen Wohnraummiete und sonstigen Mietverhältnissen sieht das ZGB insofern nicht vor. Keine besondere Regelung ist zur Eigenbedarfskündigung enthalten, die nicht besonders bedeutsam zu sein scheint.¹²⁰ Meist bedarf es aber ohnehin keiner Kündigung, da Mietverhältnisse in China in der Regel befristet abgeschlossen werden.¹²¹

In jüngster Zeit hat sich aber ausweislich einer Mitteilung vom 30.8.2021¹²² offenbar das chinesische Ministerium für Wohnungswesen und ländliche Entwicklung die „Gewährleistung eines stabilen Angebots und einer stabilen Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt“¹²³ auf die Agenda gesetzt. Die Bemühungen zielen insbesondere darauf, zu verhindern, dass das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt die Schwierigkeiten von Neubürgern und einkommensschwachen Bevölkerungsteilen bei der Anmietung von Wohnraum verschärft. Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Begrenzung des jährlichen Anstiegs der Mieten für städtischen Wohnraum auf höchstens 5 % beabsichtigt.¹²⁴

b) Mieterschützende Regelungen im Einzelnen

Einige mieterschützende Regelungen sind jedoch in §§ 725 ff. ZGB enthalten: § 725 ZGB normiert zunächst den Grundsatz „Kauf bricht nicht Miete“.¹²⁵

Für die Wohnraummiete normiert § 726 ZGB für den Fall des Verkaufs der vermieteten Wohnung grundsätzlich ein Vorkaufsrecht des Mieters.¹²⁶ In der Literatur wurde ob der ausgreifenden Immobilienspekulation

ne rechtfertigenden Grund den Mietzins nach Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist bezahlt, wobei ein unerheblicher Zahlungsrückstand wohl nach der Rechtsprechung keine Kündigung rechtfertigt, siehe *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 163.¹¹⁹ Vgl. zur leicht anders gefassten Vorgängervorschrift in § 232 VG *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 160.

¹²⁰ Vgl. unter Hinweis auf § 119 Abs. 3 der (zum 1.1.2021 außer Kraft getretenen) OVG-Ansichten zu den AGZ v. 26.1.1988 (Höchstgericht der Volksrepublik China) *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 164; *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 236.

¹²¹ *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 236. Laut *Christoph Giesen* (Fn. 87) werden Mietverträge gewöhnlich für ein Jahr abgeschlossen.

¹²² Die Mitteilung des Ministeriums für Wohnungswesen und ländliche Entwicklung über die Verhinderung von großflächigem Abriss und Bau bei der Durchführung von Stadterneuerungsiniciativen (住房和城乡建设部关于在实施城市更新行动中防止大拆大建问题的通知), abrufbar unter <http://www.gov.cn/zhengce/zhengceku/2021-08/31/content_5634560.htm> (eingesehen am 20.10.2022) (nur auf Chinesisch), befasst sich primär mit Stadterneuerungspolitik.

¹²³ Chin. „确保住房租赁市场供需平稳“, siehe den Nachweis in Fn. 122.

¹²⁴ Siehe den Nachweis Fn. 122.

¹²⁵ Vgl. hierzu näher *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 232 f.; ausführlich aus chinesischer Sicht vgl. *HUANG Fenglong* (黄凤龙), „Kauf bricht nicht Miete“ und Mieterschutz. Mit einem Fokus auf das Verständnis von § 229 VG (‘买卖不破租赁’与承租人保护—以对《合同法》第229条的理解为中心), *Peking University Law Journal* (中外法学) 2013/3, S. 618 ff.; *WANG Liming* (王利明), Über „Kauf bricht nicht Miete“ (论“买卖不破租赁”), *Academic Journal of Zhongzhou* (中州学刊) 2013/9, S. 48 ff.; zum deutschen Recht siehe oben vor und mit Fn. 12.

¹²⁶ Vgl. zur diesbezüglich ähnlichen Rechtslage vor dem ZGB *Yuan-shi Bu* (Fn. 69), § 12 Rn. 103; ausführlich zum Vorkaufsrecht auch *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 233 ff. Ein solches Vorkaufsrecht existiert auch im deutschen Recht, siehe § 577 BGB.

¹¹³ Einführend zum bisherigen Mietrecht nach dem VG und der OVG-Auslegung 2009 vgl. *Yuanshi Bu* (Fn. 69), § 12 Rn. 102 ff.; *Thomas Weidlich/Yuan Shen*, in: Jörg Binding/Knut Benjamin Piffler/Lan Xu (Hrsg.), *Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2015, Kap. 3 Rn. 144 ff.; *Tietie Zhang*, in: *Yuanshi Bu* (Hrsg.), *Chinese Civil Law*, München 2013, Kap. 6 Rn. 78 ff.; *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 222 ff.

¹¹⁴ Chinesisch-deutsche Übersetzung der revidierten Fassung der OVG-Auslegung 2009 unten ab S. 154. Siehe ferner zu Änderungen an weiteren Vorschriften den Beschluss des OVG zur Änderung der „Auslegung des OVG zu einigen Fragen der Anwendung des ‚Gewerkschaftsgesetzes der VR China‘ in der Zivilrechtsprechung“ und zur Änderung von 26 weiteren justiziellen Auslegungen (verabschiedet auf der 1823. Sitzung des Rechtssprechungsausschusses des OVG am 23.12.2020, gültig ab 1.1.2021), chin. 最高人民法院关于修改《最高人民法院关于在民事审判工作中适用〈中华人民共和国民事诉讼法〉若干问题的解释》等二十七件民事类司法解释的决定（2020年12月23日最高人民法院审判委员会第1823次会议通过，自2021年1月1日起施行），chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI3.349701, (eingesehen am 20.10.2022), siehe dort den entsprechenden Streichungsbeschluss unter Nr. 21 (二十一、) betreffend die OVG-Auslegung zur Wohnraummiete: „2. Gestrichen werden §§ 4, 8, 15, 16, 17, 19, 21, 23, 24.“ (chin. „2. 删除第四条、第八条、第十五条、第十六条、第十七条、第十九条、第二十一条、第二十三条、第二十四条“); schon im Vorfeld des Erlasses des ZGB auf die Notwendigkeit einer Bereinigung der OVG-Auslegungen hinweisend *Yuanshi Bu*, Hintergrund, Bestandsaufnahme und Anmerkungen zum BT ZGB – mit dem Vertrags- und Erbrecht im Fokus, in: dies., *Der Besondere Teil der chinesischen Zivilrechtskodifikation*, Tübingen 2019, S. 29.

¹¹⁵ Vgl. mit einem ähnlichen Urteil mit Blick auf das VG *Yuanshi Bu* (Fn. 69), § 12 Rn. 102 („wenige Schutzvorschriften zugunsten des Mieters“); so auch *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 222; zum Missverhältnis zwischen der hohen Bedeutung von Mietverhältnissen über (Wohn-)Räume und der geringen Zahl von Sondervorschriften vgl. mit Blick auf das VG schon *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 157.

¹¹⁶ Siehe oben unter II. 2.

¹¹⁷ Zu den Kündigungsgründen des Vermieters nach dem VG und der OVG-Auslegung 2009 vgl. *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 225 f.; *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 160 ff.

¹¹⁸ Das außerordentliche Kündigungsrecht des Vermieters ist durchaus ähnlich geregelt wie im deutschen Recht, siehe dort §§ 543 und 569 BGB: So besteht ein Kündigungsrecht nach § 711 ZGB, wenn der Mieter die Mietsache nicht nach der vereinbarten Methode bzw. ihrer Natur entsprechend gebraucht und die Mietsache dadurch beschädigt wird; gemäß § 716 Abs. 2 ZGB bei Untervermietung ohne Einverständnis des Vermieters; gem. § 722 ZGB, wenn der Mieter oh-

in China schon zur Rechtslage nach dem VG und der OVG-Auslegung 2009 angemerkt, dass sich dieses starke Vorkaufsrecht kontraproduktiv auswirken könne, wenn Eigentümer eine Wohnung lieber leer stehen ließen als durch eine Vermietung ihre Veräußerungsfreiheit zu gefährden.¹²⁷ § 727 ZGB enthält die zuvor in § 23 OVG-Auslegung 2009 enthaltene Informationspflicht des Vermieters, den Mieter fünf Tage vor einer Versteigerung des vermieteten Hauses hierüber zu unterrichten. Ebenfalls aus der OVG-Auslegung 2009 (§ 21) stammt die jetzt in § 728 Satz 1 ZGB niedergelegte Regelung, wonach der Mieter Schadensersatz verlangen kann, wenn der Vermieter ihn nicht über sein Vorkaufsrecht unterrichtet hat. Die fehlende Unterrichtung hindert gemäß § 728 Satz 2 ZGB aber nicht die Wirksamkeit des zwischen dem Vermieter und einem Dritten abgeschlossenen Kaufvertrags.

Gem. § 731 ZGB kann der Mieter jederzeit den Vertrag auflösen, wenn die Mietsache seine Sicherheit oder Gesundheit gefährdet, auch wenn er bei Vertragsschluss von Qualitätsmängeln wusste.¹²⁸ Eine Schutzregelung zugunsten der mit dem Mieter zusammenlebenden Personen enthält § 732 ZGB, wonach diese Personen nach dem Tod des Mieters in den Mietvertrag eintreten können.¹²⁹ § 734 ZGB bestimmt, dass sich ein befristetes Mietverhältnis unbefristet verlängert, wenn der Mieter nach Ablauf der Mietfrist die Mietsache weiter gebraucht und der Vermieter keinen Einspruch dagegen erhebt.¹³⁰

Das ZGB kennt daneben dem deutschen Recht vergleichbare allgemeine Instrumente der Wirksamkeits- und Inhaltskontrolle von Rechtsgeschäften und Verträgen. So enthält etwa § 153 Abs. 2 ZGB eine Unwirksamkeitsfolge für Zivilrechtsgeschäfte, die der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten zuwiderlaufen, und es kann gem. § 151 ZGB die Aufhebung von grob ungerichten Rechtsgeschäften verlangt werden, die unter Ausnutzung einer gefährlichen oder schwierigen Lage zustande gekommen sind.¹³¹ Auch der Grundsatz von Treu und Glauben¹³² ist in § 7 ZGB ausdrücklich normiert, kommt aber auch in zahlreichen weiteren Vorschriften zum Ausdruck (siehe Tabelle 2).¹³³ §§ 496

bis 498 ZGB enthalten Bestimmungen zur Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen¹³⁴, die Vorschrift zur Inhaltskontrolle ist § 497 ZGB.¹³⁵

c) Tabellarischer Überblick

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die wichtigsten Materien der allgemeinen zivilrechtlichen Wirksamkeits- und Inhaltskontrolle sowie des Mietrechts des ZGB und führt die Vorschriften zurück auf ähnliche oder gar identische Vorschriften in den Allgemeinen Grundsätzen des Zivilrechts von 1986 (AGZ)¹³⁶, im Vertragsgesetz von 1999 (VG)¹³⁷ und in der OVG-Auslegung 2009. Diese Gegenüberstellung belegt die weitgehende Kontinuität zwischen dem alten und neuen Recht – fast für alle ZGB-Vorschriften finden sich entsprechende Vorläuferregelungen.¹³⁸

Tabelle 2

Regelungsmaterie	Regelung im ZGB	Vorläuferregelungen
<i>allgemeine Wirksamkeits- und Inhaltskontrolle</i>		
Sittenwidrigkeit	Grundsatz in §§ 8, 10 ZGB; Unwirksamkeitsfolge in § 153 Abs. 2 ZGB	§ 7 AGZ („gesellschaftliche Moral“); Unwirksamkeitsfolge in § 58 Abs. 1 Nr. 5 AGZ; § 7 VG
Wucher/ unangemessene Benachteiligung	Anfechtbarkeit, § 151 ZGB	Nichtigkeit, § 58 Abs. 1 Nr. 3 AGZ bzw. Anfechtbarkeit, § 59 Abs. 1 Nr. 2 AGZ
Treu und Glauben	Grundsatz in § 7 ZGB, daneben einige Ausprägungen: <ul style="list-style-type: none"> • Schadensersatzanspruch bei c. i. c., § 500 ZGB (vgl. § 500 Nr. 3 ZGB „andere den Grundsatz von Treu und Glauben verletzende Handlungen“) • Vertragserfüllung nach Treu und Glauben, § 509 Abs. 2 ZGB • nachvertragliche Pflichten, § 558 ZGB 	§ 4 AGZ § 6 VG § 42 VG § 60 VG § 92 VG

ropäischen und Globalen Kontext. Festschrift für Norbert Horn zum 70. Geburtstag, Berlin 2006, S. 135 f.

¹³⁴ Das deutsche AGB-Recht ist in §§ 305 ff. BGB enthalten, es spielt im Mietrecht freilich nur insoweit eine Rolle, als nicht ohnehin zwingende Mieterschutzvorschriften eingreifen, siehe dazu schon oben Fn. 19.

¹³⁵ Detailliert zu AGB in China vgl. *Thomas Weidlich/Yuan Shen* (Fn. 113), Kap. 3 Rn. 39 ff.

¹³⁶ Allgemeine Grundsätze des Zivilrechts der Volksrepublik China (中华人民共和国民法通则), verabschiedet am 12.4.1986 auf der 4. Sitzung des 6. NVK, revidierte Fassung v. 27.8.2009, deutsch in der Fassung v. 12.4.1986 bei: Frank Münzel (Hrsg.), *Chinas Recht*, 12.4.1986/1, abrufbar unter <http://www.chinas-recht.de/zivilrecht.htm> (eingesehen am 20.10.2022).

¹³⁷ Vertragsgesetz der VR China (中华人民共和国合同法), verabschiedet am 15.3.1999 auf der 2. Sitzung des 9. NVK, deutsch bei: Frank Münzel (Hrsg.), *Chinas Recht*, 15.3.1999/1, abrufbar unter <http://www.chinas-recht.de/vertrag.htm> (eingesehen am 20.10.2022).

¹³⁸ Zur Kontinuität bei den vertypten Verträgen mit Blick auf die Entwurfsfassungen des ZGB-BT vgl. schon *Yuanshi Bu* (Fn. 114), S. 27 ff., speziell zur Übernahme von Vorschriften aus der OVG-Auslegung 2009 siehe a. a. O., S. 28.

¹²⁷ Mit diesen Bedenken *Knut Benjamin Piffler* (Fn. 111), S. 238; vgl. auch *Sha Hua* (Fn. 85), S. 30, die von einem hohen Leerstand (geschätzt eine Million Wohnungen allein in Peking) infolge von Spekulation berichtet.

¹²⁸ Ähnlich im deutschen Recht das außerordentliche Kündigungsrecht des Mieters nach § 569 Abs. 1 BGB bei Gesundheitsgefährdung durch die gemietete Wohnung.

¹²⁹ Ähnlich im deutschen Recht § 563 BGB.

¹³⁰ Ähnlich im deutschen Recht § 545 BGB, der allerdings in der Wohnraummiete angesichts der nur ausnahmsweisen Zulässigkeit von Zeitmietverträgen nach § 575 BGB kaum eine Rolle spielt.

¹³¹ Siehe zum Verbot sittenwidriger Rechtsgeschäfte im deutschen Recht § 138 BGB.

¹³² Im deutschen Recht siehe § 242 BGB.

¹³³ Zur Herkunft dieses Grundsatzes im chinesischen Recht vgl. *Jörg Binding/Hang Zhang*, in: *Jörg Binding/Knut Benjamin Piffler/Lan Xu* (Hrsg.), *Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2015, Kap. 2 Rn. 41 ff., zur Bedeutung im Vertragsrecht siehe a. a. O., Rn. 45, 50; mit Blick auf § 6 VG die Ausstrahlungswirkung des Grundsatzes auf das gesamte VG betonend *Weixing Shen*, in: *Klaus Peter Berger et al.* (Hrsg.), *Zivil- und Wirtschaftsrecht im Eu-*

Tabelle 2 (fortgesetzt)

Regelungsmaterie	Regelung im ZGB	Vorläuferregelungen
AGB-Kontrolle <i>ausgewählte Vorschriften des Mietrechts</i> ¹³⁹	§§ 496 bis 498 ZGB	§§ 39 bis 41 VG
Definition	§ 703 ZGB	§ 212 VG
Inhalt des Mietvertrags	§ 704 ZGB	§ 213 VG
Schriftform bei längerfristigen Mietverträgen	§ 707 ZGB	§ 215 VG
Pflichten des Vermieters	§ 708 ZGB	§ 216 VG
Vereinbarungsgemäßer Gebrauch der Mietsache durch den Mieter	§ 709 ZGB	§ 217 VG
Abnutzung der Mietsache durch vertragsgemäßen Gebrauch	§ 710 ZGB	§ 218 VG
Rechte des Vermieters bei vertragswidrigem Gebrauch	§ 711 ZGB	§ 219 VG
Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht des Vermieters	§ 712 ZGB	§ 220 VG
Durchsetzung der Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht des Vermieters	§ 713 ZGB	§ 221 VG
Veränderung der Mietsache durch den Mieter	§ 715 ZGB	§ 223 VG
Untervermietung	§ 716 ZGB	§ 224 VG
Mietfrist bei Untervermietung	§ 717 ZGB	§ 15 OVG-Auslegung 2009
Fiktion des Einverständnisses des Vermieters bei Untervermietung	§ 718 ZGB	§ 16 OVG-Auslegung 2009
Zahlung des Mietzinses durch den Dritten anstelle des Hauptmieters	§ 719 ZGB	§ 17 OVG-Auslegung 2009
Fruchtgenuss	§ 720 ZGB	§ 225 VG
Mietzinstermine	§ 721 ZGB	§ 226 VG
Vertragsauflösung durch Vermieter	§ 722 ZGB	§ 227 VG
Mietminderung bei Rechtsmängeln	§ 723 ZGB	§ 228 VG
Vertragsauflösung durch Mieter	§ 724 ZGB	§ 8 OVG-Auslegung 2009
Kauf bricht nicht Miete	§ 725 ZGB	§ 229 VG
Vorkaufsrecht bei Wohnraummiete	§ 726 ZGB	§ 230 VG
Vorkaufsrecht bei Versteigerung von Wohnraum	§ 727 ZGB	§ 23 OVG-Auslegung 2009

¹³⁹ Bezeichnung der Regelungsmaterie entsprechend den Paragraphenüberschriften bei DING Yijie/Peter Leibkühler/Nils Klages/Knut Benjamin Pißler (Fn. 101), S. 323 ff.

Tabelle 2 (fortgesetzt)

Regelungsmaterie	Regelung im ZGB	Vorläuferregelungen
Rechtsfolgen einer Beeinträchtigung des Vorkaufsrechts	§ 728 ZGB	§ 21 OVG-Auslegung 2009
Vertragsauflösung wegen Verschlechterung und Untergang der Mietsache	§ 729 ZGB	§ 231 VG
Vertragsauflösung bei unbefristeten Mietverträgen	§ 730 ZGB	§ 232 VG
Fortsetzung des Mietverhältnisses durch Zusammenlebende und Geschäftspartner	§ 732 ZGB	§ 234 VG
Unbefristete Verlängerung des Mietvertrags, Vorrecht bei Wohnraummiete	§ 734 ZGB	§ 236 VG

IV. Rechtsvergleichende Schlussbemerkungen

Mieterschutz ist vor allem dort dringlich, wo Wohnraum knapp ist und Mieter deshalb keine nennenswerten Verhandlungsmacht haben, sondern faktisch gezwungen sind, auch grob unangemessene Vertragsbedingungen privater Vermieter zu akzeptieren, um ihr existenzielles Wohnbedürfnis zu befriedigen. Ist die materielle Vertragsparität dermaßen aus den Fugen geraten, bietet der Vertrag als Instrument privatautonomer und prinzipiell eigenverantwortlicher Interessenwahrnehmung¹⁴⁰ keinen zuverlässigen Schutz gegen einseitige und unangemessene Übervorteilung mehr. Dieser Befund rechtfertigt gesetzliche Einschränkungen der Privatautonomie, wie sie für das deutsche

¹⁴⁰ Grundlegend dazu Walter Schmidt-Rimpler, Grundfragen einer Erneuerung des Vertragsrechts, in: Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 147 (1941), S. 155 f.: „... der Vertrag ist ein Mechanismus, um ohne hoheitliche Gestaltung in begrenztem Rahmen eine richtige Regelung auch gegen unrichtigen Willen herbeizuführen, weil immer der durch die Unrichtigkeit Betroffene zustimmen muß“; ders., Zum Problem der Geschäftsgrundlage, in: Festschrift für Hans Carl Nipperdey: zum 60. Geburtstag 21. Januar 1955, München 1955, S. 1 ff.; abweichend unter noch radikalerer Betonung der Selbstbestimmung als Geltungsgrund des Vertrags Werner Flume, Rechtsgeschäft und Privatautonomie, in: Hundert Jahre deutsches Rechtsleben: Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Juristentages 1860–1960, Bd. 1, Karlsruhe 1960, S. 143: „Nur in Hinsicht auf die Art des Zustandekommens des Vertrages, daß nämlich die Regelung in der Selbstbestimmung der Vertragspartner geschieht, kann man von der Regelung des Vertrags sagen, daß sie ‚richtig‘ ist. Darüber hinaus wäre das Urteil des ‚richtig‘ oder ‚unrichtig‘ als rechtliches Urteil über den Inhalt der privatautonomen Gestaltung ein Widerspruch in sich. Denn, soweit die Privatautonomie wirkt, gibt es gerade keine rechtliche Norm, an welcher die privatautonome Gestaltung der Rechtsverhältnisse gemessen werden könnte. Die Gestaltung aus Selbstbestimmung in einem Rahmen, der nach der Rechtsordnung der Selbstbestimmung überlassen ist, ist einem rechtlichen Urteil, ob sie ‚richtig‘ ist, unzugänglich“; ähnlich ders., Das Bereicherungsrecht in Mehrpersonenverhältnissen, in: AcP (161) 1962, S. 65: „Das Rechtsgeschäft gilt, weil gemäß dem Grundsatz der Privatautonomie die Regelung des einzelnen als eine solche nach seinem Willen anerkannt wird“; dazu auch bereits Beate Gsell (Fn. 21), S. 306 f.

soziale Mieterschutzrecht kennzeichnend sind,¹⁴¹ sich aber auch in einzelnen Vorschriften des ZGB finden.

¹⁴¹ Dementsprechend hat das deutsche BVerfG in seinem Beschluss v. 23.4.1974 – 1 BvR 6/74, BVerfGE 37, 132, juris Rn. 25 völlig zu Recht schon 1974 zur heute in § 558 Abs. 1 BGB geregelten gesetzlichen Begrenzung der Miete auf die ortsübliche Vergleichsmiete in Bestandsmietverträgen entschieden, es sei schon deshalb nicht zu beanstanden, dass die Ausnutzung von Mangellagen auf dem Wohnungsmarkt verhindert und Preisspitzen abgeschnitten würden, weil eine solche Nutzung des Eigentums im Hinblick auf die soziale Bedeutung der Wohnung für die hierauf angewiesenen Menschen keinen verfassungsrechtlichen Schutz genieße. Und in einer Entscheidung aus dem Jahr 1985 zur heute in § 558 Abs. 3 BGB angeordneten Kappungsgrenze stellte das BVerfG klar, dass die Bestandsgarantie des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG nicht schon dann infrage gestellt ist, wenn nicht die höchstmögliche Rendite aus einem Eigentumsobjekt erzielt werden kann, siehe BVerfG, Beschluss v. 4.12.1985 – 1 BvL 23/84, 1 BvL 1/85, 1 BvR 439/84, 1 BvR 652/84, BVerfGE 71, 230, juris Rn. 49; auch dazu bereits Beate Gsell (Fn. 21), S. 306 f. Das BVerfG hat schließlich auch die „Mietpreisbremse“ gebilligt und entschieden, dass die betreffende Regulierung der Miethöhe bei Mietbeginn durch § 556d Abs. 1 BGB weder gegen die Garantie des Eigentums noch gegen die Vertragsfreiheit noch den allgemeinen Gleichheitssatz verstoße, siehe BVerfG (Fn. 66), S. 3056, Rn. 51 ff.

Das deutsche Mietrecht hat sich dabei – ungeachtet der aufgezeigten berechtigten Kritik und des anhaltenden Reformbedarfs in einzelnen Punkten – insgesamt als Instrument zum Schutz des sozialen Friedens grundsätzlich bewährt. Dass in China bislang ein entsprechend weitgehend ausgebautes Mieterschutzrecht fehlt, ist vor dem Hintergrund der erst vergleichsweise kurz währenden Periode massenhafter privater Vermietung nachvollziehbar, ändert aber nichts an dem rechtspolitischen Bedürfnis nach Mieterschutz. Die oben erwähnte Mitteilung des chinesischen Ministeriums für Wohnungswesen und ländliche Entwicklung vom August 2021¹⁴² lässt aber hoffen, dass die gebotene Regulierung von Miethöhe und Kündigungsschutz auch in China bald erfolgen wird. Dass massenhafter Neubau den Schutz entbehrlich machen wird, ist jedenfalls einigermaßen kurzfristig weder für China noch für Deutschland zu erwarten. Denn verfügbare Flächen sind gerade in Ballungszentren knapp, und selbst wenn sich überall dort, wo er nachgefragt wird, genügend Wohnraum errichten ließe, würde dies Jahre in Anspruch nehmen. So lange kann die Bevölkerung mit dem Wohnen nicht warten.

¹⁴² Siehe Fn. 122.

* * *

The Protection of Tenants in Germany and China

Residential tenancy law is caught in the area of tension between freedom of contract and regulation. Considering the existential importance of housing, tight housing markets with a shortage of supply call for a certain degree of tenant protection and thus justify a limitation of landlords' freedom of contract. Accordingly, the provisions of the German Civil Code (BGB) aimed at social tenant protection have proven themselves as means of protecting social peace. In China, tenancy law falls short of this degree of protection, even though the tenant rate has risen significantly in recent times, especially in metropolitan areas, and there is a shortage of housing. In broad continuity with the previous law, the Chinese Civil Code has some gaps in this respect, which should be closed to meet the situation of the Chinese rental housing market. However, there are now apparent efforts to strengthen tenants' rights in China.

Finanzierungsmöglichkeiten ausländisch investierter Gesellschaften in China

Dominic Köstner¹

Abstract

Der Beitrag beleuchtet vor dem Hintergrund der strengen Devisenkontrollvorschriften der VR China eine Reihe von Finanzierungsmöglichkeiten chinesischer Tochtergesellschaften durch ihre ausländischen Gesellschafter. Dabei wird insbesondere detailliert auf die Gewährung von Gesellschafterdarlehen und die verschiedenen Möglichkeiten zur Berechnung der gesetzlich normierten Höchstgrenzen eingegangen. Im Gegenzug können auch bei der Aufnahme von Bankdarlehen innerhalb Chinas devisenkontrollrechtliche Aspekte eine Rolle spielen. Dies ist dann der Fall, wenn zur Besicherung des Darlehens Sicherheiten der ausländischen Muttergesellschaft herangezogen werden. Der Beitrag widmet sich auch diesem Sonderproblem der Finanzierung mit Auslandsbezug.

I. Einleitung

Bei der Neugründung oder dem Erwerb einer chinesischen Kapitalgesellschaft durch einen ausländischen Investor stellen sich nicht zuletzt Fragen zur zukünftigen Finanzierung der Gesellschaft. Aber auch im aktuellen Umfeld strikter Covid-Restriktionen in der VR China und den dadurch verursachten Cashflow-Problemen vieler Unternehmen wächst das Bedürfnis nach einer kurzfristigen Zurverfügungstellung von Kapital.

Vor dem Hintergrund der strengen Vorschriften zur Devisenkontrolle in der VR China sind die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zurverfügungstellung von Eigen- und Fremdkapital jedoch stark eingeschränkt und durch eine Fülle von Spezialgesetzen geregelt. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die diversen Finanzierungsoptionen und deren jeweilige zentrale Herausforderungen. Während der erste Teil des Aufsatzes (hierzu Abschnitt II.) die Möglichkeiten der Finanzierung durch den ausländischen Gesellschafter näher beleuchtet, befasst sich der zweite Teil (hierzu Abschnitt III.) mit der Aufnahme von Fremdkapital durch die chinesische Tochtergesellschaft. Der Beitrag schließt mit einem Fazit zu den einzelnen Finanzierungsoptionen (hierzu Abschnitt IV.).

II. Finanzierung durch den Gesellschafter

Der ausländische Gesellschafter hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die Gesellschaft mit Finanzmitteln aus-

zustatten. Neben der Zurverfügungstellung in Form von Eigenkapital kann der Investor der Gesellschaft ein Gesellschafterdarlehen gewähren.²

1. Eigenkapital

Zunächst kann der Gesellschaft Eigenkapital in Form von Stammkapital zur Verfügung gestellt werden. Das Stammkapitalkonzept chinesischer Gesellschaften mit beschränkter Haftung³ ist in Grundzügen mit demjenigen deutscher Kapitalgesellschaften vergleichbar; im Vordergrund steht die Errichtung eines Haftungsfonds unter dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes.⁴ Auch steht dem Gesellschafter die Wahl zwischen Bar- und/oder Sacheinlagen offen. Sowohl die Stammkapitalziffer als auch die Art der Aufbringung (in Form von Bar- und/oder Sacheinlage) sind in der Satzung der chinesischen Tochtergesellschaft festzulegen.

Demgegenüber ist der Grundsatz einer Mindesthaftsumme dem chinesischen Gesellschaftsrecht nach der Neufassung des Gesellschaftsgesetzbuches aus dem Jahr 2013⁵ grundsätzlich fremd. Lediglich in bestimm-

² Die Beurteilung der in der Praxis mitunter anzutreffenden Weiterbelastung von Kosten der Tochtergesellschaft an die ausländische Mutter über die Konstruktion von Dienstleistungsverträgen ist stark einzelfallbezogen und soll in diesem Beitrag nicht näher thematisiert werden.

³ Zu dem am 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Gesetz über ausländische Investitionen (中华人民共和国外商投资法) (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.1.330426 [EN]) sowie die Auswirkungen auf den Erwerb und die Neugründung von chinesischen Gesellschaften vgl. auch Michael Scheil, Ausländische Investitionen in China nach der neuen gesetzlichen Regelung, in: ZChinR 2021, S. 5 ff.

⁴ Zur Funktion des Stammkapitals bei der deutschen GmbH vgl. etwa Christian Schwandtner, MüKo GmbHG, § 5, Rn. 29.

⁵ In diesem Zusammenhang sei auch auf das Circular of the State Council on Issuing the Reform Proposals for the Registered Capi-

¹ Dr., LL. M. (King's College London); Rechtsanwalt und Partner bei GvW Graf von Westphalen in Shanghai. Er ist spezialisiert auf Gesellschaftsrecht/M & A sowie die Beratung ausländischer Mandanten zu rechtlichen und strategischen Themen im operativen Geschäft in China. Der Autor dankt Rechtsanwältin Yan Huanlei für die wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieses Beitrags.

ten Branchen sowie bei Gesellschaften mit einem speziellen Gesellschaftszweck sehen Spezialgesetze ein Mindeststammkapital vor.⁶

Darüber hinaus wurden die gesetzlichen Bestimmungen zur Aufbringung des satzungsmäßigen Stammkapitals im Zuge der Reform aus dem Jahr 2014 auch in zeitlicher Hinsicht gelockert.⁷ Es steht dem Gesellschafter nunmehr frei, in der Satzung ein beliebiges Datum für den spätestmöglichen Zeitpunkt zur Einlageleistung zu bestimmen, wobei dieser Zeitraum maximal der Dauer der Gesellschaft entsprechen darf.

Ein gravierender Unterschied zwischen der Eigenkapitalausstattung chinesischer und deutscher Kapitalgesellschaften besteht darin, dass der Gesellschafter einer chinesischen Gesellschaft Eigenkapital ausschließlich in Form von Stammkapital⁸ zur Verfügung stellen kann. Die Möglichkeit der Einzahlung in die Kapitalrücklage besteht – anders als in Deutschland – nicht.

Die Konsequenz ist eine im Vergleich zur Finanzverfassung deutscher Kapitalgesellschaften sehr viel unflexiblere Eigenkapitalfinanzierung chinesischer Gesellschaften. Dem Investor steht zunächst nur das im Rahmen der Gründung satzungsmäßig festgelegte Stammkapital zur Verfügung. Stellt sich später heraus, dass das Stammkapital zu niedrig kalkuliert war oder ergibt sich nachträglich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf der Gesellschaft, bleibt dem Gesellschafter im Rahmen der Eigenkapitalfinanzierung lediglich die – mit diversen administrativen Hürden verbundene – Erhöhung des satzungsmäßigen Stammkapitals.

tal Registration System (国务院关于印发注册资本登记制度改革方案的通知) vom 7. Februar 2014 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.2.218783 [EN]) hingewiesen sowie auf das Circular of the Ministry of Commerce on Improving Foreign Investment Review Administration (商务部关于改进外资审核管理工作的通知) vom 17. Juni 2014 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.228339 [EN]) speziell in Bezug auf ausländisch investierte Gesellschaften.

⁶ So etwa verlangen die Administrative Regulations of the People's Republic of China on Foreign-invested Banks (Revised in 2019) (中华人民共和国外资银行管理条例 (2019 年修订)) des Staatsrates vom 30. September 2019 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.2.336652 [EN]) für ausländisch investierte Banken ein Mindeststammkapital von einer Milliarde RMB. Die Provisions on Investment Companies Established by Foreign Investors (Revised in 2015) (关于外商投资举办投资性公司的规定 (2015 年修订)) des Ministry of Commerce vom 28. Oktober 2015 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.293227 [EN]) fordern bei ausländisch investierten Investitionsgesellschaften ein Mindeststammkapital von 30 Millionen USD.

⁷ Vgl. hierzu das bereits erwähnte Circular of the State Council on Issuing the Reform Proposals for the Registered Capital Registration System (国务院关于印发注册资本登记制度改革方案的通知) vom 7. Februar 2014 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.2.218783 [EN]). Zuvor galt etwa für WFOEs eine Mindestaufbringung von 20 % des Stammkapitals und eine Höchstgrenze für die Aufbringung des restlichen Teils von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Gründung.

⁸ Der Begriff „Stammkapital“ wird hier einheitlich für die Eigenkapitalfinanzierung von Kapitalgesellschaften unterschiedlicher Form (GmbHs und AGs) verwandt.

Hintergrund dieses rigiden Systems ist das Ziel der VR China, den Kapitalfluss in das Land strikt zu kontrollieren.⁹ Die Geschäftsbanken in der VR China treten insoweit als Kontrolleure auf, indem Gutschriften des von der ausländischen Muttergesellschaft überwiesenen Stammkapitals auf dem Konto der chinesischen Tochter nur nach entsprechender Prüfung erfolgen.¹⁰

Da die Satzung und somit die Stammkapitalziffer ein behördliches Eintragungsverfahren durchlaufen, wird auf diese Weise sichergestellt, dass nicht über den Umweg einer der Höhe nach nicht beschränkten Einzahlung in die Kapitalrücklage zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung gestellt wird.

2. Gesellschafterdarlehen

Neben der Zurverfügungstellung von Eigenkapital (in Form von Stammkapital) kann der Gesellschafter der Gesellschaft auch ein Darlehen gewähren. Um jedoch zu verhindern, dass die strengen Devisenkontrollvorschriften im Rahmen der Eigenkapitalfinanzierung durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen unterlaufen werden, setzt der chinesische Gesetzgeber den ausländischen Investoren auch bei der Gesellschafterfremdfinanzierung enge Grenzen. So steht insbesondere die Entscheidung über die Darlehenssumme nicht im freien Ermessen der Parteien, sondern wird durch gesetzlich normierte Höchstgrenzen bestimmt.¹¹

a) Gesetzliche Entwicklung und Überblick

Ursprünglich sah das Gesetz mit der sog. „Borrowing-Gap-Methode“¹² lediglich ein Instrument zur Bestimmung dieses Darlehenshöchstbetrags in ausländischer Währung vor.¹³ Danach bestimmt sich die maxima-

⁹ Vgl. hierzu etwa das grundlegende Circular of the State Council on Further Strengthening and Improving the Administration on Foreign Exchange Receipts and Disbursements (国务院关于加强和改进外汇收支管理的通知) vom 18. April 2001 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.2.36308 [EN]) sowie die Administrative Regulations of the People's Republic of China on Foreign Exchange (Revised in 2008) (中华人民共和国外汇管理条例 (2008 年修订)) des State Council and vom 5. August 2008 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.2.107240 [EN]).

¹⁰ Konkret sind hier eine Reihe von Schritten vorzunehmen: Die sog. „foreign exchange registration for domestic direct investment“ (境内直接投资外汇登记) durch die Bank steht am Anfang; sodann erfolgt die Eröffnung eines „foreign currency capital account“ (外汇资本金账户) und eines „renminbi basic deposit account“ (人民币基本存款账户), von welchem dann die laufenden Ausgaben und im Einzelnen freizugebenden Investitionen unter Heranziehung des auf dem „foreign currency capital account“ liegenden Stammkapitals getätigt werden. Hinzu kommt oftmals noch ein separates „foreign exchange settlement account“ (外汇结算账户), auf welchem Zahlungseingänge etwa von Kunden aus dem Ausland eingehen.

¹¹ Gleiches gilt für Darlehen von Dritten aus dem Ausland, siehe hierzu Abschnitt III.

¹² Im Chinesischen wird hier typischerweise von 投注差模式 gesprochen, also dem Differenzmodell zwischen Total Investment Amount und Stammkapital.

¹³ Diese Borrowing-Gap-Methode basiert auf den Tentative Regulations of the State Administration for Industry and Commerce on the Proportion of the Registered Capital to the Total Amount of Investment of Sino-foreign Equity Joint Ventures (国家工商行政管理局关于中外合资经营企业注册资本与投资总额比例的暂行规定) vom 17. Fe-

le Höhe der Darlehensvaluta in Abhängigkeit von der Stammkapitalziffer der Gesellschaft (siehe hierzu im Detail in Abschnitt II.2.b). Am 22. Januar 2017 veröffentlichte die chinesische Zentralbank ein Circular, wonach die Borrowing-Gap-Methode nach Ablauf einer einjährigen Übergangsfrist (nach entsprechender Reevaluierung der Devisenkontrollbehörde) durch die sog. „Net-Asset-Methode“ ersetzt werden würde.¹⁴ Hier errechnet sich der Verfügungsrahmen zur Darlehensgewährung vereinfacht gesprochen in Abhängigkeit von den Nettovermögenswerten der Tochtergesellschaft (siehe hierzu im Detail in Abschnitt II.2.c).

Seither hat es, soweit ersichtlich, keine weiteren offiziellen Verlautbarungen zum Ausgang dieser „Reevaluierung“ bzw. der zukünftigen Anwendbarkeit der Borrowing-Gap-Methode gegeben. In der Praxis lassen die jeweils zuständigen Unterbehörden der Devisenkontrollbehörde (State Administration of Foreign Exchange, „SAFE“) auch nach nunmehr fünf Jahren nach Veröffentlichung des Circular durch die Zentralbank die Borrowing-Gap-Methode weiterhin neben der Net-Asset-Methode zu.

Investoren stehen derzeit mithin beide Methoden zur Verfügung. Gleichwohl kann die Borrowing-Gap-Methode in gewisser Weise als „Auslaufmodell“ bezeichnet werden – so geht wohl auch die Mehrzahl der Marktteilnehmer davon aus, dass die Borrowing-Gap-Methode jedenfalls in den kommenden Jahren auch in der Anwendungspraxis der Behörden von der Bildfläche verschwinden wird.

Aufgrund der langen Historie und der relativ einfachen Berechnungsweise entscheiden sich jedoch auch heute noch eine ganze Reihe von ausländischen Investoren bei der Gründung einer Gesellschaft für die Borrowing-Gap-Methode.

Bei der Wahl der Methode ist zu beachten, dass ein Wechsel zwischen den Varianten grundsätzlich nicht möglich ist. Hat sich der Gesellschafter also einmal für die Net-Asset-Methode entschieden, ist ein späterer Wechsel zur Berechnung der Darlehenssumme anhand der Borrowing-Gap-Methode ausgeschlossen. Umgekehrt können sich jedoch Unternehmen, die sich zu Beginn für die Borrowing-Gap-Methode entschieden haben, einmalig für einen (unwiderruflichen) Wechsel zur Net-Asset-Methode aussprechen.

b) Borrowing-Gap-Methode

aa) Überblick Die Borrowing-Gap-Methode war lange Zeit die einzige Möglichkeit zur Bestimmung eines Höchstbetrags von Gesellschafterdarlehen. Gesetzliche

Grundlage sind die am 17. Februar 1987 veröffentlichten „Tentative Regulations of the State Administration for Industry and Commerce on the Proportion of the Registered Capital to the Total Amount of Investment of Sino-foreign Equity Joint Ventures“.¹⁵ Deren Artikel 6 stellt klar, dass die Verordnung – entgegen ihres Titels – nicht nur für Gemeinschaftsunternehmen chinesischer und ausländischer Investoren gilt, sondern auch auf Gesellschaften mit ausschließlich ausländischen Investoren Anwendung findet.

bb) Berechnungsmethode Unter der Borrowing-Gap-Methode bestimmt sich die maximale Höhe zur Aufnahme von Fremdkapital (einschließlich Gesellschafterdarlehen) aus dem Ausland als das Delta zwischen dem Stammkapital der Gesellschaft und dem ebenfalls satzungsmäßig festgelegten Gesamtinvestitionsbetrag (sog. „Total Investment Amount“). Dieser Total Investment Amount kann gleich dem oder größer als das Stammkapital sein und unterliegt bestimmten gesetzlichen Verhältnisanforderungen. Die folgende Tabelle stellt diese Verhältnisanforderungen im Einzelnen dar:

Gesamtinvestitionsbetrag	Erforderliches Stammkapital
Bis zu USD 3 Mio.	Mindestens 70 %
Über USD 3 Mio. bis USD 10 Mio.	Mindestens 50 % (mind. jedoch USD 2.1 Mio.)
Über USD 10 Mio. bis USD 30 Mio.	Mindestens 40 % (mind. jedoch USD 5 Mio.)
Über USD 30 Mio.	Mindestens ein Drittel (mind. jedoch USD 12 Mio.)

Anders als in Bezug auf das Stammkapital besteht seitens des Gesellschafters keine Verpflichtung, den in der Satzung festgelegten Gesamtinvestitionsbetrag der Gesellschaft auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch zu beachten, dass ein vollständiges Ausschöpfen des satzungsmäßigen Gesamtinvestitionsbetrags nur dann möglich ist, wenn das Stammkapital auch in voller Höhe aufgebracht wurde; andernfalls erfolgt eine Pro-rata-Kürzung entsprechend des Fehlbetrags des aufgebrachten zum satzungsmäßigen Stammkapital.

cc) Mehrfache Darlehensgewährungen Der Gesellschafter wird oftmals ein Interesse daran haben, der Gesellschaft nicht nur einmalig ein Darlehen zur Verfügung stellen zu können, sondern dies wiederholt zu tun. Dies setzt im Anwendungsbereich der Borrowing-Gap-Methode (bei Ausschöpfung des Darlehenshöchstbetrags) jedoch zwingend voraus, dass der jeweilige Gesellschafterdarlehensvertrag eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr hat und innerhalb dieses Jahres auch tatsächlich die Rückzahlung der

bruar 1987 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.3200 [EN]).

¹⁴ Circular of the People’s Bank of China on Matters relating to the Macro-prudential Management of Full-covered Cross-border Financing (中国人民银行关于全口径跨境融资宏观审慎管理有关事宜的通知) vom 12. Januar 2017 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.289350 [EN]).

¹⁵ 国家工商行政管理局关于中外合资经营企业注册资本与投资总额比例的暂行规定 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.3200 [EN]).

Darlehensvaluta sowie der aufgelaufenen Zinsen erfolgt.

c) Net-Asset-Methode

aa) Überblick Alternativ steht chinesischen Unternehmen seit 2017 die Net-Asset-Methode zur Verfügung. Diese wurde erstmals 2015 im Rahmen eines Pilotprojekts in der Shanghai Pilot Free Trade eingeführt und zuletzt durch das bereits erwähnte, am 12. Januar 2017 von der chinesischen Zentralbank veröffentlichte Circular normiert. Die Methode steht gleichermaßen chinesischen Gesellschaften mit und ohne ausländische Anteilseigner zur Verfügung.¹⁶ Das erklärte Ziel der Vorschriften ist unter anderem, den Handlungsspielraum für chinesische Unternehmen im Rahmen der grenzüberschreitenden Finanzierung zu erweitern.

bb) Berechnungsmethode Das neue Konzept bestimmt den maximalen Verfügungsrahmen für Darlehen aus dem Ausland in Abhängigkeit von bestimmten Bilanzkennziffern sowie einer Reihe von Risikomultiplikatoren. Nach Ziffer III des Circular darf die unter Anwendung bestimmter Risikofaktoren berechnete Gesamtfinanzierungssumme des Unternehmens einen bestimmten Höchstbetrag nicht überschreiten, wobei auch bei der Kalkulation dieses Höchstbetrags Risikofaktoren herangezogen werden.

Dabei berechnet sich der Höchstbetrag für die Aufnahme von ausländischen Darlehensverbindlichkeiten aus dem Produkt (i) des Nettovermögens des Darlehensnehmers, (ii) der sog. „Leverage Ratio“ und (iii) dem sog. „MP Adjustment Parameter“. Sowohl die Leverage Ratio als auch der MP Adjustment Parameter sind gesetzlich vorgegeben. Die Leverage Ratio liegt demnach für Unternehmen bei 2, für Finanzinvestoren, die keine Banklizenz haben, bei 1 und für Banken bei 0,8;¹⁷ der MP Adjustment Parameter liegt derzeit bei 1.

Die Gesamtfinanzierungssumme wiederum ist das Produkt aus (i) der Summe aller vorhandenen grenzüberschreitenden Finanzierungen der Gesellschaft, unabhängig davon, ob diese in RMB oder ausländischer Währung zur Verfügung gestellt wurden, (ii) einem laufzeitbezogenen Risikofaktor (Faktor 1 bei Darlehenslaufzeiten von über einem Jahr und Faktor 1,5 bei Laufzeiten von einem Jahr oder weniger) und (iii) einem finanzierungstypenbezogenen Risikofaktor (hier wird zwischen bilanzwirksamen Finanzierungen und solchen Finanzierungen unterschieden, die sich nicht in der Bilanz der Gesellschaft niederschlagen, wobei

derzeit für beide Arten ein einheitlicher Faktor von 1 gilt).¹⁸

Die Hebung oder Senkung der einzelnen Risikofaktoren erlaubt es der Behörde nunmehr, den Kapitalfluss aus dem Ausland situationsabhängig zu steuern. So hat die SAFE im März 2020 den MP Adjustment Parameter von 1 auf 1,25 erhöht, um auf diesem Wege den möglichen Darlehenshöchstbetrag, den chinesische Unternehmen im Ausland ziehen können, entsprechend zu erhöhen. Damit reagierte die SAFE auf den erhöhten Kapitalbedarf chinesischer Unternehmen im Zuge der Covid-19-Pandemie.¹⁹ Dieser Faktor wurde zwischenzeitlich wieder auf 1 reduziert;²⁰ es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Behörden auf die aktuellen und massiven Corona-Restriktionen in der VR China im Frühjahr 2022 reagieren werden.

cc) Revolvierende Darlehen Die Net-Asset-Methode ermöglicht das Ausreichen revolvierender Darlehen. Im Gegensatz zur Borrowing-Gap-Methode besteht mithin die Möglichkeit, innerhalb eines Höchstbetrags beliebige Teilbeträge abzurufen und zurückzuzahlen. Dieser Aspekt stellt sicherlich einen der großen Vorteile der Net-Asset-Methode gegenüber der Borrowing-Gap-Methode dar.

d) Besonderheiten bei Darlehen mit längerer Laufzeit

Bei sog. „mittel- und langfristigen Darlehen“²¹ bedarf es, unabhängig von der gewählten Berechnungsmethode des Darlehenshöchstbetrags, zusätzlich zur Freigabe durch die SAFE grundsätzlich noch einer weiteren behördlichen Genehmigung seitens der National Development and Reform Commission („NDRC“)²². Nach einem Circular vom 14. September 2015²³ müssen Darlehen aus dem Ausland mit einer Laufzeit von über

¹⁸ Hinzu kommt bei Darlehen in Fremdwährung ein „exchange rate risk conversion factor“ von 0,5.

¹⁹ Circular of the People's Bank of China and the State Administration of Foreign Exchange on Adjusting the Macro-prudential Adjustment Parameter for Full-covered Cross-border Financing (中国人民银行、国家外汇管理局关于调整全口径跨境融资宏观审慎调节参数的通知) issued by the People's Bank of China and the State Administration of Foreign Exchange vom 11. März 2020 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.340385 [EN]).

²⁰ Circular of the People's Bank of China and the State Administration of Foreign Exchange on Adjusting the Macro-prudential Adjustment Parameter for Enterprise Cross-border Financing (中国人民银行、国家外汇管理局关于调整企业跨境融资宏观审慎调节参数的通知) issued by the People's Bank of China and the State Administration of Foreign Exchange vom 7. Januar 2021 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.350076 [EN]).

²¹ 中长期国际商业贷款.

²² Die NDRC erteilt ein sog. „Certificate for Filing and Registration of Issuance of Foreign Debts by Enterprises“ (企业发行外债备案登记证明).

²³ Circular of the National Development and Reform Commission on Promoting the Administrative Reform of the Record-filing and Registration System for the Issuance of Foreign Debts by Enterprises (国家发展改革委关于推进企业发行外债备案登记制管理改革的通知) vom 14. September 2015 (chinesisch-englisch abrufbar unter:

¹⁶ In Bezug auf nicht ausländisch investierte Gesellschaften bezieht sich das Instrument dann auf die Aufnahme von Darlehen bei Geschäftsbanken oder sonstigen Dritten im Ausland.

¹⁷ Vgl. hierzu Artikel 6 des Circular of the People's Bank of China on Matters relating to the Macro-prudential Management of Full-covered Cross-border Financing (中国人民银行关于全口径跨境融资宏观审慎管理有关事宜的通知) (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.289350 [EN]).

einem Jahr vorab bei der NDRC angemeldet und sodann bei Erhalt der Valuta angezeigt werden. Kommt das Darlehen in mehreren Tranchen zur Auszahlung, ist nach dem Erhalt jeder Tranche eine Anzeige zu machen.

Zwar gibt es Stimmen in der Praxis, die eine NDRC-Freigabe bei ausländisch investierten Gesellschaften für nicht zwingend erforderlich halten. Da sich diese Auffassung aber nicht ausdrücklich im Wortlaut des entsprechenden Circular wiederfindet, ist zur Reduzierung von Compliance-Risiken eine solche zusätzliche Freigabe empfehlenswert.²⁴

3. Exkurs: Cross-Border Cash-Pooling

Nur am Rande sei hier auch die Möglichkeit erwähnt, chinesische Tochtergesellschaften in ein internationales Cash-Pooling-System aufzunehmen. Dies war vor dem Hintergrund der strikten Devisenkontrollvorschriften über Jahre hinweg kaum möglich und beginnt erst langsam, in der VR China Fuß zu fassen. Für die Zukunft ist aufgrund einiger Vorteile gegenüber den übrigen in diesem Beitrag dargestellten Finanzierungsinstrumenten mit einer Zunahme solcher grenzüberschreitender Cash-Pooling-Systeme zu rechnen.

Derzeit existieren mit der Mitteilung der chinesischen Zentralbank aus dem Jahr 2015²⁵ und dem am 15. März 2019 von der SAFE erlassenen „Circular of the State Administration of Foreign Exchange on Issuing the Administrative Provisions on the Centralized Operation of Cross-border Funds of Multinational Companies“²⁶ (sog. „Circular 7“) zwei sich teilweise überlappende gesetzliche Regelungen betreffend die Beteiligung chinesischer Unternehmen an einem internationalen Cash-Pooling-System.

Ziel eines Cash-Pooling-Systems ist ein konzerninterner Liquiditätsausgleich, indem zu entsprechenden Referenzzeitpunkten Geld (in Form von Bankguthaben) von den Cash-Pool-Teilnehmern mit Liquiditätsüberschuss auf ein beim Cash-Pool Leader angesiedeltes sog. „Master-Account“ überwiesen und anschließend denjenigen Cash-Pool-Teilnehmern mit Finanzbedarf zur Verfügung gestellt wird. Dadurch entsteht bei den Cash-Pool-Teilnehmern mit Liquiditätsüberschuss eine Darlehensforderung gegen den Cash-Pool Leader und im umgekehrten Fall eine Darlehensverbindlichkeit.

<lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.257040 [EN]].

²⁴ Die NDRC empfiehlt auf Ihrer Website eine Einreichung der Unterlagen spätestens 45 Tage vor dem geplanten Ausreichen des Darlehens.

²⁵ Notice of the People's Bank of China on Further Facilitating Multinational Enterprise Groups in Operation of the Cross-Border Bilateral RMB Cash Pooling Business (中国人民银行关于进一步便利跨国企业集团开展跨境双向人民币资金池业务的通知) vom 5. September 2015 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.258851 [EN]).

²⁶ 国家外汇管理局关于印发《跨国公司跨境资金集中运营管理规定》的通知 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.330475 [EN]).

Im Falle eines chinesischen Cash-Pool-Teilnehmers mit im Ausland belegenem Cash-Pool Leader fließt daher in Szenario 1 Geld über die Grenze ins Ausland in Form eines Darlehens an die (typischerweise) Muttergesellschaft und in Szenario 2 Geld in die VR China in Form eines Gesellschafterdarlehens der Mutter.

Jeder dieser Vorgänge unterfiele für sich genommen den devisenkontrollrechtlichen Bestimmungen und entsprechenden Vorabkontrollen der SAFE, was ein effektives Cash-Pooling faktisch unmöglich machen würde. Circular 7²⁷ eröffnet daher zunächst die Möglichkeit, die Verfügungsrahmen der einzelnen chinesischen Cash-Pool-Teilnehmer bezüglich Darlehensaufnahmen aus dem Ausland und Darlehensgewährungen ins Ausland zu konsolidieren und auf diesem Wege einen gemeinsamen aggregierten Verfügungsrahmen für alle chinesischen Cash-Pool-Teilnehmer zu schaffen.

Unter Circular 7 ist der Cash-Pool Leader verpflichtet, diese konsolidierten Verfügungsrahmen für Darlehensaufnahme und -ausgabe zu Beginn des Cash-Pooling (und sodann bei Hinzutritt bzw. Abgang eines chinesischen Cash-Pool-Teilnehmers) bei der SAFE anzuzeigen, ohne dass es einer Anzeige jeder einzelnen Transaktion bedarf.

Die Flexibilität des Cash-Pooling unter dem Circular 7 hat jedoch einen Preis: So stehen den chinesischen Cash-Pool-Teilnehmern für die Zeit ihrer Teilnahme am Cash-Pool kein Zugang zu sonstigen Gesellschafterdarlehen oder Darlehen von ausländischen Kreditinstituten zur Verfügung. Artikel 16 der „Administrative Provisions on the Centralized Operation of Cross-border Funds of Multinational Companies“ geht sogar so weit, dass bestehende Finanzierungen vor der Aufnahme in den Cash-Pool vollständig zurückgeführt sein müssen.

III. Finanzierung durch Dritte

Neben der Gesellschafterfinanzierung steht ausländisch investierten Gesellschaften in der VR China grundsätzlich auch der Zugang zu Fremdkapital von Kreditinstituten und sonstigen Dritten zur Verfügung.²⁸ Im Folgenden soll auch hierzu anhand der Betrachtung von Bankdarlehen ein kurzer Überblick gegeben und auf ein oftmals unterschätztes Sonderproblem bei der Besicherung von Onshore-Bankdarlehen eingegangen werden.

1. Onshore-Bankdarlehen

Ausländisch investierten Gesellschaften steht der Zugang zu chinesischen Bankdarlehen ohne weitere Einschränkungen offen. In Ermangelung eines grenzüberschreitenden Elements bei der Darlehensauszahlung sind hier keine Restriktionen seitens der SAFE zu beachten.

²⁷ In Verbindung mit dem dazugehörigen Annex „Administrative Provisions on the Centralized Operation of Cross-border Funds of Multinational Companies“.

²⁸ Das Thema „Unternehmensanleihen“ ist für ausländisch investierte Unternehmen bislang von untergeordneter Bedeutung und wird daher in diesem Beitrag nicht näher beleuchtet.

Ein Sonderproblem der grenzüberschreitenden Finanzierung von chinesischen Gesellschaften tritt jedoch bei der Besicherung eines Onshore-Bankdarlehens durch die ausländische Muttergesellschaft auf.²⁹ Dies spielt immer dann eine Rolle, wenn der Darlehensgeber für die Kreditgewährung eine Sicherheit verlangt, die chinesische Tochtergesellschaft jedoch über keine oder nicht ausreichende Vermögenswerte verfügt. Tritt der Gesellschafter dann als Sicherungsgeber für die Darlehensverbindlichkeit der chinesischen Tochtergesellschaft auf, stellen sich ebenfalls devisenkontrollrechtliche Fragen. Maßgeblich ist das „Circular of the State Administration of Foreign Exchange on Promulgation of the Provisions on the Administration of Foreign Exchange for Cross-border Guarantee“ der SAFE vom 1. Juni 2014.³⁰

Theoretisch stehen den Parteien zwei Konstrukte der Sicherheitenstellung zur Verfügung. Im sog. „Drei-Parteien-Modell“ (vgl. Schaubild 1) erfolgt die Sicherheitenstellung durch die ausländische Konzerngesellschaft direkt im Verhältnis zur darlehensgebenden Bank in der VR China.

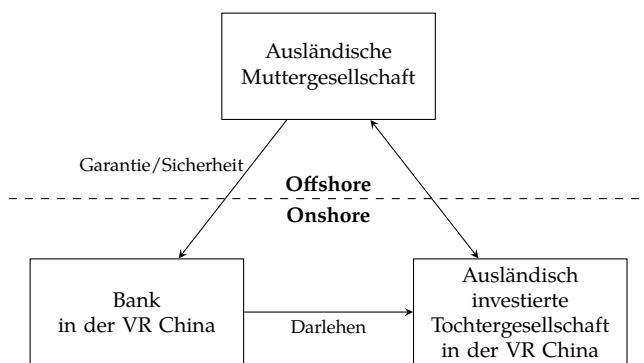


Schaubild 1

In der Praxis häufiger anzutreffen ist jedoch das sog. „Vier-Parteien-Modell“ (vgl. Schaubild 2). Hier erfolgt die Sicherheitenstellung nicht unmittelbar im Verhältnis von ausländischem Sicherheitengeber und chinesischem Darlehensgeber, sondern typischerweise unter Einschaltung einer ausländischen Niederlassung derjenigen Bank, die das Darlehen in der VR China an die Gesellschaft ausreicht. Im Verhältnis der beiden Banken bestehen wiederum Abreden für den Fall der Sicherheitenverwertung.

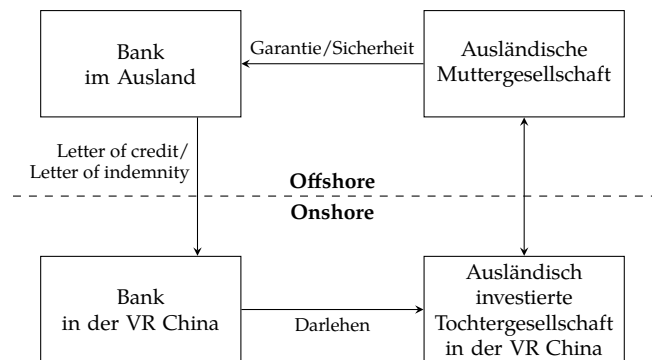


Schaubild 2

Zwar fließt in beiden Konstrukten zu keinem Zeitpunkt unmittelbar Geld von der ausländischen Muttergesellschaft an die chinesische Tochter; im Eintritt des Sicherungsfalls käme es jedoch zu einer Verwertung der Sicherheiten des Gesellschafters durch den im Ausland belegenen Sicherungsnehmer und die anschließende Weiterreichung der Erlöse an den in der VR China belegenen Darlehensgeber und damit letztlich zu einem Devisenzufluss aus dem Ausland.

Vor diesem Hintergrund behandelt die chinesische Devisenkontrollbehörde bereits die Sicherheiten-gewährung als einen möglichen Finanzierungstatbestand. Zwar wird die Höhe der Sicherheit nicht unmittelbar dem (nach der Borrowing-Gap- bzw. Net-Asset-Methode errechneten) möglichen Höchstbetrag ausländischer Darlehen der chinesischen Tochtergesellschaft zugerechnet, es erfolgt jedoch gemäß der „Operational Guidance for Administration of Foreign Exchange for Cross-border Guarantee“³¹ eine Anrechnung für den Fall, dass die ausstehende besicherte Darlehensforderung die Summe des Nettovermögens des Darlehensnehmers übersteigt.

Aus verwaltungsrechtlicher Sicht ist schließlich zu beachten, dass es nach Artikel 18 der „Circular of the State Administration of Foreign Exchange on Promulgation of the Provisions on the Administration of Foreign Exchange for Cross-border Guarantee“ im Gegensatz zu einer direkten Darlehensaufnahme im Ausland keiner vorherigen Beantragung der Freigabe durch den Darlehensnehmer bei der SAFE bedarf; vielmehr wird hier die darlehensgebende Bank selbst tätig und zeigt die beabsichtigte Besicherung im Ausland bei der SAFE an.

2. Offshore-Bankdarlehen

Bei Bankdarlehen aus dem Ausland stellen sich für ausländisch investierte wie für rein chinesische Gesellschaften die gleichen Herausforderungen. Die unter Abschnitt II. dargestellten Beschränkungen gelten für Gesellschafterdarlehen und Darlehen von Dritten in gleichem Maße.

Die nach der Borrowing-Gap-Methode bzw. der Net-Asset-Methode berechnete Höchstsumme gilt für alle Arten der Darlehensfinanzierung aus dem Ausland und umfasst daher neben Gesellschafterdarlehen auch

²⁹ Man spricht hier auch von „domestic loans under overseas guarantee“ (外保内贷).

³⁰ 国家外汇管理局关于发布《跨境担保外汇管理规定》的通知 (chinesisch-englisch abrufbar unter: <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer CLI.4.225812 [EN]).

³¹ 跨境担保外汇管理操作指引.

Darlehen von Banken und sonstigen Dritten, wobei die Genehmigung der SAFE darlehensbezogen einzuholen ist. Soweit ein ausländisch investiertes Unternehmen mithin neben einem Gesellschafterdarlehen auch ein Bankdarlehen aus dem Ausland in Anspruch nehmen möchte, wären zwei Anträge bei der SAFE einzureichen. Aus praktischer Sicht ist zudem zu beachten, dass ebenso wie beim Gesellschafterdarlehen zum Erhalt der Darlehenssumme aus einem Bankdarlehen aus dem Ausland ein weiteres spezielles Bankkonto in der VR China zu eröffnen ist.³²

IV. Fazit

Die grenzüberschreitende Finanzierung ausländisch investierter Gesellschaften ist nur innerhalb eines engen regulatorischen Rahmens möglich und lässt die Flexibilität, die etwa deutsche Unternehmen im Inland gewohnt sind, missen. Investoren sind daher sowohl im Gründungs- bzw. Erwerbsstadium einer chinesischen Tochtergesellschaft als auch im Vorfeld eines sich abzeichnenden Finanzierungsbedarfs gut beraten, frühzeitig die unterschiedlichen Optionen auszuloten und die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, um nicht unversehens in einen Finanzierungsengpass zu geraten. Insbesondere im Bereich des Gesellschafterdarlehens sind Unternehmen aufgerufen, die Vor- und Nachteile der beiden Berechnungsmethoden sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

³² Ein sog. 外债专用账户.

* * *

Financing possibilities for foreign-invested companies in China

Against the background of the strict foreign exchange controls applicable in the People's Republic of China, the article examines various possibilities for the financing of Chinese subsidiaries by their foreign shareholders. Particular emphasis is placed on the granting of shareholder loans and the different manners for calculating the maximum amounts permitted by law. At the same time, issues regarding foreign exchange control may also play a role when a foreign-invested subsidiary takes out a domestic bank loan; this is the case when collateral from the foreign parent company is used to secure the loan. The article also considers this particular aspect of cross-border financing.

Menschen im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Personen

Peter A. Windel¹

Abstract

Der menschliche Körper erfährt seit jeher auch rechtlich eine besondere Beachtung. Wohl deshalb, weil die spezifischen Rechtsprobleme über lange Zeit unverändert geblieben sind, enthalten die für Deutschland zentralen Kodifikationen aber nur rudimentäre Regelungen, deren kulturelle Legitimation sich zudem im Dunkel der Rechtsgeschichte zu verlieren droht. Der rasanten Entwicklung von Medizin, Biologie und Pharmazie der letzten Jahrzehnte wurde in Deutschland folglich durch eine Flut verstreuter Einzelheiten und dogmatischer Modelle begegnet. Das neue Zivilgesetzbuch der VR China enthält im 2. Kapitel des 4. Buches – Persönlichkeitsrechte – dagegen eine in sich geschlossene und gemessen am Standard der internationalen Diskussion moderne Regelung körperbezogener Rechtsfragen. Dies rechtfertigt die hier vollzogene Gegenüberstellung beider Rechtsordnungen.

I. Körper und Recht als chinesisch-deutscher Rechtsvergleich

Zu den zentralen Fragen einer jeden Rechtsordnung gehört es, in welcher Weise sie den Menschen erfasst. Beschränkt auf die sich an die Körperlichkeit des Menschen anschließenden Probleme soll dem hier für das Zivilrecht Deutschlands und der VR China nachgegangen werden. Aus Sicht des deutschen Rechtsdogmatikers erscheint eine solche Gegenüberstellung sinnvoll, weil die für ihn in Betracht kommenden normativen Vorgaben als unübersichtlich, teilweise sogar als verwirrend erscheinen (1.), während das neue chinesische Recht eine knappe sowie zusammenhängende und damit übersichtlichere Regelung bietet (2.).

1. Die für Deutschland wichtigen Referenzrechtsordnungen

Das Angebot an rechtlichen Regelungen, die sich auf den Körper des Menschen beziehen, erscheint für Deutschland auf den ersten Blick überwältigend. Bei näherem Zusehen bleibt indessen nicht besonders viel übrig, wenn man sich auf diejenigen Normkomplexe beschränkt, die in der einen oder anderen Weise praktische Geltung beanspruchen. So erscheint die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen*² zu „soft“³, das heißt als nicht einmal völkerrechtlich bindendes Recht. Immerhin völkervertragsrechtlich verbindlich ist die *Europäische Menschenrechtskonvention* (EMRK)⁴. Aber schon deren innerstaatliche Bedeutung,

mehr noch ihr Verhältnis zur *Grundrechtecharta der Europäischen Union* (EU-GRCh)⁵ sind derart intrikat,⁶ dass wir uns unweigerlich in einem super- und supranationalen Netz verfangen würden, ohne zum Sachthema zu kommen.

Unverzichtbar hingegen ist für uns unser Grundgesetz (GG)⁷. Allerdings ist es recht dünn, seine Aussagen für unser Thema sind dementsprechend knapp. So heißt es in Art. 2 Abs. 2 GG lapidar: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.“⁸ Diese Gewährleistungen sind notwendige Bausteine unserer folgenden Analysen. Sie sind aber jedenfalls dann, wenn wir aus dem Gesetz etwas herauslesen und nichts in das Gesetz hineinlesen wollen, nicht hinreichend. Auch das viel dickere Bürgerliche Gesetzbuch (BGB⁹) hilft nicht entscheidend weiter, weil seine wenigen Aussagen fast ausnahmslos noch auf das 19. Jahrhundert zurückgehen. Immerhin erwähnt § 823 Abs. 1 BGB neben Leben, Körper und Freiheit auch die Gesundheit.¹⁰ Außerdem wurde bei der Schuld-

November 1950 in Rom, von Deutschland ratifiziert am 5. Dezember 1952 (BGBl. II S. 685, 953) und in Kraft getreten am 3. September 1953.

⁵ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. EU 2000 Nr. C 364 S. 1, proklamiert am 7. Dezember 2000 in Nizza, angepasst am 12. Dezember 2007 (ABl. EU 2007 Nr. C 393 S. 1), in Kraft getreten am 1. Dezember 2009.

⁶ Peter A. Windel, Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention für das Privatrecht, Juristische Rundschau (JR) 2011, S. 323–327.

⁷ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, in Kraft getreten am 24. Mai 1949. Diejenigen unserer Landesverfassungen, die einen eigenen Grundrechtskatalog aufweisen, lasse ich außer Betracht.

⁸ Die Ergänzung durch Art. 104 GG betrifft justizielle Rechte bei Freiheitsentziehungen.

⁹ Bürgerliches Gesetzbuch vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738). Ursprüngliche Fassung vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195), in Kraft getreten am 1. Januar 1900.

¹⁰ § 823 BGB Schadensersatzpflicht (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich ver-

¹ Dr. iur. utr., Professor, Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Prozessrecht und Bürgerliches Recht. Der Beitrag beruht auf einem Referat beim Online-Workshop „Rechte des Körpers“ der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Intangibles“ des Leipzig Lab an der Universität Leipzig am 19. und 20. März 2021.

² Universal Declaration of Human Rights, UN Doc. GA/RES 217 A (III), verkündet am 10. Dezember 1948 in Paris.

³ Zur schillernden Kategorie des soft law Knut Ipsen/Oliver Dörr, Völkerrecht, 7. Auflage (2018), § 21 Rn. 8 f. (S. 569 f.).

⁴ Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, Council of Europe Treaty Series 005, unterzeichnet am 4.

rechtsmodernisierung der Jahre 2001/2002 die sexuelle Selbstbestimmung in § 253 Abs. 2 BGB einbezogen, der die Grundlage für die Gewährung sogenannten Schmerzensgeldes darstellt.

Natürlich lässt sich der deutsche Gesetzgeber nicht nachsagen, er bleibe bei der Regelung körperbezogener Rechtsfragen untätig. Vielmehr finden sich auf Bundes- wie auf Landesebene mindestens 21 einschlägige Regelwerke.¹¹ Das Gesamtbild der Rechtslage wird dadurch aber derart unübersichtlich, dass man unserem Gesetzgeber unter der Prämisse kaum das beste Zeugnis ausstellen kann, dass Recht auch die Funktion hat, die Lebenswirklichkeit einigermaßen fasslich abzubilden.

2. Das neue chinesische Zivilgesetzbuch

Gerade Letzteres hatte sich der chinesische Gesetzgeber zum Ziel gesetzt, als er auf der dritten Session des 13. Nationalen Volkskongresses am 28. Mai 2020 das *Mín Fǎ Diǎn* (Zivilgesetzbuch [chZGB])¹² verabschiedet hat, das zum 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist.¹³ Das *Mín Fǎ Diǎn* ist in sieben Bücher gegliedert, wobei das vierte Buch ausschließlich den Persönlichkeitsrechten gewidmet ist.¹⁴ In einem eigenen, dem zweiten Kapitel werden dort die Rechte auf Leben, am eigenen Körper und auf Gesundheit in zehn Paragrafen behandelt. Diesen überschaubaren Regelungskomplex im Folgenden ergänzend heranzuziehen, bietet sich deshalb an, weil das *Mín Fǎ Diǎn* zum einen systematisch stark an das deutsche Recht angelehnt ist, zum anderen aber thematisch vieles aufgreift, was international gegenwärtig zum Verhältnis von Körper und Recht diskutiert wird. Ob man dem neuen chinesischen Zivilgesetzbuch gleich zu seinem Inkrafttreten ein Denkmal setzen musste, wie es im eigens dafür angelegten Zivilrechtspark in Shenzhen geschehen ist, lasse ich freilich offen. Manche rechtstechnischen Mängel sind jedenfalls unübersehbar. Störend finde ich das nicht, ganz im

letzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

¹¹ Soweit hier einschlägig, sind sie unten im jeweiligen Zusammenhang angeführt.

¹² Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China (中华人民共和国民法典), verabschiedet am 28.5.2020, in Kraft seit 1.1.2021, deutsche Übersetzung in ZChinR 2020, S. 207 ff.

¹³ Dazu WANG Liming, The Modernization of Chinese Civil Law over Four Decades, in: 14 Frontiers of Law in China 2019, S. 39–72; WANG Qiang, Vom deutschen BGB bis zu Chinas neuem Zivilgesetzbuch – Eine Rezeptionsgeschichte des BGB in China, Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR) 42, 2020, S. 77–114; Harro von Senge, Vom Code Civil Napoleons zum Zivilgesetzbuch Xi Jinpings, Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) 2020, S. 142–152; Rémy Cabrillac, Le Code civil chinois, Recueil Dalloz No. 24 2020, S. 1375–1379.

¹⁴ Simon Werthwein, Das Persönlichkeitsrecht im künftigen chinesischen Zivilgesetzbuch, in: BU Yuanshi (Hrsg.), Der Besondere Teil der chinesischen Zivilrechtskodifikation (2019), S. 73–83; ZHANG Yuhui, Anmerkungen zum Entwurf des Persönlichkeitsrechtsbuchs, in: BU Yuanshi (Hrsg.), Der Besondere Teil der chinesischen Zivilrechtskodifikation (2019), S. 85–105; WANG Liming / XIONG Bingwan, Personality Rights in China's New Civil Code: A Response to Increasing Awareness of Rights in an Era of Evolving Technology, Modern China, 23.12.2020, <<https://journals.sagepub.com/eprint/NMWKW6M3KIEIAYDWWJBM/full>> (abgerufen am 24.5.2022).

Gegenteil. Denn die Auslegung des *Mín Fǎ Diǎn* lässt ähnlich viel Spielraum für eigene Problemlösungsversuche wie der Kauf eines chinesischen Gartengrills mit maschinell übersetzter Gebrauchsanweisung.

II. Der Mensch als Rechtsperson

1. Formaler Personalismus

Das BGB und das chZGB erfassen den Menschen übereinstimmend als natürliche Person. Zur Abgrenzung von den vor- und außerrechtlichen Implikationen des Begriffs der Person sollte genauer von der Rechtsperson gesprochen werden.¹⁵ Die §§ 13 und 14 chZGB sind zwar etwas umständlicher formuliert als der elegante § 1 BGB, der schlicht besagt: „Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.“ Das liegt aber wohl nur daran, dass das chinesische Recht die bei uns herrschende Auslegung des § 1 BGB in den Gesetzestext integriert hat, nämlich dass unter (Zivil-)Rechtsfähigkeit für alle Menschen ausnahmslos gleiche Kapazität zu verstehen ist, Träger aller möglichen (zivilen) Rechte und (zivilen) Pflichten zu sein (Vollrechtsfähigkeit).

Personalismus im Sinne des BGB¹⁷ und des chZGB ist in einem doppelten Sinne rein formal, nämlich erstens insoweit, als die Person ausschließlich als Subjekt im Sinne eines Zuordnungsendpunkts erscheint, und zweitens als die gedachten Rechte und Pflichten weder konkret zu bestehen brauchen noch inhaltlich irgendwie vorgeprägt („materialisiert“) sind. Das bezeichne ich als formalen (Rechts-)Personalismus. Durch einen harten Kontrast, (etwa) zum Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1975 (ZGB DDR 1975¹⁸), dürfte das Gemeinte klarer hervortreten. Denn danach war „die Entwicklung der Bürger zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten“ eine der wesentlichen Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft, der auch das Zivilrecht der DDR diene (§ 1 Abs. 1 ZGB DDR 1975). Dies beeinflusste natürlich auch den Schutz von Leben, Gesundheit und Persönlichkeit der Bürger gem. § 4 ZGB DDR 1975.

2. Die Rechtsfähigkeit

Rechtsfähigkeit wird als Kapazität der Person von § 13 chZGB in Übereinstimmung mit unserer herrschenden Meinung als Trägerschaft von Rechten und Pflichten umschrieben. Daran will nicht recht einleuchten, dass Rechtsfähigkeit Pflichten zuweisen soll. Außerdem zeigt ein Blick auf die Binnenstruktur des Privatrechts

¹⁵ Peter A. Windel, Ist der Mensch eine juristische Person?, in: Patrick Gödicke/ Horst Hammen/ Wolfgang Schur/ Wolf-Dietrich Walker (Hrsg.), Festschrift für Jan Schapp (2010), S. 537–553.

¹⁶ Die Rechtsfähigkeit in anderen Rechtsgebieten bestimmt sich oft, aber keineswegs zwingend in Anlehnung an die zivilrechtliche Regelung.

¹⁷ Peter A. Windel, Rechtsperson und Persönlichkeitsrecht, in: Klaus Pannen/ Susanne Riedemann/ Mark Zeuner (Hrsg.), Prozess als Wirklichkeit des Rechts, Festschrift für Stefan Smid (2022), S. 809 ff.

¹⁸ Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975, faktisch aufgehoben durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889) mit Wirkung vom 2. Oktober 1990.

schnell, dass sich der Kreis der Rechtspositionen, die es zuzuordnen gilt, keineswegs in vollwertigen (subjektiven) Rechten und Pflichten erschöpft. Vielmehr finden sich¹⁹ als positive Rechtspositionen „Rechte, Rechtsgüter und Interessen“ (§ 241 Abs. 2 BGB) innerhalb des eigenen Rechtskreises und Kompetenzen mit Bezug auf fremde Rechtskreise sowie als negative Rechtspositionen neben den echten Pflichten noch Obliegenheiten und Lasten. Die daran anknüpfenden Einzelfragen beruhen auf dem fundamentalen Streit²⁰, ob das einzelne subjektive Recht oder ob das Rechtsverhältnis als rechtlich geregelter sektoraler Lebensausschnitt in der rechtsdogmatischen Konstruktion prävaliert. Für unsere Zwecke wäre es sicher nicht zwingend erforderlich, entscheiden zu wollen, ob vollwertige Rechte weitere Rechtspositionen und Rechtslagen anziehen und damit Rechtsverhältnisse bilden wie Sonnen ihre Planetensysteme (Prävalenz des subjektiven Rechts) oder ob die einzelnen subjektiven Rechte umgekehrt aufgrund ihrer besonderen Qualität aus einem an sich schon bestehenden Rechtsverhältnis herausragen wie die Gipfel aus einem Gebirgsmassiv. Aber man sollte doch von Rechtsfähigkeit nicht nur als Trägerschaft von Rechten und Pflichten handeln, sondern auch als Kapazität, in Rechtsverhältnissen stehen zu können. Es bedarf nicht der Bemerkung, dass mir das treffender erscheint.

3. Das Rechtsverhältnis

Freilich, auch der Begriff des Rechtsverhältnisses ist mehrdeutig. In einem allgemeineren Sinne beschreibt er das Verhältnis der wechselseitigen Anerkennung, das den ethischen Personalismus im Kern ausmacht. Bei *Fichte* bildet das so verstandene Rechtsverhältnis die Grundlage seines Naturrechts²¹, womit es spiegelbildlich vielleicht auch zur Legitimation²² einer nach dem formalen Rechtspersonalismus strukturierten Rechts- und Staatsordnung herangezogen werden könnte.

Für den hier gegebenen Zusammenhang reicht es aber aus, beim bereits angesprochenen engeren Verständnis vom Rechtsverhältnis als einer sektoralen Lebensordnung zu bleiben. In diesem Sinne sprechen wir von einem rechtlich bestimmten Verhältnis,²³ das zwischen Subjekten entweder unmittelbar oder im Hinblick auf Objekte besteht. Im Privatrecht schlagen sich diese Regelungen in den uns schon bekannten Rechtspositionen und Rechtslagen nieder, die den Beteiligten zugewiesen werden. Diesen gilt es jetzt themenbezogen nachzuspüren.

¹⁹ Neben weiteren „Rechtslagen“.

²⁰ Peter A. Windel, Über Privatrecht mit Verfassungsrang und Grundrechtswirkungen auf der Ebene einfachen Privatrechts, STAAT 37, 1998, 394–398.

²¹ Dazu Michael Kahlo/Ernst A. Wolff/Rainer Zaczky (Hrsg.), *Fichtes Lehre vom Rechtsverhältnis* (1992).

²² Überkomplex und damit ohne Frucht scheint es dagegen, den Staat selbst als Rechtsverhältnis beschreiben zu wollen, *Georg Jellinek*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl. (1921), S. 167–169.

²³ *Bernhard Windscheid*, Lehrbuch des Pandektenrechts, 9. Aufl. (1906, Nachdruck 1963), bearbeitet von *Theodor Kipp*, Band I, § 37a, S. 135 f.

III. Körperlichkeit und Recht

1. Zugangsschwierigkeiten

Trotz unserer Vorüberlegungen bleibt der präzise Zugriff auf das Kernthema schwierig. Denn die Rechtsordnung nimmt den Körper zunächst nicht als solchen, sondern nur als Erscheinung der Person in den Blick. Zwar liegt im Verhältnis von Körper und Recht ein immer wiederkehrendes juristisches Thema; die Beschäftigung damit wurde indes von Vergessen oder –schärfer– Verlust geprägt. Darauf zu zwei Exempeln:

Im Tagungsband *Körper und Recht* beschreibt *Wolfgang Schild* als Strafrechtshistoriker²⁴ eindrücklich die Schwierigkeiten für uns Heutige, einen Zugang zu mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen zu finden, eben weil „Leiblichkeit“, wie sie damals empfunden worden sein mag, in unserer Zeit weder „sinnlich erfahrbar“ noch „nachzuleben“ sei.²⁵ Und *Karl Gareis* leitet 1900 einen Festschriftenbeitrag über *Das Recht am menschlichen Körper* mit einem Auszug aus dem Spottgedicht *Die Philosophen* ein:

„Rechtsfrage.
Jahre lang schon bedien' ich mich meiner Nase zum Riechen:
Hab' ich denn wirklich an sie ein erweisliches Recht?

Pufendorf.
Ein bedencklicher Fall: Doch die erste Possession scheint
Für dich zu sprechen, und so brauche sie immerhin fort.“²⁶

Gareis fährt danach fort: „Was unser Schiller mit den hier vorangestellten Versen meinte, welche Philosophen und Juristen er mit der ironischen Frage und Antwort treffen wollte, weiß man.“²⁷

Sogar den meisten zeitgenössischen deutschen Juristen, jedenfalls mir, dürfte der bildungsbürgerliche Hintergrund eines *Karl Gareis* ebenso fehlen wie die Empathie eines *Wolfgang Schild*, der sich offenbar wenigstens ansatzweise in die längst vergangene Welt der germanischen Thinggenossenschaft²⁸ zurückfühlen kann. Dies belegt, dass gerade das Verhältnis von Körper und Recht in jeder kulturellen Epoche neu erlebt wird und damit auch immer wieder neu bestimmt werden muss.

Die darin begründete Diskontinuität der juristischen Begrifflichkeiten wird noch deutlicher, wenn man die Dogmengeschichte der elementaren Rechtsgarantien des *Habeas Corpus* verfolgt, wie wir sie gemeinhin in Art. 2 Abs. 2 GG verankert sehen. Denn weder in der

²⁴ Eine vergleichbare Entwicklung hat sich im Vollstreckungsrecht durch den Übergang von der Personal- zur Vermögenshaftung vollzogen, dazu *Fritz Baur/Rolf Stürner/Rudolf Bruns*, Zwangsvollstreckungsrecht, 13. Aufl. (2006), Rn. 3.2, 3.9, 3.26.

²⁵ *Wolfgang Schild*, Recht und Körperlichkeit, in: *Ludger Schwarte/Christoph Wulf* (Hrsg.), *Körper und Recht* (2003), S. 129, 140.

²⁶ *Friedrich Schiller*, Xenien, Schiller-Archiv, <<https://www.friedrich-schiller-archiv.de/gedichte-schillers/xenien/die-philosophen/>> (abgerufen am 19.5.2022).

²⁷ *Karl Gareis*, Das Recht am menschlichen Körper, in: *Festgabe der Juristischen Fakultät zu Königsberg für Johann Theodor Schirmer* (1900), S. 59, 61.

²⁸ Dazu grundlegend *Jürgen Weitzel*, Dinggenossenschaft und Recht, 2 Teilbände = Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Band 15 (1985).

Habeas Corpus Akte von König Karl II. (1679)²⁹ noch im ihr zugrunde liegenden Art. 39 der *Magna Carta Libertatum* des Königs Johann Ohneland (1215) ist von „Rechten“ die Rede. Auch *Günter Dürig* kommt in seiner schönen Erläuterung des GG von 1958 einleitend ohne den Rechtsbegriff aus: „Im Wertsystem der Grundrechte stellen die in Art. 2 II genannten Werte ‚Leben‘, ‚körperliche Unversehrtheit‘ und ‚Freiheit der Person‘ (worunter die Bewegungsfreiheit im räumlich-körperlichen Sinne zu verstehen ist) Teilwerte im Verhältnis zum allgemeinen Wert der menschlichen Freiheit (Art. 2 I) dar. Abs. II schützt die biologisch-natürlichen Wertvoraussetzungen für die im Grundrechtskatalog genannten geistigen, ideellen, kulturellen und (nicht zuletzt) wirtschaftlichen Wertverwirklichungsmöglichkeiten des Grundrechtsträgers. Anknüpfungspunkt des Art. 2 II ist der menschliche Körper. Es geht um jene drei naturalen Werte der Körperlichkeit: das körperliche ‚Dasein‘ (‚Leben‘ i. S. von Art. 2 II Satz 1); das körperliche ‚Sobeschaffensein‘ (‚körperliche Unversehrtheit‘ i. S. von Art. 2 II Satz 1); das körperlich-räumliche ‚Bewegungsfreiein‘ (‚Freiheit der Person‘ i. S. von Art. 2 II Satz 2).“³⁰

Diese feine Zurückhaltung von *Dürig* konnte in der weiteren Entwicklung allerdings die für die deutsche Verfassungslehre heute leider kennzeichnende Ersetzung der klassischen juristischen Rechtsfindungsmethode durch eine der Wertphilosophie entlehnte Abwägungslehre nicht aufhalten.³¹ Gleichsam am anderen Ende der terminologischen Skala steht in der zivilistischen Dogmatik eine Inflation von Begriffen, um das Verhältnis von Person und Körper zu erfassen. Der schon erwähnte *Karl Gareis* bringt es gleich auf fünf, wobei er das Definiendum – Persönlichkeitsrecht – zudem noch in das Definiens packt:

„Die Kategorie der Persönlichkeitsrechte ist [...] als Kategorie allerdings ein Produkt der Rechtswissenschaft, aber sie ist doch kein willkürlich Erfundenes, das der gesetzlichen Grundlage entbehrt! Wie immer und überall, so schafft auch hier die Wissenschaft ihre Sätze und ‚Gesetze‘ nicht willkürlich, sondern nur auf der Grundlage des ihr gegebenen Stoffes, hier also auf der Grundlage der gesetzlichen (oder gewohnheitsrechtlichen) Vorschriften; und nur soweit diese Vorschriften diejenigen Lebensgüter (Beziehungen, Interessen), die wir als den Gegenstand von Persönlichkeitsrechten bezeichnen, als Rechtsgüter anerkennen, reicht die Kategorie der Persönlichkeitsrechte.“³²

Auf beiden Wegen, dem der wertphilosophischen Umdeutung des Gesetzes und dem der zivilrechtlichen Begriffsinflation, kommen wir ersichtlich nicht weiter;

²⁹ Im „Habeas (sic!) Corpus Act (1640/1641)“ sind „Rights and Privileges“ und „Mens Rights and Estates“ zwar je ein Mal erwähnt, aber nicht als Garantien Karls des I., sondern im Rahmen einer Bestandsaufnahme früherer königlicher Kapitulationen (vor II.).

³⁰ *Theodor Maunz/Günter Dürig*, Grundgesetz-Kommentar (1958), Art. 2 Abs. II Rn. 1.

³¹ Darüber *Peter A. Windel*, Über Privatrecht (Fn. 20), S. 386–389 (dort S. 386 und 389 speziell zu *Dürig*, der dies selbst eher skeptisch beurteilt hat); *ders.*, *OMG – German Legal Dogmatics*, Bd. 8 der Reihe *Bochumer Juristische Studien zum Zivilrecht* (2020), S.11, 21–23.

³² *Karl Gareis*, Das Recht am menschlichen Körper (Fn. 27), S. 59, 85.

vielmehr müssen wir die thematischen Einzelfragen mit der jeweils passenden rechtsdogmatischen Begrifflichkeit präziser einzufangen versuchen.³³ Dies soll hier in drei Schritten geschehen, nämlich beginnend mit der Integrität des Körpers (2.) über Verfügungen über den Körper (3.) bis zu Verpflichtungen zu körperbezogenen Diensten (4.).

2. Integrität des Körpers

Die Integrität des Körpers und die Bewegungsfreiheit sind in der klassischen Terminologie des deutschen Zivilrechts als Rechtsgüter, nicht als subjektive Rechte geschützt.³⁴ Sofern man stattdessen doch den Begriff des Rechts verwenden will, empfiehlt sich ein erklärender Zusatz: So handelt § 1003 chZGB vom Recht am Körper und in der Grundrechtsdogmatik ist vom Abwehrrecht die Rede.³⁵ Klarer bringt es hingegen aber wohl der von *Georg Jellinek* herausgearbeitete status negativus³⁶ zum Ausdruck.

Die Ausgestaltung des Integritätsschutzes kann von der schlichten Haftung für eingetretene Verletzungen (§ 823 BGB; § 1011 chZGB) über die Abwehr konkreter Gefährdungen (entsprechend § 1004 BGB sowie vorausgesetzt in § 323c Strafgesetzbuch [StGB³⁷]; § 1005 chZGB) bis hin zu Maßnahmen der Prävention reichen, die Übergriffe bereits im Vorfeld verhindern sollen (§ 5 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz [AGG³⁸], § 4 Behindertengleichstellungsgesetz [BGG³⁹]; § 1010 chZGB).

Über den bloßen Integritätsschutz hinaus gehen Garantien auf Leben, körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG; Art. 2 Abs. 1 Satz 1 EMRK; Art. 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 EU-GRCh) sowie Gesundheit (§§ 1002, 1004 chZGB). Hier wird zusätzlich ein status positivus⁴⁰ gewährt, der Leistungsansprüche zur Folge hat, die von Krankenbehandlung über Assistenz bei Behinderungen bis hin zu Sozialleistungen zur Gewährung eines würdegemäßen Lebensstandards reichen (können). Unserer Tradition nach ist dieser Bereich dem Sozialrecht als Teil des öffentlichen Rechts zugeordnet. Daher erstaunt seine deutliche Adressierung im chZGB. Sofern es sich dabei nicht um ein schlichtes Versehen handeln sollte, könnte dies entweder damit

³³ Eindringlich eingefordert schon von *Walther Schönfeld*, Rechtsgut und Rechtsperson im Lichte des Reichsgerichts, in: *Otto Schreiber* (Hrsg.), *Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben*, Bd. II (1929), S. 191, 214–217.

³⁴ *Andreas von Tuhr*, *Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts*, Bd. I (1910/1957), § 6 V (S. 149–154), Bd. II/2 (1918/1957), § 88 II (S. 458–459).

³⁵ *Thorsten Kingreen/Ralf Poscher*, *Grundrechte. Staatsrecht II* (2020), Rn. 118–132.

³⁶ *Georg Jellinek*, *System der subjektiven öffentlichen Rechte* (1892), S. 89–108; zusammenfassend *ders.*, *Allgemeine Staatslehre* (Fn. 22), S. 416–421.

³⁷ Strafgesetzbuch vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), ursprüngliche Fassung vom 15. Mai 1871 (RGBl. S. 127).

³⁸ Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 13. August 2006 (BGBl. I S. 1897, 1910).

³⁹ Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1468).

⁴⁰ *Georg Jellinek*, *System der subjektiven öffentlichen Rechte* (Fn. 36), S. 109–129.

zusammenhängen, dass das System der sozialen Sicherheit in China noch im Aufbau begriffen ist, wobei man sich möglicherweise die Option einer (teilweise) privatrechtlichen Ausgestaltung offenhalten wollte. Vielleicht beruhen die Anklänge an den status positivus im Mǐn Fǎ Diǎn aber auch schlicht darauf, dass man dem Zivilrecht als Infrastruktur des wirtschaftlichen Aufschwungs in China ganz allgemein einen größeren Nutzen für den Einzelnen zutraut, als dies (mittlerweile) bei uns der Fall ist.

3. Verfügungen über den Körper

Verfügungen über den Körper als Ganzen können erst nach dem Tode wirksam werden; antizipierte Dispositionen stehen daher neben solchen, die von anderen erst nach dem Ableben der betroffenen Person getroffen werden (§§ 3, 4 Transplantationsgesetz [TPG⁴¹]; §§ 1006, 1007 chZGB). Der Leichnam ist aus Sicht der Überlebenden in jedem Falle Objekt, das einer spezifischen rechtlichen Behandlung bedarf. Ich würde einfach von einer Sache ausgehen,⁴² konkurrierende Modelle⁴³ (Rückstand der Persönlichkeit, Gegenstand von Pietät und Leichenruhe, Sache besonderer Art wie „eigentumsfrei“ oder „dem Verkehr entzogen“) bringen nicht mehr zum Ausdruck als das bereits gefundene oder stillschweigend vorausgesetzte Ergebnis der erforderlichen näheren Qualifikation.

Verfügungen über Zellen, Organe und Gewebe als Teile des Körpers einer lebenden Person (§§ 8–8c TPG; in §§ 1006, 1007 chZGB mitgeregelt) setzen zunächst die Einwilligung in den in der Trennung liegenden Eingriff in die Integrität des Körpers voraus. Außerdem muss wie beim Leichnam die besondere Qualität des vom Körper getrennten Teils als Rechtsobjekt Berücksichtigung finden.

Rechtsdogmatisch folgt aus alldem dreierlei: Erstens haben wir erst hier den Schritt vom Rechtsgut zum (absoluten) subjektiven Recht vollzogen, wenn es nicht anders richtig ist, dass ein solches ein (untechnisches) „Haben“ zum Ausdruck bringen soll. Denn „haben“ kann man nur etwas (ein Objekt), das man auch nicht haben kann.⁴⁴ Zweitens legitimiert dieses „Haben“ aufgrund der besonderen Qualität des zuzuordnenden Gegenstands von vornherein keine schrankenlose Disposition wie über das Eigentum an einer vertretbaren Sache. Dies schlägt drittens auf die Verpflichtung zu einer Übertragung des Körpers oder seiner Teile durch. Nicht von ungefähr darf sie weder in Europa noch in China zu kommerziellen Zwecken erfolgen (Art. 3 Abs. 2 lit. c EuGRCh; § 1007 chZGB) und muss darüber hinaus nach meinem Dafürhalten frei widerrechtlich bleiben.

⁴¹ Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben vom 4. September 2007 (BGBl. I S. 2206), ursprüngliche Fassung vom 5. November 1997 (BGBl. I S. 2631).

⁴² Zum Rechtsobjekt *Peter A. Windel*, *OMG* (Fn. 31), S. 57–74.

⁴³ Zum Streitstand *Robert Korves*, *Eigentumsunfähige Sachen?* (2014), S. 96–98.

⁴⁴ *Walther Schönfeld*, *Rechtsgut und Rechtsperson im Lichte des Reichsgerichts* (Fn. 33), S. 246–247.

4. Verpflichtungen zu körperbezogenen Diensten

Etwas anders als Dispositionen über den Körper oder seine Teile als Rechtsobjekte gelagert sind Konstellationen, bei denen Dienste mit gesteigertem Körperbezug versprochen werden.⁴⁵ Hier fehlt die dort mit dem Verfügungsobjekt gegebene Begrenzung der an sich schrankenlosen Freiheit zu vertraglicher Bindung. Deshalb drängen sich hier Verbote oder doch spezielle Regulierungen auf. Ersteres ist in Deutschland für die Leihmutterchaft geschehen (§ 1 Abs. 1 Nrn. 1, 2, 6 ESchG⁴⁶; § 1591 BGB⁴⁷), Letzteres für die grundsätzlich legalisierte⁴⁸ Prostitution.⁴⁹

Für andere Fälle, etwa die Verpflichtung zur Teilnahme an klinischen Experimenten, die § 1008 chZGB regelt, liegt ein dort nicht explizit vorgesehener Rückgriff auf Ethik, Moral und die Sittenordnung (vgl. § 1009 a. E. chZGB) zumindest nahe. In weiterer Konsequenz sollen diese eigentlich außerrechtlichen Maßstäbe durch Ethikkommissionen bzw. -ausschüsse in die Entscheidungsfindung eingebracht werden (§§ 40 Abs. 1 Satz 2; 42 Arzneimittelgesetz [AMG⁵⁰], § 1008 Satz 1 chZGB). Jedenfalls enthalten sich beide Referenzrechtsordnungen hier sowohl in materieller wie in organisatorischer Hinsicht einer abschließenden juristischen Regelung und weisen gleichsam über sich hinaus. Haben wir als Juristen hier endlich einen Ausgang aus dem Labyrinth unserer Rechtsdogmatik gefunden?

IV. Fazit: Gefangen im Körper – gefangen im Recht

Leider liegen die Dinge so einfach nicht. Denn zwar lassen sich die gesetzliche und die sittlich-moralische Perspektive unterscheiden. Ebenso sicher können diese unterschiedlichen Perspektiven oft auch zu unterschiedlichen, manchmal zu geradezu gegenläufigen Lösungsvorschlägen führen. Aber in ihrem endlosen Kampf haben sich Gesetz und sittliche Regel ineinander verschlungen. Auch dies gilt im Grundsatz sowohl für unsere wie für die chinesische Referenzrechtsordnung:

In China stehen sich Fǎ (法), das positive Gesetz, und Lǐ (礼), die sittliche Regel oder – vielleicht sogar treffender – Tugend, zwar an sich gegenüber; die

⁴⁵ Diese Differenzierung ist bei *Peter A. Windel*, *Personenrechtliche Grenzen der Vertragsbindung*, in: Hermann Butzer/Markus Kaltenborn/Wolfgang Meyer (Hrsg.), *Festschrift für Friedrich E. Schnapp* (2008), S. 859–871 noch übersehen.

⁴⁶ Gesetz zum Schutz der Embryonen (Embryonenschutzgesetz – ESchG) vom 13.12.1990, BGBl. I S. 2746, zuletzt geändert durch Art. 1 Präimplantationsdiagnostikgesetz vom 21.11.2011, BGBl. I S. 2228.

⁴⁷ Die rechtlichen Probleme sind dadurch nicht gelöst, weil es zu Leihmutterchaften im Ausland kommt. Dazu *Münchener Kommentar zum BGB/Wellenhofer*, Band 10, 8. Auflage (2020), § 1591 Rn. 16 ff.

⁴⁸ Die Legalisierung erfolgte endgültig durch das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3983.

⁴⁹ Durch das geradezu paternalistische Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz – ProstSchG) vom 21.10.2016, BGBl. I S. 2372.

⁵⁰ Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), ursprüngliche Fassung vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 533).

Rechtstradition stützt sich aber seit jeher durchaus auf beide Pfeiler.⁵¹ Ebenso rekurriert das Recht in Deutschland keineswegs nur an scheinbar abseits gelegenen Stellen wie dem Transplantationsgesetz, sondern auch in ganz zentralen Kodifikationen auf „das Sittengesetz“ (Art. 2 Abs. 1 GG) bzw. „die guten Sitten“ (§§ 138, 826 BGB). Hochumstritten ist dabei nicht nur, wie weit diese Bezugnahmen konkret reichen,⁵² sondern bereits, ob sie überhaupt zugänglich sind.⁵³

Die Bedenken liegen primär keineswegs auf inhaltlicher Ebene. Es geht nicht darum, ob Gesetz, Sitte oder Moral in concreto die angemessenere, richtigere oder gar gerechtere Lösung vorschlagen. Vielmehr sind die Bedenken vordergründig eher rechtstechnischer, nämlich staatsorganisationsrechtlicher Natur: In dem Maße, in dem das positive Gesetz materiell zurückgedrängt wird, schwindet die Rechtsetzungskompetenz der Parlamente; in dem Maße, in dem Ethikkommissionen⁵⁴ entscheiden, werden die Rechtspflegeorgane aus der Verantwortung entlassen. Im Kern geht es damit um die Struktur der staatlichen Herrschaft überhaupt.

Natürlich könnten Juristen nicht auf gesellschaftliche Akzeptanz zählen, wenn sie sich (wieder einmal) vom Rechtspositivismus auf platten Gesetzespositivismus zurückziehen wollten. Juristen müssen sich folglich zumindest vorläufig ganz positivistisch damit abfinden, dass die zitierten Vorschriften in materieller wie organisatorischer Hinsicht über das Gesetzesrecht hinausweisen. In materieller Hinsicht haben wir mit dem „Sittengesetz“, den „guten Sitten“ sowie „Ethik, Moral und öffentlichem Interesse“ (§ 1009 chZGB) dann zwar keine Rechtsbegriffe mehr vor uns. Aber es bleiben doch Juristenbegriffe, solange die Gesetze, in denen die Verweisungen enthalten sind, von Juristen angewendet werden. So wird seit Reichsgerichts Zeiten die Formel vom „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“ als Maßstab für den Begriff der „guten Sitten“ psalmodiert.⁵⁵ Solcherlei rein juristisches verbildetes Welt- und Vorverständnis wird zwar gesprengt, wenn Ethikkommissionen in konkrete Entscheidungsprozesse eingebunden werden,⁵⁶ an denen Vertreter verschiedener Disziplinen mitwirken, selbst wenn dazu auch Rechtswissenschaftler gehören. Ob die dort ablaufenden Diskurse letztlich die Lösung besonders schwieriger gesellschaftlicher Fragen fördern oder vielmehr zur Erosion der rechtlichen Ordnung führen werden, lässt sich derzeit aber noch nicht abschließend beurteilen.

⁵¹ Dazu *Christina Eberl-Borges*, Einführung in das chinesische Recht (2018), Rn. 7–29.

⁵² Zum Problem *Jörg Neuner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 12. Aufl. (2020), § 46 Rn. 1, 7–17.

⁵³ Zum Problem *Udo di Fabio*, in: Theodor Maunz/Günter Dürig (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bearbeitung August 2020, Art. 2 Abs. 1, Rn. 45–46.

⁵⁴ *Erwin Deutsch*, Entstehung und Funktion der Ethikkommission in Europa, *Medizinrecht (MedR)* 2008, S. 650–654; *Hans-Dieter Lippert*, Ethikkommissionen unter dem Regime der EU-Verordnungen, *Versicherungsrecht (VersR)* 2017, S. 793–798; *Wolfgang A. Rehm*, *Arzneimittelgesetz*, 5. Aufl. (2020), § 40 Rn. 3, 4.

⁵⁵ Reichsgericht, Urteil vom 11. April 1901, Rep. VI 443/00, RGZ 48, 114, 124; zuletzt Bundesgerichtshof, Beschluss vom 9. März 2021 – VI ZR 889/20, juris, Rn. 12.

⁵⁶ Für den Deutschen Ethikrat (eingerrichtet durch das Gesetz zur Einrichtung des Deutschen Ethikrates [Ethikratgesetz – EthRG] vom 16. Juli 2007, BGBl. I, 1385) trifft dies nicht zu, vgl. § 2 EthRG und dazu Begründung RegE, BT-Drs. 16/2856.

* * *

The law only regards corporeal persons as human beings

The special status generally bestowed upon the human body has long had a legal dimension as well. And the specifically legal issues remained constant for a long time, which probably explains why Germany's Basic Law and Civil Code contain no more than rudimentary regulations. Since the cultural justifications behind these rules are all but lost the darkness of legal history, the challenges posed by rapid developments in medicine, biology, and pharmacology in recent decades have been met in Germany with a profusion of scattered clauses and doctrines, leaving the main codifications unchanged. This is in stark contrast to the People's Republic of China's new Civil Code, which, in the second chapter of Book 4, on personality rights, provides a unified – and by international standards, modern – set of rules to address legal issues pertaining to the body. The differences between the regulatory models now in place in either country warrant the present comparison.

DOKUMENTATIONEN

Bibliography of Academic Writings in the Field of Chinese Law in Western Languages in 2021

Knut Benjamin Pifßler / Maximilian Boddin / Arthur Helwich¹

This bibliography aims at providing an overview of journal articles, edited books and monographs on Chinese law with a focus on publications in English and German.² The structure of the bibliography follows the classification scheme of the leading German law bibliography “Karlsruher Juristische Bibliographie”³.

Classification Scheme

- I. Law and Jurisprudence (Recht und Rechtswissenschaft)
- II. Legal and Constitutional History (Rechts- und Verfassungsgeschichte)
- III. Private Law (Privatrecht)
 1. In General (Allgemein)
 2. General Part of the Civil Code (Allgemeiner Teil des Zivilrechts)
 3. Law of Obligations (Schuldrecht)
 4. Law of Property (Sachenrecht)
 5. Family Law (Familienrecht)
 6. Law of Succession (Erbrecht)
 7. Commercial Law (Handelsrecht)
 8. Business Organisations (Gesellschaftsrecht)
 9. Insurance (Privatversicherungsrecht)
 10. Industrial Property, Copyright and Publishing (Gewerblicher Rechtsschutz, Urheber- und Verlagsrecht)
 11. Negotiable Instruments (Wertpapierrecht)
 12. Unfair Competition, Trademarks, Anti-trust Legislation (Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht, Kartellrecht)
13. Conflict of Laws, Uniform Private Law (Internationales Privatrecht, Einheitsrecht)
- IV. Judicial System, Practice and Procedure, Civil Procedure (Gerichtsverfassung, allgemeines Prozessrecht und Zivilprozess)
- V. Criminal Law and Criminal Procedure (Strafrecht und Strafverfahren)
- VI. Theory of the State, Sociology, Politics (Staats- und Gesellschaftslehre, Politik)
- VII. Public Law and Constitutional Law (Staats- und Verfassungsrecht)
- VIII. Administrative Law (Allgemeines Verwaltungsrecht)
- IX. Administrative Law – Individual Branches (Besonderes Verwaltungsrecht)
- X. Economic Law (Wirtschaftsrecht)
- XI. Traffic Laws (Verkehrsrecht)
- XII. Financial Laws and Taxation (Finanz- und Steuerrecht)
- XIII. Labour Law (Arbeitsrecht)
- XIV. Social Legislation (Sozialrecht)
- XV. Public International Law (Völkerrecht)

I. Law and Jurisprudence (Recht und Rechtswissenschaft)

Bazin, Hubert (ed.), The Ricci Dictionary of Chinese Law. Leiden etc.: Brill 2019.

Bu, Yuanshi, Book Review: Peter A. Windel, OMG – German Legal Dogmatics! Beiträge zum internationalen Rechtsdialog. Baden-Baden: Nomos Verlag 2020, pp. 284. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 73 et seq.

Burns, John P., Book Review: A Special Standing in the World: The Faculty of Law at the University of Hong Kong, 1969–2019 by Christopher Munn. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 395 et seq.

Cao, Deborah, Chinese Legal Thought: Mohist School. In: Sellers, Mortimer/Kirste, Stephan (eds.),

¹ Prof. Dr. iur. Knut Benjamin Pifßler, M.A. (Sinology), research fellow at the Max Planck Institute for Comparative and Private International Law in Hamburg (e-mail: <pissler@mpipriv.de>). Maximilian Boddin and Arthur Helwich are student research assistants at the Max Planck Institute in Hamburg.

² Writings in other European languages could only partly be considered.

³ We admit that this bibliography does not comprehensively include all literature in Western languages on Chinese law in 2021. Readers are explicitly encouraged to point out to us entries we failed to identify. We will include these in the next bibliography to be published in the second issue of this journal in 2023.

Encyclopedia of the Philosophy of Law and Social Philosophy. Cham: Springer 2021, pp. 1 et seq.

Cao, Deborah, Translation as a Catalyst in the Development of Modern Chinese Legal Language. In: Comparative Legilinguistics: International Journal for Legal Communication, Vol. 45 (2021), pp. 39 et seq.

Cardillo, Ivan, Orientamenti di diritto tradizionale cinese e confucianesimo. In: Tigor – Rivista di scienze della comunicazione e di argomentazione giuridica 2021, No. 2, pp. 124 et seq.

Clarke, Donald C., Robin Munro, 1952–2021. In: Journal of Comparative Law, Vol. 16 (2021), pp. 691 et seq.

Feng, Yuqing/Xu, Qing, The Evolution of Guanxi Dynamics in the Chinese Legal System: A Perspective of Career Mobility. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 1131 et seq.

He, Xin, Guanxi and Law and Society Fieldwork in China. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 625 et seq.

Li, Ruoqi, Guanxi in the Chinese Non-Profit Sector and its Interaction with the Newly Reformed Chinese Legal System. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 1155 et seq.

Liu, Qian, With or Without You: Qing, Li, Fa, and Legal Pluralism in China. In: China Law and Society Review, Vol. 5 (2021), pp. 88 et seq.

Liu, Sida, Cage for the Birds: On the Social Transformation of Chinese Law, 1999–2019. In: China Law and Society Review, Vol. 5 (2021), pp. 66 et seq.

Luo, Yu, How Political Pressure Rigidifies Legal Formalism in China: A Small Tragedy Under Xi Jinping's Reform. In: UIC John Marshall Law Review, Vol. 53 (2021), pp. 909 et seq.

Renninger, Philipp, Theoriebasierte Rechtsvergleichung – vergleichungsbasierte Rechtstheorie am Beispiel des chinesischen und deutschsprachigen Öffentlichen Rechts unter besonderer Berücksichtigung des Sinomarxismus und Xi-Jinping-Denkens. Lörrach: Selbstverlag: Philipp Renninger 2021.

Seppänen, Samuli, Book Review: Shiping Hua, Chinese Legal Culture and Constitutional Order. Abingdon: Routledge 2019, pp. 154. In: The China Journal, Vol. 85 (2021), pp. 182 et seq.

Wiendick, Sebastian/Stark, Peter, Länderreport VR China. In: Recht der Internationalen Wirtschaft, Vol. 67 (2021), pp. 721 et seq.

Zhang, Xiaodan/Yan, Wenjia, Class Nature in Contemporary Chinese Socialist Law – Its Derivation, Evolution, and Status Quo. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 261 et seq.

II. Legal and Constitutional History (Rechts- und Verfassungsgeschichte)

Bakken, Børge, Book Review: May Holdsworth & Christopher Munn, Crime, Justice, and Punishment in

Colonial Hong Kong: Central Police Station, Central Magistracy, and Victoria Gaol. Hong Kong: Hong Kong University Press 2020, pp. 331. In: The China Journal, Vol 86 (2021), pp. 234 et seq.

Brang, Lucas, Conceptual Realism and Imperial Nostalgia in Chinese Legal Historiography. In: International Journal of Constitutional Law, Vol. 19 (2021), pp. 328 et seq.

Cai, Xin, History of Private International Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 15 et seq.

Day, Jenny Huangfu, The Enigma of a Taiping Fugitive: The Illusion of Justice and the “Political Offence Exception” in Extradition from Hong Kong. In: Law and History Review, Vol. 39 (2021), pp. 415 et seq.

Fang, Qiang, The Communist Judicial System in China, 1927–1976. Building on Fear. Amsterdam: Amsterdam University Press 2021,

Le Moli, Ginevra, “Parity with all Nations”: The “Coolie” Trade and the Quest for Recognition by China and Japan. In: Leiden Journal of International Law, Vol. 34 (2021), pp. 879 et seq.

Lin, Mao-hong, Carceral Strategy and the Social Structure in Maoist China. In: UCLA Pacific Basin Law Journal, Vol. 38 (2021), pp. 33 et seq.

Qu, Jian, Social Order through Contracts – A Study of the Qingshui River Manuscripts. Singapore: Springer Singapore 2021.

Walayar, Aaron J., China's Alaskan Jurisprudence. In: U. C. Davis Journal of International Law and Policy, Vol. 28 (2021), No. 1, pp. 43 et seq.

Zang, Dongsheng, Race and Representation: The Legislative Council in Hong Kong During the Reign of Queen Victoria. In: Washington International Law Journal, Vol. 30 (2021), pp. 184 et seq.

III. Private Law (Privatrecht)

1. In General (Allgemein)

Ip, Mary, Online Cross-border Target Marketing: Consumer Protection Through the Lens of the Australian Doctrine of Unconscionability. In: Competition & Consumer Law Journal, Vol. 28 (2021), pp. 236 et seq.

Jiang, Hao, The Three Myths of Tort Law in the Chinese Civil Code. In: The Italian Law Journal, Vol. 7 (2021), pp. 713 et seq.

Jiang, Hao, The Making of a Civil Code in China: Promises and Perils of a New Civil Law. In: Tulane Law Review, Vol. 95 (2021), pp. 777 et seq.

Li, Yanying/Yang, Guang, Chinese Civil Code and Uniform Commercial Law. In: Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht, Vol. 20 (2021), pp. 154 et seq.

Piffler, Knut Benjamin, Das Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China im Spiegel einer Kommentierung des Obersten Volksgerichts: Ein Überblick über die

Neuregelungen des Besonderen Teils. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 85 et seq.

Xie, Hongfei/Xia, Xiaoxiong, The Rule of Law in Civil and Commercial Matters: Building the Cornerstone for Safeguarding Rights. In: Tian, He/Lv, Yanbin (eds.), The Chinese Path of Rule of Law Construction. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 91 et seq.

2. General Part of the Civil Code (Allgemeiner Teil des Zivilrechts)

Bu, Yuanshi, Rechtsscheinhaftung im chinesischen Stellvertretungsrecht. In: Recht der Internationalen Wirtschaft, Vol. 67 (2021), pp. 264 et seq.

Chen, Lei, Consumer Protection Due to the Pandemic: Chinese Legal Responses. In: Journal of European Consumer Market Law, Vol. 10 (2021), pp. 218 et seq.

Jiang, Hao/Chan, Peter C.H., The Rule Against Recovery of Pure Economic Loss in China: A Misconceived Doctrine. In: Tulane Law Review, Vol. 96 (2021), pp. 261.

Lejeune, Mathias, Datenschutzrecht der Volksrepublik China. In: Privacy in Germany 2021, pp. 109 et seq.

Norvell, Lauren, Being Blonde in China and How to Protect My Right of Publicity Abroad. In: Santa Clara Journal of International Law, Vol. 19 (2021), No. 2, pp. 46 et seq.

Wang, Liming/Xiong, Bingwan, Personality Rights in China's New Civil Code: A Response to Increasing Awareness of Rights in an Era of Evolving Technology. In: Modern China, Vol. 47 (2021), pp. 703 et seq.

Zhang, Meihui, "Right to Delete" in China: The Scope, Legislations and Commentaries. In: Computer and Telecommunications Law Review, Vol. 27 (2021), pp. 199 et seq.

3. Law of Obligations (Schuldrecht)

Chen, Lei, Demystifying the Doctrine of Change of Circumstances under Chinese Law – A Comparative Perspective from Singapore and the English Common Law. In: Journal of Business Law, Vol. 6 (2021), pp. 475 et seq.

Chen, Yu/Yao, Congwen/Ren, Wenhong, Ecological Environmental Damage Liability Rules in the Light of the Private Law Regime: Problems and Experience in China. In: Pozzo, Barbara/Jacometti, Valentina (eds.), Environmental Loss and Damage in a Comparative Law Perspective. Cambridge etc.: Intersentia 2021, pp. 291 et seq.

Coggiola, Nadia, Transplanting Civil Law Models in China: Compensation of Personal Damages Caused by Environmental Pollution. In: Pozzo, Barbara/Jacometti, Valentina (eds.), Environmental Loss and Damage in a Comparative Law Perspective. Cambridge etc.: Intersentia 2021, pp. 331 et seq.

Haley, Glenn, Hong Kong. In: Greenham, Philip (ed.), The International Compendium of Construction Contracts – A Country by Chapter Review. Berlin et al.: De Gruyter 2021, pp. 389 et seq.

Ho, Lusinal/Lee, Rebecca, Trusts in Hong Kong: Historical Application and Current Practice. In: Liew, Ying Khai/Harding, Matthew (eds.), Asia-Pacific Trusts Law. Berlin et al.: De Gruyter 2021, pp. 57 et seq.

Jing, Hui, The Legal Nature of the Chinese Charitable Trust. In: Liew, Ying Khai/Harding, Matthew (eds.), Asia-Pacific Trusts Law, Volume 1: Theory and Practice in Context. Oxford et al.: Hart 2021, pp. 271 et seq.

Lau, Kwan Ho, Negligence and the Unfair Contract Terms Act: Experiences in Hong Kong and Singapore Compared. Journal of Business Law, Vol. 7 (2021), pp. 596 et seq.

Lee, Jyh-An, Technology Transfer. In: Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher (eds.), Intellectual Property Law in China. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B.V. 2021. pp. 455 et seq.

Martinek, Madeleine, Book Review: Karl Pilny, Praxiswissen China – Verhandlungsstrategie, Normen, Vertragsgestaltung. München: Hanser Verlag 2020, pp. 308. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 76 et seq.

Möllers, Thomas M. J., Offene Fragen zum Kaufrecht des chinesischen Zivilgesetzbuches – Ein Vergleich mit dem deutschen und europäischen Recht. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 169 et seq.

Nan, Jinlin/Hu, Tianxiong/Huang, Rongcheng, China's Newly Adopted Civil Code Provides a Better Fit for the Construction Industry. In: Construction Law International, Vol. 16 (2021), pp. 62 et seq.

Nan, Jinlin/Hu, Tianxiong/Huang, Rongcheng, China Published the New Model Form of EPC [Engineering, Procurement and Construction] Contract for Construction Projects. In: Construction Law International, Vol. 16 (2021), pp. 7 et seq.

Pilny, Karl, Praxiswissen China – Verhandlungsstrategie – Normen – Vertragsgestaltung; mit Mustervorlagen und Arbeitshilfen. München: Hanser 2021.

Wang, Wen-Yeu (Wallace)/Yang, Yueh-Ping (Alex), Taiwan's Trusts Law and Name-Borrowing Arrangements. In: Liew, Ying Khai/Harding, Matthew (eds.), Asia-Pacific Trusts Law, Volume 1: Theory and Practice in Context. Oxford et al.: Hart 2021, pp. 251 et seq.

Wang, Xinruil Chen, Lanyil Yang, Yuhan/ Li, Munchun, Dealing with Frustration Events in COVID-19: A Comparison between Chinese and English Contract Law. In: Coventry Law Journal, Vol. 26 (2021), pp. 143 et seq.

You, Chin-Fa/Hsiao, Chia-Te, The UNIDROIT Principles as Reference for the Uniform Interpretation of National Laws: China. In: Garro, Alejandro/Moreno Rodríguez, José Antonio (eds.), Use of the UNIDROIT

Principles to Interpret and Supplement Domestic Contract Law. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 93 et seq.

Zhou, Qin/Feng, Jing, What We Do and Do Not Know About Standard Form Contracts? An Empirical Study of Wealth Management Product Contracts in China. In: Asian Journal of Comparative Law, Vol 16 (2021), pp. 124 et seq.

Zhu, Maoyuan/Zhang, Jiong/Hui, Frederick, China. In: Greenham, Philip (ed.), The International Compendium of Construction Contracts – A Country by Chapter Review. Berlin et al.: De Gruyter 2021, pp. 195 et seq.

4. Law of Property (Sachenrecht)

Chang, Yun-Chien/Garoupa, Nuno/Wells, Martin T., Drawing the Legal Family Tree: An Empirical Comparative Study of 170 Dimensions of Property Law in 129 Jurisdictions. In: Journal of Legal Analysis, Vol. 13 (2021), pp. 231 et seq.

Fu, Guangyu, Ein Hybridsystem zur Gewährleistung effizienten Rechtsverkehrs. Mobiliarsicherungsmittel in der Volksrepublik China. In: Gebauer, Martin/Huber, Stefan (eds.), Dingliche Rechtspositionen und Verkehrsschutz – Kontinuität und Reformen in vergleichender Perspektive. Ergebnisse der 34. Tagung der Gesellschaft für Rechtsvergleichung vom 12. bis 14. September 2013 in Marburg. Tübingen: Mohr Siebeck 2021, pp. 139 et seq.

Kort, Michael, Mobiliärerwerb im neuen chinesischen ZGB-BT. In: Recht der internationalen Wirtschaft 2021, pp. 485 et seq.

Lin, Andrew Jen-Guan, Law Reform of the Secured Transactions Regime in Taiwan: Modernisation, Controversies, and Prospects. In: Gullifer, Louise/Neo, Dora (eds.), Secured Transactions Law in Asia. Oxford et al: Hart 2021, pp. 235 et seq.

Tse, Kelvin K. C., Proprietary Estoppel and Statutory Formalities: Implications for Hong Kong. In: Conveyancer and Property Lawyer, Vol. 4 (2021), pp. 365 et seq.

Wang, Lebing, The Law of Secured Transactions in China: Comparison and Future Reform. In: Gullifer, Louise/Neo, Dora (eds.), Secured Transactions Law in Asia. Oxford et al: Hart 2021, pp. 125 et seq.

Winkler, Vincent, Rechte an Daten im Zivilrecht – Eine vergleichende Betrachtung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China. Tübingen: Mohr Siebeck 2021.

5. Family Law (Familienrecht)

He, Xin, Divorce in China – Institutional Constraints and Gendered Outcomes. New York.: New York University Press 2021.

Por, Catherine, Hong Kong. In: Stewart, James G. (eds.), Family Law – A Global Guide From Practical Law. London: Sweet & Maxwell 2021, pp. 443 et seq.

Schröder, Marie, Gesetz gegen häusliche Gewalt der VR China – Eine Einführung. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 31 et seq.

Vix, Olivier, Réflexions sur l'évolution du droit de la famille française à la lumière du droit de la famille chinois. In: La semaine juridique. Édition Générale, Vol. 95 (2021), No. 29 + (supplément), pp. 58 et seq.

Zhao, Ningning, China. In: Schrama, Wendy/Freeman, Marilyn/Taylor, Nicola/Bruning, Mariëlle (eds.), International Handbook on Child Participation in Family Law. Cambridge etc.: Intersentia 2021, pp. 133 et seq.

Zhao, Ningning, China. In: Stewart, James G. (eds.), Family Law – A Global Guide From Practical Law. London: Sweet & Maxwell 2021, pp. 227 et seq.

6. Law of Succession (Erbrecht)

Wang, Qiang, Das im Zivilgesetzbuch neu kodifizierte Erbrecht der VR China – Eine rechtswissenschaftliche, -systematische und -terminologische Untersuchung. In: Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft 2021, pp. 359 et seq.

Windel, Peter A., Buch VI des Mǐn Fǎ Diǎn – Erbrecht: chàbuduō. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 276 et seq.

7. Commercial Law (Handelsrecht)

Davies, Martin/Lin, Jiang, Chinese Maritime Cases – Selection for Year of 2014. Berlin etc.: Springer Berlin Heidelberg 2021.

Sun, Xinkuan, Risikoverteilung beim Missbrauch von Zahlungsinstrumenten in Deutschland und der VR China. Berlin etc.: Peter Lang 2021.

8. Business Organisations (Gesellschaftsrecht)

Gu, Chaoping, Analysis on Nominee Shareholding of Foreign-invested Enterprises in China. In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 98 et seq.

Hawes, Colin, Why is Huawei's Ownership so Strange? A Case Study of the Chinese Corporate and Socio-political Ecosystem. In: Journal of Corporate Law Studies, Vol. 21 (2021), pp. 1 et seq.

Huang, Robin Hui, Shareholder Inspection Rights in China: An Empirical Inquiry. In: Hastings International and Comparative Law Review, Vol. 44 (2021), No. 1, pp. 3 et seq.

Jiang, Huiqin, Latest Revisions of the Juridical Interpretations concerning China's Company Law. In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 339 et seq.

Jin, Qifeng, The Impact of China's Civil Code on the Company Law. In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 282 et seq.

Kuntner, Stephan, China's Foreign-Invested Limited Partnership Enterprise – An Analysis of its Legal Personality, Limited Liability and Transferable Ownership Interest. Cham: Springer 2021.

Lee, Joseph (ed.), Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms. Cham etc.: Springer International Publishing 2021.

Lee, Joseph/Bao, Yonghui, Conflict of Goals in Takeover Law: The Impossible Regulatory Alignment Between UK and China. In: Lee, Joseph (ed.), Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 15 et seq.

Lee, Joseph/Bao, Yonghui/Li, Jinlin, Evaluating the Mandatory Bid Rule for Takeover Law in China: An Empirical and Comparative Analysis. In: Lee, Joseph (ed.), Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 255 et seq.

Lin, Lauren Yu-Hsin, Institutionalizing Political Influence in Business: Party-Building and Insider Control in Chinese State-Owned Enterprises. In: Vermont Law Review, Vol. 45 (2021), pp. 441 et seq.

Lin, Lauren Yu-Hsin/Milhaupt, Curtis J., Party Building or Noisy Signaling? The Contours of Political Conformity in Chinese Corporate Governance. In: The Journal of Legal Studies, Vol. 50 (2021), pp. 187 et seq.

Lin, Lin, Venture Capital Law in China. Cambridge etc.: Cambridge University Press 2021.

Liu, Yu-Qi, Binationale Tandemführung in deutsch-chinesischen Joint Ventures – Rollenaufteilungen im mittleren Management und kontextuelle Einflüsse. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021.

Long, Jie, Überwachungsdefizit in chinesischen börsennotierten Aktiengesellschaften – Reformbedarf des Informationssystems des Aufsichtsrats aus rechtsvergleichender Perspektive des deutschen Aktienrechts. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021.

Lu, Lerong, Chinese Takeover Law: Revisiting the Director's Duty of Care under Takeover Defence and the Business Judgment Rule. In: International Company and Commercial Law Review, Vol. 32 (2021), pp. 603 et seq.

Shen, Zhaohui/Tang, Linyao/Weng, Charlie Xiaochuan, The Role and Future of Self-Regulation in the Market for Corporate Control: A Comparative Narrative of the Two Models in the UK and China. In: Lee, Joseph (ed.), Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 85 et seq.

Varottil, Umakanth, Book Review: Venture Capital Law in China by Lin Lin. In: Singapore Journal of Legal Studies (2021), pp. 413 et seq.

Wang, Hong, Corporate Social Responsibility in China. In: Crowther, David/Seifi, Shahla (eds.), The Palgrave Handbook of Corporate Social Responsibility. Cham: Palgrave Macmillan 2021, pp. 1017 et seq.

Wang, Xian/Greene, Robert W./Yan, Yan, Conglomeration Unbound: The Origins and Globally Unparalleled Structures of Multi-Sector Chinese Corporate Groups Controlling Large Financial Companies. In: University of Pennsylvania Journal of International Law, Vol. 42 (2021), pp. 799 et seq.

Wei, Shen, Private Equity and Share Repurchase in the Chinese Context: Do Share Repurchase Agreements Ensure Private Equity Investors' Exit? In: Journal of International Banking Law and Regulation, Vol. 36 (2021), pp. 468 et seq.

Xi, Chao/Huang, Yurong, Are U.S.-Listed Chinese Firms a Minefield? A Board Perspective. In: The International Lawyer, Vol. 54 (2021), pp. 201 et seq.

Young, Angus, Corporate Governance and Environmental, Social and Governance for Hong Kong's listed Companies: Has Fraud Risk been Overlooked? In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 379 et seq.

Zhu, Ciyun/Tang, Linyao, On the Supply Side of Western Hostile Takeover Law and Its Implications for China. In: Lee, Joseph (ed.), Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 53 et seq.

9. Insurance (Privatversicherungsrecht)

Jing, Zhen, Regulatory Requirements on Transparency of Insurance Contracts to the Insureds in China. In: Marano, Pierpaolo/Noussia, Kyriaki (eds.), Transparency in Insurance Regulation and Supervisory Law – A Comparative Analysis. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 407 et seq.

Wu, Yifeng, Die Einführung der Abwehrverpflichtung in der chinesischen Haftpflichtversicherung. Köln: Universität zu Köln 2021.

Yang, Haifan/Zhu, Ling, Reassessing Warranty in the Marine Insurance Contract under Chinese Law. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 1107 et seq.

Zeng, James Si, Entity Shielding and the Rule Of "Debts-Follow-Assets" in China: An Empirical Law and Economics Analysis. In: American Bankruptcy Law Journal, Vol. 95 (2021), pp. 243 et seq.

Zheng, Ruil/Zhang, Jinlei/Li, Chenxuan, China. In: Cousy, Herma (ed.), Insurance Law. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 1 et seq.

10. Industrial Property, Copyright and Publishing (Gewerblicher Rechtsschutz, Urheber- und Verlagsrecht)

Chen, Wenting, The Protection of Genetic Resources in Chinese Patent Law. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 248 et seq.

Cooper, James M., Games Without Frontiers: The Increasing Importance of Intellectual Property Rights in the People's Republic of China. In: *Journal of Business & Intellectual Property Law*, Vol. 22 (2021), pp. 43 et seq.

Deng, Fei/Jiao, Shan/Xie, Guanbin, The Current State of SEP [Standard Essential Patent] Litigation in China. In: *Antitrust*, Vol. 35 (2021), pp. 95 et seq.

Du, Zhihao, Urheberrechtliche Schranken im Internet: Einführung einer Schrankengeneralklausel? – Untersuchung zum chinesischen im Vergleich zum deutschen und US-amerikanischen Recht. Göttingen: Cuvillier Verlag 2021.

Ganea, Peter, Copyright. In: *Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher* (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 293 et seq.

Ganea, Peter, Patents, Utility Models and Designs. In: *Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher* (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 13 et seq.

Ganea, Peter/Friedmann, Danny, Introduction. In: *Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher* (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 1 et seq.

Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021.

Heide, Nils, Bedeutung chinesischer Patente im Digitalisierungswettbewerb. Neue Verletzungsrisiken im Global Village? In: *Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht* 2021, pp. 194 et seq.

Hsiao, Jerry I-H., An Analysis of the Patent Linkage System and Development of the Biosimilar Industry in Taiwan. In: *Brooklyn Journal of International Law*, Vol. 46 (2021), pp. 479 et seq.

Hu, Yiyang, Book Review: Fei-Hsien Wang, *Pirates and Publishers: A Social History of Copyright in Modern China*. Princeton: Princeton University Press 2019, pp. 350. In: *New York University Journal of International Law & Politics*, Vol. 53 (2021), pp. 1071 et seq.

Lau, Joseph, FRAND [Fair, Reasonable and Non-Discriminatory] Defences Against the Grant of Injunctive Relief: Applying *Huawei v ZTE* in Singapore and China. In: *Asian Journal of Comparative Law*, Vol. 16 (2021), pp. 33 et seq.

Lee, Jyh-An/Li, Yangzi, The Pathway Towards Digital Superpower: Copyright Reform in China. In: *GRUR International/Journal of European and International IP Law*, Vol. 70 (2021), pp. 861 et seq.

Papastefanou, Stefan, Smart Grids and Machine Learning in Chinese and Western Intellectual Prop-

erty Law: The Key Role of Machine Learning in Integrating Sustainable Energy into Smart Grids and the Corresponding Approaches to Asset Protection in Intellectual Property Law. In: *International Review of Intellectual Property and Competition Law*, Vol. 52, (2021), pp. 989 et seq.

Stemler, Taylor, Forcing Creativity: An Analysis of Chinese IP Subsidies and How They Should Be Assessed Under Existing International Trade Agreements. In: *Cybaris an Intellectual Property Law Review*, Vol. 12 (2021), pp. 28 et seq.

Wang, Michael, Original Idea or Illegal Copying? Video Game Copying in China and its Effects on the U.S. Video Game Industry, Future Steps for U.S. Developers and Publishers. In: *Santa Clara High Technology Law Journal*, Vol. 38 (2021–2022), pp. 215 et seq.

Wu, Guide, Erschöpfungsgrundsatz im Online-Bereich. Ein Vergleich zwischen dem deutschen, chinesischen und US-amerikanischen Recht. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2021.

Yu, Ronald/Yip, Kenneth, *New Changes*, New Possibilities: China's Latest Patent Law Amendments. In: *GRUR International/Journal of European and International IP Law*, Vol. 70 (2021), pp. 486 et seq.

Zhang, Yurong, A Study on Punitive Damages for the Infringement of Intellectual Property Rights in China. In: *European Intellectual Property Review*, Vol. 43 (2021), pp. 433 et seq.

11. Negotiable Instruments (Wertpapierrecht)

Lam, Jeremy, Damages for Wrongful Allotment of Shares: Lessons from Hong Kong – *Ge Qingfu v L&A International Holdings Ltd.* In: *Journal of Business Law*, Vol. 5 (2021), pp. 414 et seq.

Liu, Xuan, Achieving More Market-efficient and Globalised Stock Markets Through Legal Reform: A Law and Finance Analysis of the Chinese Securities Law 2020. In: *International Company and Commercial Law Review*, Vol. 32 (2021), pp. 483 et seq.

Lu, Lerong, Reforming Corporate Share-listing Rules in China: Understanding the Rationale and Advantages of the Registration-based IPO Regime. In: *Company Lawyer*, Vol. 42 (2021), pp. 236 et seq.

Luo, Brendal/Xiao, Alex, Confirming the Obvious: Why Antique Chinese Bonds Should Remain Antique. In: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 16 (2021), pp. 472 et seq.

Mazza, Paolo/Wang, Shiyu, Corporate Legal Insider Trading in China: Performance and Determinants. In: *International Review of Law & Economics*, Vol. 68 (2021), pp. 1 et seq.

Plambeck, Charles C.B., A King's Word: Pre-1949 Chinese Bonds and a Framework for Pursuing Claims on "Classically" Time-Barred Bonds. In: *North Carolina Journal of International Law*, Vol. 46 (2021), pp. 389 et seq.

Wang, Jingen, Damages for Letter of Credit Wrongful Dishonour in China: Reviewing the Humei Case. In: *Banking & Finance Law Review*, Vol. 36 (2021), pp. 181 et seq.

Yuet, Ho Cheuk, Political Insider Dealing: The Case for Furnishing a Stronger Regulatory Regime in Hong Kong. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 441 et seq.

12. Unfair Competition, Trademarks, Anti-trust Legislation (Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht, Kartellrecht)

Beconcini, Paolo, The State of Trade Secret Protection in China in Light of The U.S.-China Trade Wars: Trade Secret Protection in China Before and After the U.S.-China Trade Agreement of January 15, 2020: In: *UIC Review Of Intellectual Property Law*, Vol. 20 (2021), pp. 108 et seq.

Blair, Justin, Contextualizing Michael Jordan v. Qiaodan Sports: I Don't Believe I Can Fly, or Do Business, in China. In: *Journal of Intellectual Property Law*, Vol. 29 (2021), pp. 121 et seq.

Bu, Qingxiu, The Arbitrability of Antitrust Disputes: The Critics of the Chinese Supreme People's Court in Shell v Huili. In: *Global Competition Litigation Review*, Vol. 14 (2021), pp. 89 et seq.

Bu, Yuanshi, Geheimnisschutz und Handelskrieg – Anmerkungen zu der neuen justiziellen Interpretation zum Geschäftsgeheimnis. In: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, Vol. 28 (2021), pp. 113 et seq.

Cahill, Dermot/Wang, Jing, How Competition Ideals are Emasculated in Key Industries in China, and Pathways to Reform. In: *Fordham International Law Journal*, Vol. 44 (2021), pp. 609 et seq.

Chai, Yaotian, Das Verhältnis zwischen Marken- und Lauterkeitsrecht beim Schutz von Unternehmenskennzeichen – Ein Vergleich des deutschen, französischen und chinesischen Rechts. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021.

Chen, Huizhen, China's Merger Review: The Review Agency is in Balance with Major Stakeholders. In: *South Carolina Journal of International Law & Business*, Vol. 18 (2021), pp. 1 et seq.

Feng, Shujie, The Application of Unfair Competition Law in the Field of Trademark Law: A Way to Enhance the Trade Mark Registration System in China. In: *European Intellectual Property Review*, Vol. 43 (2021), pp. 518 et seq.

Friedmann, Danny, Trade Marks and Related Rights. In: *Ganea, Peter/ Friedmann, Danny/ Lee, Jyh-An/ Clark, Douglas/Heath, Christopher* (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 153 et seq.

Healey, Deborah, The Antimonopoly Law of China: Prospects for Change. In: *Charbit, Nicolas/ Garchot, Sébastien* (eds.), *Eleanor M. Fox – Antitrust Ambas-*

sador to the World: Liber Amicorum. New York: Institute of Competition Law 2021, pp. 485 et seq.

Lee, Jyh-An, Unfair Competition and Antitrust Law. In: *Ganea, Peter/ Friedmann, Danny/ Lee, Jyh-An/ Clark, Douglas/Heath, Christopher* (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 403 et seq.

Ng, Wendy, Unpacking the Personal Information Protection Regime and its Potential Implications for Competition Law in China. In: *Charbit, Nicolas/ Garchot, Sébastien* (eds.), *Eleanor M. Fox – Antitrust Ambassador to the World: Liber Amicorum*. New York: Institute of Competition Law 2021, pp. 507 et seq.

Ning, Susan/ Gong, Ting/ Zhang, Tianjie, Fair Competition Versus Fair Competition Review System in China. In: *Charbit, Nicolas/ Malhado, Carolina S./ Yang, Ellie* (eds.), *Douglas H. Ginsburg – An Antitrust Professor on the Bench: Liber Amicorum*. New York etc.: Concurrences 2021, pp. 119 et seq.

Schäffler, Sonja, Original Equipment Manufacturing – OEM – Markenverletzung in China. In: *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis*, Vol. 13 (2021), pp. 471 et seq.

Svetlicinii, Alexandr, Chinese State Owned Enterprises and EU Merger Control. In: *European Competition Law Review*, Vol. 42 (2021), pp. 335 et seq.

Wang, Celine Yan, Governing Data Markets in China: From Competition Litigation and Government Regulation to Legislative Ordering. In: *George Mason International Law Journal*, Vol. 13 (2021–2022), pp. 1 et seq.

Wang, Shuyu, A Chinese Lesson in Combatting Online Counterfeits: The Need to Place Greater Obligations on Social Media as They Transform to E-Commerce Platforms. In: *Federal Communications Law Journal*, Vol. 73 (2021), pp. 339 et seq.

Wang, Xiaoye, Some Thoughts on the Revision of China's Anti-Monopoly Law. In: *European Competition Law Review*, Vol. 42 (2021), pp. 130 et seq.

Wang, Xiaoye/Emch, Adrien, Competition Law 2.0: Amending China's Anti-Monopoly Law. In: *Charbit, Nicolas/ Garchot, Sébastien* (eds.), *Eleanor M. Fox – Antitrust Ambassador to the World: Liber Amicorum*. New York: Institute of Competition Law 2021, pp. 467 et seq.

Zhang, Chenying, The Amendment of Anti-Monopoly Law of Merger Remedies: Based on the Empirical Analysis in China. In: *Lee, Joseph* (ed.), *Takeover Law in the UK, the EU and China – State Interests, Market Players, and Governance Mechanisms*. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 217 et seq.

Zhang, Junfeng, How to Improve Trademark Law in China: Adopting Prior Use to Stop the Problem of Trademark Squatting. In: *Journal of the Patent and Trademark Office Society*, Vol. 102 (2021), pp. 18 et seq.

Zhang, Huyue, Chinese Antitrust Exceptionalism: How the Rise of China Challenges Global Regulation. Oxford: Oxford University Press 2021.

13. Conflicts of Laws, Uniform Private Law (Internationales Privatrecht, Einheitsrecht)

Cai, Xin, Ascertainment of Foreign Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 33 et seq.

Cai, Xin, Classification. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 19 et seq.

Cai, Xin, Depeçage. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 25 et seq.

Cai, Xin, Point of Contact. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 31 et seq.

Cai, Xin, Preliminary Question. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 21 et seq.

Cai, Xin, Public Order, Mandatory Rules and Evasion of Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 39 et seq.

Cai, Xin, Renvoi. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 29 et seq.

Cai, Xin, Sources of Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 9 et seq.

Cao, Yang, Jurisdiction and Applicable Law in Matters of Intellectual Property in China. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 107 et seq.

Ding, Maozhong/Wang, Dan, Competition Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 159 et seq.

He, Qisheng, China (Mainland). In: Girsberger, Daniel/Kadner Graziano, Thomas/Neels, Jan Lambert/Elbalti, Béligh/Yassari, Nadjma/Monsenepwo Mwakwaye, Justin (eds.), Choice of Law in International Commercial Contracts – Global Perspectives on the Hague Principles. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 433 et seq.

Jia, Lin/Wu, Qingxuan/Zhang, Zhengyi, Law of Property. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 91 et seq.

Li, Fuldien/Chen Rong-Chwan, Taiwan. In: Reyes, Anselmo/Lui, Wilson (eds.), Direct Jurisdiction – Asian Perspectives. Oxford etc.: Hart 2021, pp. 61 et seq.

Li, Xiaolin, Law of Corporations and Insolvency. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 137 et seq.

Liu, Xiaohong/Cai, Xin, Subject Matter of Private International Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 1 et seq.

Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021.

Liu, Yin, Recognition of Foreign Same-Sex Unions in China. In: Swiss Institute of Comparative Law (ed.), Yearbook of Private International Law. Köln etc.: Verlag Dr. Otto Schmidt KG 2021.

Shi, Jianping/Zhai, Zijun, Immunities from Jurisdiction. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 67 et seq.

Shi, Jianping/Zhai, Zijun, Jurisdiction in Personam. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 45 et seq.

Shi, Jianping/Zhai, Zijun, Jurisdiction in Shipping Claims. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 63 et seq.

Threlkeld, Cullen, Are You In or Out? Hong Kong and the Applicability of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods. In: Georgia Journal of International and Comparative Law, Vol. 49 (2021), pp. 679 et seq.

Tsai, Hua Kai, Taiwan. In: Girsberger, Daniel/Kadner Graziano, Thomas/Neels, Jan Lambert/Elbalti, Béligh/Yassari, Nadjma/Monsenepwo Mwakwaye, Justin (eds.), Choice of Law in International Commercial Contracts – Global Perspectives on the Hague Principles. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 678 et seq.

Wong, James Y. P., Hong Kong. In: Reyes, Anselmo/Lui, Wilson (eds.), Direct Jurisdiction – Asian Perspectives. Oxford etc.: Hart 2021, pp. 33 et seq.

Xu, Guojian/Zhang, Zhengyi, The Future of Private International Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 271 et seq.

Xu, Qingkun, Law of Obligations. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 71 et seq.

Zhang, Zhengyi, The Belt and Road Initiative and Chinese Private International Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 265 et seq.

Zhang, Zhengyi/Shi, Jianping, China. In: Reyes, Anselmo/Lui, Wilson (eds.), *Direct Jurisdiction – Asian Perspectives*. Oxford etc.: Hart 2021, pp. 13 et seq.

Zhang, Zhengyi/Zhang, Jingning, Family Law. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), *Chinese Private International Law*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 121 et seq.

Zhang, Zhengyi/Zhang, Zhen, Recognition. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), *Chinese Private International Law*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 169 et seq.

IV. Judicial System, Practice and Procedure, Civil Procedure (Gerichtsverfassung, allgemeines Prozessrecht und Zivilprozess)

Austin, Daniel A./Lin, Cheng-to, Personal Bankruptcy in the Middle Kingdom: China's Local Pilot Programs and Half of a Bankruptcy System. In: *American Bankruptcy Law Journal*, Vol. 95 (2021), pp. 81 et seq.

Brödermann, Eckart/Etgen, Björn/Zong, Yukun, Länderbericht: China (Volksrepublik). In: Geimer, Reinhold / Schütze, Rolf A. (eds.), *Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen*, München: Beck 2021, pp. 1027–1 et seq.

Bujakowski, Doug/Schmit, Joan, Economic Structural Transformation and Litigation: Evidence from Chinese Provinces, to Economic Change and Restructuring. In: *DePaul Business and Commercial Law Journal*, Vol. 19 (2021), pp. 97 et seq.

Cardillo, Ivan, Recenti sviluppi della mediazione in Cina. In: *Giustizia Consensuale* 2021, No. 2, pp. 365 et seq.

Carr, Chris/Harris, Dan, Commercial Hostages in International Business Disputes. In: *Thunderbird International Business Review*, Vol. 63 (2021), No. 4, pp. 523 et seq.

Chan, Peter C. H., Comparing the Civil Court Structures of Mainland China, Taiwan, Hong Kong and Macau from a Case Management Perspective. In: Chan, Peter C. H./van Rhee, C. H. (eds.), *Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 13 et seq.

Chan, Peter C. H./Xiao, Huina, A Typology of Judicial Liability for Error in Chinese Courts. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 309 et seq.

Chen, Ding, Old Wines in New Bottles? Private Securities Litigation in China's New Securities Law. In: *Amicus Curiae*, Vol. 2 (2021), pp. 169 et seq.

Chen, Hang-Ping, The Unified System of Adjudication and Administration of Chinese Courts. In: Chan, Peter C. H./van Rhee, C. H. (eds.), *Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 53 et seq.

Chen, Jun, Interregional Judicial Assistance. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), *Chinese Private International Law*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 199 et seq.

Chen, Leil/Wang, Hao, Judicial Control of Arbitral Awards in Mainland China. In: DiMatteo, Larry A./Infantiono, Marta/Potin, Nathalie Marie-Pierre (eds.), *The Cambridge Handbook of Judicial Control of Arbitral Awards*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 210 et seq.

Clark, Douglas, Enforcement. In: Ganea, Peter/Friedmann, Danny/Lee, Jyh-An/Clark, Douglas/Heath, Christopher (eds.), *Intellectual Property Law in China*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International B. V. 2021. pp. 485 et seq.

Ding, Chunyan/Xiao, Huina, A Paper Tiger? Prosecutorial Regulators in China's Civil Environmental Public Interest Litigations. In: *Fordham Environmental Law Review*, Vol. 32 (2021), No. 3, pp. 323 et seq.

Eken, Can, A Detailed Comparison of Third-Party Funding Regulations in Hong Kong and Singapore. In: *Asia Pacific Law Review*, Vol. 29 (2021), pp. 25 et seq.

Feng, Shuo, International Commercial Arbitration. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), *Chinese Private International Law*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 213 et seq.

Finder, Susan, The Long March to Professionalizing Judicial Discipline in China. In: Devlin, Richard/Wildeman, Sheila (eds.), *Disciplining Judges: Contemporary Challenges and Controversies*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited 2021, pp. 78 et seq.

Fu, Panfeng, Les nouveaux développements de l'arbitrage en Chine. In: *La semaine juridique. Édition Générale*, Vol. 95 (2021), No. 29 + (supplément), pp. 100 et seq.

Fu, Yulin, Class Actions and Public Interest Litigation in China. In: Uzelac, Alan/Voet, Stefaan (eds.), *Class Actions in Europe – Holy Grail or a Wrong Trail?* Cham: Springer 2021, pp. 369 et seq.

Fu, Yulin, Dimensions and Contradictions of Judicial Reforms in China. In: Ahl, Björn (ed.), *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 59 et seq.

Gao, Raymond, Bridging an Access-to-Justice Gap for International Commercial Dispute Resolution: Recent Developments of Interim Measures in Cross-Border Chinese Arbitration. In: *Columbia Journal of Transnational Law*, Vol. 59 (2021), pp. 608 et seq.

Glatter, Joachim, Jüngste Fortentwicklungen in der Schiedsgerichtsbarkeit der Volksrepublik China. In: *Zeitschrift für Schiedsverfahren* 2020, pp. 207 et seq.

Gu, Weixia, Dispute Resolution in China – Litigation, Arbitration, Mediation, and their Cross-Interactions. London et al.: Routledge 2021.

Hargreaves, Stuart, Canaries or Colonials? The Reduced Prominence of the “Overseas Judges” on Hong Kong’s Court of Final Appeal. In: *Asian Journal of Comparative Law*, Vol. 16 (2021), pp. 187 et seq.

Hargreaves, Stuart, “The Court” Rises: The New Use of Depersonalised Opinions on the Hong Kong Court of Final Appeal. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 141 et seq.

Hassall, Cameron/Yong, Dominique, Arbitration Outside China. In: Moser, Michael J./ Bao, Chiann (eds.), *Managing ‘Belt and Road’ Business Disputes – A Case Study of Legal Problems and Solutions*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 75 et seq.

He, Xin, Pressures on Chinese Judges under Xi. In: *The China Journal*, Vol. 85 (2021), pp. 49 et seq.

He, Xin/Feng, Jing, Unfamiliarity and Procedural Justice: Litigants’ Attitudes Toward Civil Justice in Southern China. In: *Law and Society Review*, Vol. 55 (2021), pp. 104 et seq.

Hu, Changming, Judicial Reform: Safeguarding Fairness and Justice. In: Tian, He/Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 47 et seq.

Korves, Robert, Kreditsicherheiten in Zwangsvollstreckung und Insolvenz. In: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, Vol. 28 (2021), pp. 18 et seq.

Li, Ji, “Going Out” and Going In-House: Chinese Multinationals’ Internal Legal Capacity in the United States. In: *Law & Social Inquiry*, Vol. 46 (2021), pp. 487 et seq.

Li, Xiaolin, Substantive Consolidation of Bankruptcy Proceedings in China: A Critical Examination. In: *American Bankruptcy Law Journal*, Vol. 95 (2021), pp. 537 et seq.

Lin, Wangwei, China’s Securities Investor Service Centre Filed China’s First Special Representative Action. In: *Company Lawyer*, Vol. 42 (2021), pp. 314 et seq.

Liu, Jingdong/Zhang, Can, Pratique de la reconnaissance et de l’exécution des jugements définitifs des tribunaux étrangers en Chine. In: *La semaine juridique. Édition Générale*, Vol. 95 (2021), No. 29+ (supplément), pp. 105 et seq.

Liu, John Zhuang/Klöhn, Lars/Spamann, Holger, Precedents and Chinese Judges: An Experiment. In: *The American Journal of Comparative Law*, Vol. 69 (2021), pp. 93 et seq.

Liu, Ziyu, Will the COVID-19 Pandemic Change Government’s Rescue Strategy? The Emergence of the Supportive Bankruptcy Enforcement Approach in China. In: *International Company and Commercial Law Review*, Vol. 32 (2021), pp. 234 et seq.

Lu, Tian, The Implementation of Blockchain Technologies in Chinese Courts. In: *Stanford Journal of Blockchain Law & Policy*, Vol. 4 (2021), pp. 102 et seq.

Luk, Adrian, The Case in Support of Third Party Funding for Civil Litigation in Hong Kong. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 491 et seq.

Ma, Arthur/Yang, Sharon, Arbitration Inside China. In: Moser, Michael J./ Bao, Chiann (eds.), *Managing “Belt and Road” Business Disputes – A Case Study of Legal Problems and Solutions*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 51 et seq.

Matsushita, Junichi, Transnational Cooperation and Coordination in Cross-Border Insolvency: China, South Korea and Japan. In: Miki, Kōichi (ed.), *Technology, the Global Economy and other New Challenges for Civil Justice*. Cambridge etc.: Intersentia 2021, pp. 187 et seq.

Meng, Ye, Judicial (Dis)Empowerment and Centralisation Efforts. In: Ahl, Björn (ed.), *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 109 et seq.

Meng, Zhang/ Qin, Tianbao, Climate Change and the Individual: A Perspective of China. In: Sindico, Francesco/Mbengue, Makane Moïse (eds.), *Comparative Climate Change Litigation: Beyond the Usual Suspects*, Cham: Springer 2021, pp. 369 et seq.

Miao, Michelle, “Democratizing” Courts in an Authoritarian Polity? Using an Interest-Based Bargaining Theory to Explain China’s Pilot Reform on its People’s Assessor System. In: *Washington University Global Studies Law Review*, Vol. 20 (2021), pp. 431 et seq.

Moser, Michael J./ Bao, Chiann (eds.), *Managing “Belt and Road” Business Disputes – A Case Study of Legal Problems and Solutions*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021.

Moser, Michael J./ Bao, Chiann/ Choong, John/ Liu, Xin, The Scenario. In: Moser, Michael J./ Bao, Chiann (eds.), *Managing “Belt and Road” Business Disputes – A Case Study of Legal Problems and Solutions*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 1 et seq.

Mrockova, Natalie, *Corporate Bankruptcy Law in China – Principles, Limitations, and Options for Reform*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021.

Ng, Kai Hang/ He, Xin, Blood Money and Negotiated Justice in China. In: Ahl, Björn (ed.), *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 208 et seq.

Parry, Rebecca/ Zhang, Haizhang/ Fu, Jiahui, Personal Insolvency in China: Necessities, Difficulties, and Possibilities. In: *Brooklyn Journal of International Law*, Vol. 46 (2021), pp. 517 et seq.

Rehman, Ubaid-Ur, Civil Court Structure in Hong Kong. In: Chan, Peter C. H./ van Rhee, C. H. (eds.), *Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 79 et seq.

Siebel, Yue, Book Review: Yin Jin, Die Übertragbarkeit der deutschen Vollstreckungsgegenklage in das chinesische Zivilprozessrecht. Baden-Baden: Nomos 2019, pp. 275. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), pp. 162 et seq.

Sin, Ivan, Transplantation of Voluntary Supervision and Insolvent Trading Provisions into Hong Kong's Corporate Rescue Regime. In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 369 et seq.

Stern, Rachel E./Liebman, Benjamin L./Roberts, Margaret E./Wang, Alice Z., Automating Fairness? Artificial Intelligence in the Chinese Courts. In: Columbia Journal of Transnational Law, Vol. 59 (2021), pp. 515 et seq.

Su, Wei, Enforcing China-made Arbitral Awards: The Paradoxes under the PRC Laws. In: International Arbitration Law Review, Vol. 24 (2021), pp. 355 et seq.

Tang, Cedric, Medical Negligence Dispute Resolution in China. In: Amicus Curiae, Vol. 2 (2021), pp. 268 et seq.

Tao, Jingzhou, Chambres commerciales internationales de la Cour Populaire supreme. In: La semaine juridique. Édition Générale, Vol. 95 (2021), No. 29+ (supplément), pp. 95 et seq.

Upham, Frank K., Whither Chinese Courts and What Their Future Will Tell Us About Non-Chinese Courts. In: Law and Social Inquiry, Vol. 46 (2021), pp. 1287 et seq.

Wagner, Richard K., Proving Chinese Law in the Courts of the United States: Surveying and Critiquing the Article 277 [Chinese Civil Procedure Law] Cases. In: Amicus Curiae, Vol. 2 (2021), pp. 188 et seq.

Wan, Wai Yee, Should Hong Kong reform its insolvency law in times of COVID-19? In: Company Lawyer, Vol. 42 (2021), pp. 133 et seq.

Wang, Fuhua, A Brief Note on the Application of Information and Communication Technology in Civil Judicial Case Management. In: Chan, Peter C. H./van Rhee, C. H. (eds.), Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 195 et seq.

Wang, Wei, The Formal Adequacy Principle from the Perspective of Judicial Case Management: Macau. In: Chan, Peter C. H./van Rhee, C. H. (eds.), Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 95 et seq.

Wang, Yueduan, "Detaching" Courts from Local Politics? Assessing the Judicial Centralization Reforms In China. In: The China Quarterly, Vol. 246 (2021), pp. 545 et seq.

Wang, Zhuhao, China's E-Justice Revolution. In: Judicature, Vol. 105 (2021), pp. 36 et seq.

Wiegand, Nicolas/Altenkirch, Markus, HKIAC Administered Arbitration Rules; Article-by-Article Com-

mentary. Baden-Baden etc.: Nomos Verlagsgesellschaft etc. 2021.

Wu, Jun, Taiwan's Court Structure from a Case Management Perspective. In: Chan, Peter C. H./van Rhee, C. H. (eds.), Civil Case Management in the Twenty-First Century: Court Structures Still Matter. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 67 et seq.

Yam, Julius, Approaching the Legitimacy Paradox in Hong Kong: Lessons for Hybrid Regime Courts. In: Law and Social Inquiry, Vol. 46 (2021), pp. 153 et seq.

Yang, Hsiu-I, Compensation Schemes for Damages Caused by Healthcare and Alternatives to Court Proceedings – National Report Taiwan. In: Bach-Golecka, Dobrochna (eds.), Compensation Schemes for Damages Caused by Healthcare and Alternatives to Court Proceedings – Comparative Law Perspectives. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 411 et seq.

Yang, Teo Jim, The Singaporean Response to Abuse of Due Process in International Arbitration [re: China Machine New Energy Corp v Jaguar Energy Guatemala LLC]. In: Singapore Journal of Legal Studies, March (2021), pp. 244 et seq.

Yu, Xiaohong, The Meandering Path of Judicial Reform with Chinese Characteristics. In: Ahl, Björn (ed.), Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 29 et seq.

Yuen, Liam H. Y., Service Out and the Abela Interpretation in Hong Kong: The Triumph of Private Parties over Sovereignty. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 115 et seq.

Zhang, Beibei, A Critical Evaluation of China's New Blocking Statute Against Unfair Extraterritoriality. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 775 et seq.

Zhang, Beibei, TPF in China. In: Zhang, Beibei (ed.), Third Party Funding for Dispute Resolution – A Comparative Study of England, Hong Kong, Singapore, the Netherlands, and Mainland China. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 159 et seq.

Zhang, Beibei, TPF in Hong Kong. In: Zhang, Beibei (ed.), Third Party Funding for Dispute Resolution – A Comparative Study of England, Hong Kong, Singapore, the Netherlands, and Mainland China. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 55 et seq.

Zhang, Haizheng, Major Legal Means of Rescuing "Zombie Enterprises" under Chinese Bankruptcy Legal Framework. In: International Company and Commercial Law Review, Vol. 32 (2021), pp. 564 et seq.

Zhang, Zhengyi, Enforcement of Judgments. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 193 et seq.

Zhao, Fang/Wu, Jiji/Wang, Ruowen, Litigation in China. In: Moser, Michael J./Bao, Chiann (eds.), Managing "Belt and Road" Business Disputes – A Case

Study of Legal Problems and Solutions. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 171 et seq.

Zhou, Chen/Qin, Tianbao, Prospects for Climate Change Litigation in China. In: Alogna, Ivano/Bakker, Christine/ Gauci, Jean-Pierre (eds.), *Climate Change Litigation: Global Perspectives*, Leiden etc.: Brill Nijhoff 2021, pp. 244 et seq.

Zhou, Hui/Liu, Junqiang/Cheng, Jianxin, Conditional Justice: Evaluating the Judicial Centralization Reform in China. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 434 et seq.

Zhu, Ling/Li, Xiaojing, Maritime Courts in China and Their Jurisdiction. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 645 et seq.

Zhu, Weidong, Enforcing Commercial Judgments between China and South Africa in the Context of BRICS and BRI. In: *Journal of African Law*, Vol. 65 (2021), pp. 179 et seq.

V. Criminal Law and Criminal Procedure (Strafrecht und Strafverfahren)

Ahl, Björn (ed.), *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021.

Ahl, Björn, Post-2013 Reforms of the Chinese Courts and Criminal Procedure. In: *Ahl, Björn (ed.)*, *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 1 et seq.

Chen, Weidong, *Reform and Development of Powers and Functions of China's Criminal Proceedings*. Singapore: Springer Singapore 2021.

Chen, Xiaojin, Parental Migration and Children's Problem Behaviours in Rural China: Testing an Integrative Theoretical Model. In: *The British Journal of Criminology*, Vol. 6 (2021), pp. 1592 et seq.

Crofts, Thomas/Burke, Jack, Sexting in Hong Kong: A Complex Interplay Between Young People, Technology, and Law. In: *Asia Pacific Law Review*, Vol. 29 (2021), pp. 47 et seq.

Finder, Susan, How the Supreme People's Court Drafts Criminal Procedure Judicial Interpretations. In: *Ahl, Björn (ed.)*, *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 84 et seq.

Guo, Zhiyuan, Live Witness Testimony in the Chinese Criminal Courts. In: *Ahl, Björn (ed.)*, *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 183 et seq.

Hanson, Margaret/Thompson-Brusstar, Building Socialist Legality: Political Order and Institutional Development in the Soviet and Chinese Procuracies. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 73 (2021), pp. 157 et seq.

He, Jiaohong, A Case Study on Shortage of Evidence in Wrongful Convictions in China. In: *International*

Journal of Evidence & Proof, Vol. 25 (2021), pp. 36 et seq.

He, Xin, Book Review: The Construction of Guilt in China: An Empirical Account of Routine Chinese Injustice by Yu Mou. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 401 et seq.

Kaiser, Alexander, A New Model of Habeas Corpus in China? Procuratorial Necessity Examination of Pre-trial Custody. In: *Ahl, Björn (ed.)*, *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 144 et seq.

Katzenstein, Jack, Book Review: Yuen Yuen Ang, *China's Gilded Age: The Paradox of Economic Boom and Vast Corruption*. Cambridge (UK): Cambridge University Press 2020, pp. 257. In: *New York University Journal of International Law & Politics*, Vol. 53 (2021), pp. 1076 et seq.

Kielsgard, Mark D., A Comparative Analysis of the Criminal Exclusionary Rule in the People's Republic of China with the United Kingdom. In: *Asian-Pacific Law and Policy Journal*, Vol. 23 (2021), pp. 67 et seq.

Kwan, Martin, Bail under the Hong Kong National Security Law. In: *Criminal Law Review*, Vol. 6 (2021), pp. 478 et seq.

Lien, Meng-Chi, *Mediation in Strafsachen – Deutschland, Taiwan und China im Vergleich*. Berlin: Duncker & Humblot 2021.

Lin, Mao-hong, A Legal Game of Crime Control: Bifurcation Policy and DUI [Driving Under the Influence] Law in Taiwan. In: *Asian-Pacific Law and Policy Journal*, Vol. 22 (2021), pp. 157 et seq.

Lin, Xifen/Liu, Shihong/Ma, Yong, The Influence of Pre-Conviction Detention on Probation in China. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 363 et seq.

Liu, Yuchen, The Art of Criminal Investigation in China: A Typology of Policing Crimes. In: *China Review*, Vol. 21 (2021), pp. 23 et seq.

Miao, Michelle, Performance Evaluation in the Context of Criminal Justice Reform. In: *Ahl, Björn (ed.)*, *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 235 et seq.

Mou, Yu, Miscarriages of Justice and the Construction of Criminality in the People's Republic of China. In: *Amicus Curiae*, Vol. 2 (2021), pp. 261 et seq.

Pan, Wenbo, Schuld und Prävention bei der Strafzumessung. Eine vergleichende Untersuchung zur deutschen und chinesischen Strafzumessungsdogmatik. Berlin: Duncker & Humblot 2021.

Richards, Jane, Discrimination Against Defendants with Disabilities in the Hong Kong Criminal Justice System: Unfitness to Plead Rules, the Insanity Defence and Disposition Orders. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 875 et seq.

Sprick, Daniel, From Populism to Professionalism. The Media and Criminal Justice in China. In: *Ahl,*

Björn (ed.), *Chinese Courts and Criminal Procedure: Post-2013 Reforms*. Cambridge: Cambridge University Press 2021, pp. 258 et seq.

Su, Zheng/Cao, Xun, Beyond Carrot and Stick: The Effect of Conflict Resolution on Crime Control in China. In: *The British Journal of Criminology*, Vol. 6 (2021), pp. 187 et seq.

Tang, Zhiwei, Zum Transfer der deutschen Strafrechtsdogmatik nach China. Zugleich ein Beitrag zu den methodischen Modellen strafrechtstheoretischer Rezeption. In: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 2020, pp. 980 et seq.

Tian, Chentong, The Sniper in the Rye of Class: Victims' Character Evidence's Discriminatory Effect in China. In: *Women's Rights Law Reporter*, Vol. 43 (2021), pp. 206 et seq.

Tian, Hongjie, Sichtfeld, Entwicklungspfad und Zielbewusstsein. Beobachtungen zur Methodik der chinesischen Strafrechtswissenschaft in den letzten 40 Jahren. In: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 2020, pp. 955 et seq.

Wang, Grace, Hong Kong's Extradition Bill: Implications & Ramifications. In: *Brooklyn Journal of International Law*, Vol. 46 (2021), No. 2, pp. 573 et seq.

Wang, Peng/Su, Mei/Wang, Jingyi, Organized Crime in Cyberspace: How Traditional Organized Criminal Groups Exploit the Online Peer-to-Peer Lending Market in China. In: *The British Journal of Criminology*, Vol. 6 (2021), pp. 303 et seq.

Xiao, Shiling, Chinese Special Confiscation Procedure: Rules, Implementation and Problems. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 1041 et seq.

Yin, Yanhong, The Surrender of Fugitive Offenders between Mainland China, Hong Kong, and Macau: Relevance of the Political Offence Exception? In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 951 et seq.

Zhou, Zunyou, "Residential Surveillance at a Designated Residence": A Special Form of Pre-trial Detention in China's Criminal Procedure. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 102 et seq.

VI. Theory of the State, Sociology, Politics (Staats- und Gesellschaftslehre, Politik)

Baker III, Thomas A./Edelman, Marc/Holden, John T., Global Sports Leagues and China's Free Speech Problem. In: *Tulane Law Review*, Vol. 95 (2021), pp. 821 et seq.

Bhala, Raj, Hong Kong's Democracy, Human Rights, and America's Trade Sanctions. In: *Kansas Journal of Law & Public Policy*, Vol. 30 (2021), pp. 307 et seq.

Bujakowski, Doug/Schmit, Joan T., Economic Structural Transformation and Litigation: Evidence from Chinese Provinces, to Economic Change and Restructuring. In: *DePaul Business & Commercial Law Journal*, Vol. 19 (2021), pp. 97 et seq.

Chan, Cora, Can Hong Kong remain a liberal enclave within China? Analysis of the Hong Kong National Security Law. In: *Public Law* 2021, pp. 271 et seq.

Chang, Wen-Chen/Lin, Chun-Yuan, Taiwan: Democracy, Technology, and Civil Society. In: Ramraj, Victor Vridar (ed.), *COVID-19 in Asia – Law and Policy Contexts*. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 43 et seq.

Cheek, Timothy, Xi Jinping's Counter-Reformation: The Reassertion of Ideological Governance in Historical Perspective. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 875 et seq.

de Jonge, Alice, A Relational Governance Perspective on the Politics of China's Social Credit System for Corporations. In: *Hastings International and Comparative Law Review*, Vol. 44 (2021), pp. 111 et seq.

Dessein, Axel, Book Review: Feng Sun & Wanfa Zhang, *Why Communist China Isn't Collapsing. The CCP's Battle for Survival and State-Society Dynamics in the Post-Reform Era*. Lanham & London: Lexington Books 2020, pp. 252. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 73 (2021), pp. 769 et seq.

Dever, James/Dever, Jack, Information Age Imperialism: China, 'Race,' and Neo-Colonialism in Africa and Latin America. In: *University of Miami Inter-American Law Review*, Vol. 52 (2021), pp. 1 et seq.

Ding, Xiaodong/Zhong, Dale Yuhao, Rethinking China's Social Credit System: A Long Road to Establishing Trust in Chinese Society. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 630 et seq.

Duan, Yihan/Zhang, Guoxi, The Emerging Consciousness of Citizens' Rights in China: Interest Recognition and Generational Variation. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 152 et seq.

Farber, Daniel A./Tsuji, Yuichirol/Jing, Shiyuan, Thinking Globally, Acting Locally: Lessons from the U.S., Japan, and China [re: policies against climate change]. In: *Ohio State Law Journal*, Vol. 82 (2021), pp. 953 et seq.

Gnändiger, Jan-Hendrik/Scharf, Daniela/Schmidt, Pia/Hoffmann, Tobias, Corporate Social Credit System in China – Auswirkungen auf multinationale Unternehmen. In: *Compliance Berater* 2021, pp. 166 et seq.

Groswald Ozery, Tamar, Illiberal Governance and the Rise of China's Public Firms: An Oxymoron or China's Greatest Triumph? In: *University of Pennsylvania Journal of International Law*, Vol. 42 (2021), pp. 921 et seq.

Halliday, Terence C./Zilberstein, Shiral/Espeland, Wendy, Protecting Basic Legal Freedoms: International Legal Complexes, Accountability Devices, and the Deviant Case of China. In: *Annual Review of Law and Social*, Vol. 17 (2021), pp. 159 et seq.

Han, Rongbin, Cyber Nationalism and Regime Support under Xi Jinping: The Effects of the 2018 Consti-

tutional Revision. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 717 et seq.

Ji, Weidong, *Toward the Rule of Law in China – Social Diversification and the Power System*. Cambridge etc.: Cambridge University Press 2021.

Jiang, Min, *Cybersecurity Policies in China*. In: Belli, Luca (ed.), *CyberBRICS – Cybersecurity Regulations in the BRICS Countries*. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 183 et seq.

Jing, Hui, *The Governance of Charities in China*. In: *Asian Journal of Comparative Law*, Vol. 16 (2021), pp. 356 et seq.

Kang, Harold, *Hong Kong and China: Building Bridges Between Two Systems in One Country*. In: *Cardozo Journal of Conflict Resolution*, Vol. 22 (2021), pp. 337 et seq.

Kong, Dongmin / Qin, Ni, *China's Anticorruption Campaign and Entrepreneurship*. In: *Journal of Law & Economics*, Vol. 64 (2021), pp. 153 et seq.

Li, Yao / Elfstrom, Manfred, *Does Greater Coercive Capacity Increase Overt Repression? Evidence from China*. In: *Journal of Contemporary China*. Vol. 30 (2021), pp. 186 et seq.

Liu, Yanpeng, *Well-Conceived Legislation: Perfecting the Legal System*. In: Tian, He / Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 1 et seq.

Liu, Qian, *Qualified to be Deviant: Stigma-Management Strategies among Chinese Leftover Women*. In: *International Journal of Law in Context*, Vol. 17 (2021), pp. 284 et seq.

Lowell, Kirsten S., *The New "Arms" Race: How the U.S. and China are Using Government Authorities in the Race to Control 5G Wearable Technology*. In: *George Mason International Law Journal*, Vol. 12 (2021), pp. 75 et seq.

Ohlberg, Mareike, *Schwarze Listen und Social Credit-Regime in China*. In: Gapski, Harald / Packard, Stephan (eds.), *Super-Scoring? Datengetriebene Sozialtechnologien als neue Bildungsherausforderung*. Munich: Kopaed 2021, pp. 67 et seq.

Ohlberg, Mareike, *Sieben Punkte zu Chinas gesellschaftlichem Bonitätssystem*. In: Gapski, Harald / Packard, Stephan (eds.), *Super-Scoring? Datengetriebene Sozialtechnologien als neue Bildungsherausforderung*. Munich: Kopaed 2021, pp. 53 et seq.

Orgad, Liav / Reijers, Wessel, *How to Make the Perfect Citizen? Lessons from China's Social Credit System*. In: *Vanderbilt Journal of Transnational Law*, Vol. 54 (2021), pp. 1087 et seq.

Pils, Eva, *Complicity in Democratic Engagement with Autocratic Systems*. In: *Ethics & Global Politics*, Vol. 14 (2021), No. 3, pp. 1 et seq.

Potter, Pitman B., *Book Review: William Hurst, Ruling before the Law: The Politics of Legal Regimes in*

China and Indonesia. Cambridge: Cambridge University Press 2018, pp. 316. In: *The China Journal*, Vol. 85 (2021), pp. 180 et seq.

Qu, Hsin-Chel / Weatherall, Mark / Huang, Kai-Ping, *Propagating 'Democracy' in China? A Two-Way Communication Explanation*. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 596 et seq.

Schak, David, *Book Review: Ryan Dunch & Ashley Esarey, Taiwan in Dynamic Transition: Nation Building and Democratization*, edited by Ryan Dunch and Ashley Esarey. Seattle: University of Washington Press 2022, pp. 235. In: *The China Journal*, Vol. 86 (2021), pp. 236 et seq.

Scoggins, Suzanne E., *Policing China: Street-Level Cops in the Shadow of Protest*. New York: Cornell University Press 2021.

Scoggins, Suzanne E., *Propaganda and the Police: The Softer Side of State Control in China*. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 73 (2021), pp. 200 et seq.

Steinhardt, Christoph H., *Defending Stability under Threat: Sensitive Periods and the Repression of Protest in Urban China*. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 511 et seq.

Tian, He / Lv, Yanbin (eds.), *Assessing Government Transparency in China 2019*. Singapore: Springer Singapore 2021.

Tian, He / Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021.

Tian, He / Xu, Bin, *The Rule of Law in Building an Honest and Clean Government: Catching Bother "Flies" and "Tigers"*. In: Tian, He / Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 187 et seq.

Walters, Robert / Novak, Marko, *China*. In: Walters, Robert / Novak, Marko (eds.), *Cyber Security, Artificial Intelligence, Data Protection & the Law*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 287 et seq.

Walters, Robert / Novak, Marko, *Hong Kong*. In: Walters, Robert / Novak, Marko (eds.), *Cyber Security, Artificial Intelligence, Data Protection & the Law*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 133 et seq.

Walters, Robert / Novak, Marko, *Macau*. In: Walters, Robert / Novak, Marko (eds.), *Cyber Security, Artificial Intelligence, Data Protection & the Law*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 171 et seq.

Walters, Robert / Novak, Marko, *Taiwan*. In: Walters, Robert / Novak, Marko (eds.), *Cyber Security, Artificial Intelligence, Data Protection & the Law*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 221 et seq.

Wang, Shucheng, *Hong Kong's Civil Disobedience Under China's Authoritarianism*. In: *Emory International Law Review*, Vol. 35 (2021), pp. 21 et seq.

Wang, Xiaomei, *A Government Under the Rule of Law: Power Contained Within a Cage of Regulation*. In: Tian, He / Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of*

Rule of Law Construction. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 15 et seq.

Wang, Yueduan, Laboratories of Authoritarianism. In: *Stanford Journal of International Law*, Vol. 57 (2021), pp. 137 et seq.

Yu, Yanning, China's Implementation of Its "One Belt One Road" Initiative: Legal Challenges and Regulation by Law. In: *Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy*, Vol. 16 (2021), pp. 121 et seq.

Zhang, Qianfan, Does Authoritarian Legality Work for China? In: John, Matthew/Devaiah, Vishwas/Baruah, Pritam/Tundawala, Moiz/Kumar, Niraj (eds.), *The Indian Yearbook of Comparative Law 2019*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 169 et seq.

Zhang, Qianfan, The Communist Party Leadership and Rule of Law: A Tale of Two Reforms. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 578 et seq.

VII. Public Law and Constitutional Law (Staats- und Verfassungsrecht)

Albrecht, Daniel, New Developments in Chinese Data Protection Law in Contrast to the European GDPR – New requirements for network operators in China. In: *Computer Law Review*, Vol. 22 (2021), pp. 142 et seq.

Avi-Yonah, Michael S., The Nation-State That Never Sets: Hong Kong, Deglobalization, and the Endurance of Nation-States in Protecting Rights. In: *Yale Journal of International Law*, Vol. 46 (2021), No. 2, pp. 325 et seq.

Bantleman, Zoe, Hong Kong BN(O)s Caught between Empires: Crouching Lion, Hidden Dragon. In: *Immigration, Asylum and Nationality Law*, Vol. 35 (2021), pp. 337 et seq.

Bi, Honghai, Old Regulatory Wine in a New Bottle of Technology — A Critical Analysis of China's Social Credit System. In: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 16 (2021), pp. 282 et seq.

Chan, Anita, Book Review: Sarah Biddulph & Joshua Rosenzweig (eds.), *Handbook on Human Rights in China*. Cheltenham: Edward Elgar 2019, pp. 742. In: *The China Journal*, Vol. 85 (2021), pp. 186 et seq.

Chen, Yi Chien, Gender Identity, National Identity and the Right to Self-Determination: The Peculiar Case of Taiwan. In: Jaramillo, Isabel C./Carlson, Laura (eds.), *Trans Rights and Wrongs – A Comparative Study of Legal Reform Concerning Trans Persons*. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 133 et seq.

Chen, Yongxi, Die Entwicklung des Social Credit Systems: zu drei seiner Funktionen aus Sicht des Öffentlichen Rechts. In: Gapski, Harald/Packard, Stephan (eds.), *Super-Scoring? Datengetriebene Sozialtechnologien als neue Bildungsherausforderung*. Munich: Kopaed 2021, pp. 35 et seq.

Da, Lu, Development of the Constitutions in China and the Visegrad States – A Comparative Perspective. Singapore: Springer Singapore 2021.

Dardashti, Mani, Zur Begründung und Tragweite der Menschenwürde am Beispiel der Volksrepublik China und der Islamischen Republik Iran. Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2021.

Davis, Michael C., Beijing's Crackdown on Human Rights and the Rule of Law in Hong Kong. In: *Asia Policy*, Vol. 16 (2021), pp. 57 et seq.

Davis, Michael C., Making Hong Kong China: The Rollback of Human Rights and the Rule of Law. New York: Columbia University Press (2021).

Davis, Michael C., The Rollback of Human Rights and the Rule of Law in Hong Kong. In: *Jamestown China Brief*, Vol. 21 (2021), pp. 15 et seq.

de Silva de Alwis, Rangita/Schroeder, Katherine, The Changing Landscape of Women's Rights Activism in China: The Continued Legacy of the Beijing Conference. In: *UCLA Women's Law Journal*, Vol. 28 (2021), pp. 7 et seq.

Diamant, Neil Jeffrey, Useful Bullshit – Constitutions in Chinese Politics and Society. Ithaca etc.: Cornell University Press 2021.

Erie, Matthew S./Streinz, Thomas, The Beijing Effect: China's Digital Silk Road as Transnational Data Governance. In: *New York University Journal of International Law & Politics*, Vol. 54 (2021), pp. 1 et seq.

Feng, Yang, The Future of China's Personal Data Protection Law: Challenges and Prospects. In: *Asia Pacific Law Review*, Vol. 27 (2019), pp. 62 et seq.

Hargreaves, Stuart, Past as Prologue: Intercept & Surveillance Rules Under Hong Kong's National Security Law. In: *Santa Clara Journal of International Law*, Vol. 20 (2021), pp. 48 et seq.

Huang, Robin Hui/Han, Qiang/Zhu, Xiuwen, Protecting Data Privacy for Mobile Payments Under the Chinese Law: Comparative Perspectives and Reform Suggestions. In: *Chicago-Kent Journal of Intellectual Property*, Vol. 20 (2021), pp. 226 et seq.

Kinzelbach, Katrin, Weißbuch Menschenrechte in China (1991). In: Stahl, Daniel (ed.), *Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Band 2: Kommentierte Schlüsseltexte*. Göttingen: Wallstein 2021, pp. 307 et seq.

Lee, Chien-Liang, 70 Jahre Verfassung für die Republik China in Taiwan – Innenansicht des taiwanesischen Verfassungsrechts anhand der Verfassungsrechtsprechung. In: von Bar, Christian/Shin, Yu-Cheol/Stolleis, Michael (eds.), *Innenansichten des deutschen und ostasiatischen Rechts*. Tübingen: Mohr Siebeck 2021, pp. 35 et seq.

Lee, Chien-Liang, Krise als Chance – das taiwanesische Corona-Management auf dem Prüfstand demokratisch-rechtsstaatlicher Verfassungsmaximen. In: *Die Öffentliche Verwaltung*, 2021, No. 17, pp. 767 et seq.

Lee, Li-Ju, The Fight Against Poverty and the Right to Development in Taiwan. In: Andenæs, Mads Tønnes-

son/Perelman, Jeremy/Scharling, Christian (eds.), *The Fight Against Poverty and the Right to Development*. Cham etc.: Springer 2021, pp. 287 et seq.

Lee, Tsung-Ling, The Rise of Technocracy and the Covid-19 Pandemic in Taiwan: Courts, Human Rights, and the Protection of Vulnerable Populations. In: *German Law Journal*, Vol. 22 (2021), pp. 1115 et seq.

Liu, Ching-Yi/Li, Wei-Ping/Tu, Yun-Pu, Privacy Perils of Open Data and Data Sharing: A Case Study of Taiwan's Open Data Policy and Practices. In: *Washington International Law Journal*, Vol. 30 (2021), pp. 545 et seq.

Lu, Yiyi, Negotiating the Right to Information: Citizen-Government Interactions in the Implementation of the Regulations on Open Government Information in China. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 73 (2021), pp. 81 et seq.

Luo, Yan/Guo, Rui, Facial Recognition in China: Current Status, Comparative Approach and the Road Ahead. In: *University of Pennsylvania Journal of Law and Social Change*, Vol. 25 (2021), pp. 153 et seq.

Mao, Wenzheng/Qiao, Shitong, Legal Doctrine and Judicial Review of Eminent Domain in China. In: *Law & Social Inquiry*, Vol. 46 (2021), pp. 826 et seq.

Pils, Eva, China and the Threat to Global Academic Freedom. In: *Frangville, Vanessa/Merlin, Aude/Sfeir, Jihane/Vandamme, Pierre-Etienne* (eds.), *La Liberté Académique dans tous ses États: Enjeux et Menaces*. Brussel: Presses Universitaires de Bruxelles 2021, pp. 155 et seq.

Pils, Eva, Chinas Einfluss auf die Menschenrechte. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 2021, pp. 110 et seq.

Pils, Eva, China's Human Rights Lawyers: Rifts and Schisms in an Era of Global Human Rights Backlash. In: *Made in China*, Vol. 6 (2021), pp. 108 et seq.

Pils, Eva/Weber, Ralph, Chinas alternative Weltordnung: Neue Entwicklungen und alte Fragestellungen zum politischen Wesen der Menschenrechte. In: *Zeitschrift für Europarecht*, Vol. 23 (2021), pp. 182 et seq.

Rettinger, Lizzy, The Human Rights Implications of China's Social Credit System. In: *Journal of High Technology Law*, Vol. 21 (2021), pp. 1 et seq.

Singh, Akum K., China's Passing of the National Security Law in Hong Kong and its Effect on Global Business. In: *Rutgers Business Law Review*, Vol. 17 (2021), pp. 89 et seq.

Smith, Ross, Corporate Violations of Human Rights: Addressing the Coordinated Surveillance and Persecution of the Uyghur People by the Chinese State and Chinese Corporations. In: *Georgia Journal of International and Comparative Law*, Vol. 49 (2021), pp. 641 et seq.

Son, Bui Ngoc, China's Comparative Constitution. In: *Vanderbilt Journal of Transnational Law*, Vol. 54 (2021), No. 1, pp. 1 et seq.

Stark, Rebecca, China's Use of Artificial Intelligence in their War Against Xinjiang. In: *Tulane Journal of International and Comparative Law*, Vol. 29 (2021), No. 1, pp. 153 et seq.

Xiao, Jianwen/Sun, Qian/Liu, Renwen/Liu, Huawen/Wang, Yiming, The Rule of Law in Human Rights: For the Purpose of Safeguarding Human Dignity. In: *Tian, He/Lv, Yanbin* (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021, pp. 163 et seq.

Xie, Libin, Innenansicht des chinesischen Verfassungsrechts. In: *von Bar, Christian/Shin, Yu-Cheol/Stolleis, Michael* (eds.), *Innenansichten des deutschen und ostasiatischen Rechts*. Tübingen: Mohr Siebeck 2021, pp. 84 et seq.

Xu, Feng/Liu, Qian, China: Community Policing, High-Tech Surveillance, and Authoritarian Durability. In: *Ramraj, Victor Vridar* (ed.), *COVID-19 in Asia – Law and Policy Contexts*. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 27 et seq.

Yeon Thomas K. Y., Comparative Constitutional and Administrative Law in Hong Kong: In Search of Coherence. In: *Public Law* 2021, pp. 261 et seq.

Yu, Lu/Ahl, Björn, China's Evolving Data Protection Law and the Financial Credit Information System: Court Practice and Suggestions for Legislative Reform. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 287 et seq.

VIII. Administrative Law (Allgemeines Verwaltungsrecht)

Chen, Tianhao, Le nouveau Code civil vu du droit administratif chinois. In: *La semaine juridique. Édition Générale*, Vol. 95 (2021), No. 29 + (supplément), pp. 69 et seq.

Jing, Wang, Judicial Review of Regulatory Documents in Administrative Litigation in China. In: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 16 (2021), pp. 328 et seq.

Peng, Chun, Beyond Government Transparency in China? The Challenges to Open Public Enterprises and Institutions. In: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 16 (2021), pp. 214 et seq.

Röseler, Sandra Michelle, Grundlagen des Rechts der Verwaltungsvereinbarungen – Zugleich eine Einführung in die neuen Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Behandlung von Fällen der Verwaltungsvereinbarung vom 27.11.2019. In: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, Vol. 28 (2021), pp. 184 et seq.

Wang, Han-Ching, A Study on Administrative Litigation Settlement in Taiwan on the Experience of the *Qualcomm v. Fair Trade Commission* Case. In: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 16 (2021), pp. 428 et seq.

IX. Administrative Law – Individual Branches (Besonderes Verwaltungsrecht)

Chen, Ruoyul/Zhang, Xingjiang, The Landscape of Non-state Actors and China Environmental Governance: Illustrative Roadmaps to Processes and Institutions. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 55 et seq.

Cheng, Xiezhong, Soft Law in the Prevention and Control of the COVID-19 Pandemic in China: Between Legality Concerns and Limited Participatory Possibilities. In: European Journal of Risk Regulation, Vol. 12 (2021), pp. 7 et seq.

deLisle, Jacques/Kui, Shen, China's Response to COVID-19. In: Administrative Law Review, Vol. 73 (2021), pp. 19 et seq.

Gallagher, Steven Brian, Protecting Built Heritage in Hong Kong. Singapore: Springer Singapore 2021.

Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R., Introduction. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 3 et seq.

Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021.

Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R., The State, Nonstate Actors, and China's Environmental Performance: Setting the Stage. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 17 et seq.

Ho, Calvin W. L./Cheung, Daisy, Hong Kong: The Healthcare Professions and the Outbreak. In: Ramraj, Victor Vridar (ed.), COVID-19 in Asia – Law and Policy Contexts. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 251 et seq.

Höft, Kay, Das neue Exportkontrollgesetz der VR China im Überblick. In: Zeitschrift für Chinesisches Recht, Vol. 28 (2021), No. 1, pp. 25 et seq.

Hsu, Chiao-Ching, Rechtliche Grundlagen der Alternativen Bildung in Taiwan. Die Bildungsverfassung als Ausgangspunkt. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 2021, pp. 139 et seq.

Hyatt, Conor J., Hong Kong Small House Policy: Modernity, Crisis Morality & Policies for Repair. In: Cardozo International & Comparative Law Review, Vol. 4 (2021), pp. 763 et seq.

Liu, Lingxuan, Green Supply Chain Initiatives in China: The Roles of Nonstate Actors. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 279 et seq.

Logan, Kate, Extending Enforcement: How the Institute of Public and Environmental Affairs Leverages

Public Information to Strengthen Environmental Governance. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 151 et seq.

Mercurio, Bryan/Zhang, Yuanyuan, As Makeshift as We Are: Hong Kong's Pragmatic Approach to Nutrition Claims. In: U.C. Davis Journal of International Law and Policy, Vol. 27 (2021), pp. 261 et seq.

Price, Lydia J., The Governance Effect of Environmental CSR Reporting in China: State and Non-State Facilitation. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 93 et seq.

Pyo, Grace, An Alternate Vision: China's Cybersecurity Law and Its Implementation in the Chinese Courts. In: Columbia Journal of Transnational Law, Vol. 60 (2021), pp. 228 et seq.

Renninger, Philipp, Ex oriente lux, ex occidente lex? Lehren aus Chinas COVID-19-Management für den deutschsprachigen Raum. In: Deutsches Verwaltungsblatt 2021, pp. 361 et seq.

Spencer, Michael/Xu, Zhenzhen, Water Stewardship: Engaging Business, Civil Society and Government in Collaborative Solutions to China's Freshwater Challenges. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 193 et seq.

Sun, Xiaopu/Ferris, Richard, Non-industry and Non-state Actors Contribution in the Standard Drafting Process: Examples from the Development of China Room Air Conditioner Standards. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 225 et seq.

Sun, Yixian, In the Shadow of the State: The Rise and Limits of Transnational Private Certification in China's Seafood Sector. In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 249 et seq.

Wilson, Nicholas, Minding Your Noggin: A Comparative Analysis of Mental Health Care Law in the U.S., U.K., and China. In: Transnational Law & Contemporary Problems, Vol. 30 (2021), pp. 157 et seq.

Wu, Guogang, Spread of Information versus Spread of Virus: China, Taiwan, and Hong Kong. In: Ramraj, Victor Vridar (ed.), COVID-19 in Asia – Law and Policy Contexts. Oxford: Oxford University Press 2021, pp. 75 et seq.

Zhang, Juan, Will China Industrial Organizations Succeed in Addressing the "Trust Deficit" Arising from Global Supply Chain Governance? In: Guttman, Dan/Jing, Yijia/Young, Oran R. (eds.), Non-state Actors in

China and Global Environmental Governance. London: Palgrave Macmillan 2021, pp. 125 et seq.

X. Economic Law (Wirtschaftsrecht)

Cao, Lijun, Chinese SOEs and Their Investments Along the Belt and Road. In: Moser, Michael J./ Bao, Chiann (eds.), *Managing "Belt and Road" Business Disputes – A Case Study of Legal Problems and Solutions*. Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2021, pp. 209 et seq.

Chang, Robertal Gong, Sherry/ Muotoh, Ogechil Robinson, Steven, Doing Education Business in China. In: *The Journal of College University Law*, Vol. 46 (2021–2022), pp. 172 et seq.

Chen, Fa, Variable Interest Entity Structures in China: Are Legal Uncertainties and Risks to Foreign Investors Part of China's Regulatory Policy? In: *Asia Pacific Law Review*, Vol. 29 (2021), pp. 1 et seq.

Fang, Xiaomin, Innenansicht des chinesischen Wirtschaftsrechts – Vierzig Jahre Chinesisches Wirtschaftsrecht. In: von Bar, Christian/Shin, Yu-Cheol/Stolleis, Michael (eds.), *Innenansichten des deutschen und ostasiatischen Rechts*. Tübingen: Mohr Siebeck 2021, pp. 263 et seq.

Huang, Robin Hui, Fintech regulation in China – Principles, Policies and Practices. Cambridge etc.: Cambridge University Press 2021.

Huang, Robin Hui, The U.S.-China Audit Oversight Dispute: Causes, Solutions, and Implications for Hong Kong. In: *The International Lawyer*, Vol. 54 (2021), pp. 151 et seq.

Kipker, Dennis-Kenji Unternehmerische IT-Compliance in China: Cybersecurity und Künstliche Intelligenz. In: Bittner, Marc-Philipp/Guntermann, Anabel/Müller, Christoph Benedikt/Rostam, Darius (eds.), *Cybersecurity als Unternehmensleitungsaufgabe*. Baden-Baden etc.: Nomos Verlagsgesellschaft 2021, pp. 83 et seq.

Kong, Qingjiang/ Chen, Cherry Kaiyuan, Foreign Investment Screening in China. In: Hindelang, Stefan/Moberg, Andrea (eds.), *YSEC Yearbook of Socio-Economic Constitutions 2020 – A Common European Law on Investment Screening (CELIS)*. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 403 et seq.

Kowallik, Andreas L., Compliance in einer digitalen Welt. Das neue Sozialkreditsystem in China. Übersicht, Bedeutung für Unternehmen, Relevanz im CMS [Compliance-Management-System] und Tax CMS. In: *Der Betrieb* 2021, pp. 252 et seq.

Kubasek, Nancy/Browne, M. Neill/Smith, Samuel Rich, Phil, The Private-Public Nexus and Renewable Energy: United States, Germany, and China. In: *LSU Journal of Energy Law and Resources*, Vol. 9 (2021), No. 2, pp. 407 et seq.

Marco Colino, Sandra, The Internationalization of China's Foreign Direct Investment Laws. In: *Fordham International Law Journal*, Vol. 45 (2021), pp. 275 et seq.

Martinek, Madeleine, Warenaustausch zwischen China und Deutschland. Die europäische CE-Kennzeichnung und das chinesische CCC-Verfahren im Vergleich. In: Lorz, Sigrid/Regenfus, Thomas/Röthel, Anne/Sprengler, Hans-Dieter (eds.), *Recht, Sport, Technik und Wirtschaft in mehrdimensionalen Perspektiven – liber amicorum für Klaus Vieweg zum 70. Geburtstag*. Berlin: Duncker & Humblot 2021, pp. 395 et seq.

Parasol, Max, AI Development and the 'Fuzzy Logic' of Chinese Cyber Security and Data Laws. Cambridge: Cambridge University Press 2021.

Scheil, Jörg-Michael, Ausländische Investitionen in China nach der neuen gesetzlichen Regelung: Neugründungen und Reorganisation bestehender Unternehmen. In: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, Vol. 28 (2021), pp. 5 et seq.

Sykes, Alan O. The Law and Economics of "Forced" Technology Transfer and Its Implications for Trade and Investment Policy (and the U.S.–China Trade War). In: *Journal of Legal Analysis*, Vol. 13 (2021), pp. 127 et seq.

Tseng, Wang-Ruu, Development of Crowdfunding in Taiwan. In: Kleiner, Caroline (eds.), *Legal Aspects of Crowdfunding*. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 451 et seq.

Wiendieck, Sebastian/Stark, Peter, Länderreport VR China. In: *Recht der internationalen Wirtschaft* 2021, pp. 721 et seq.

Xue, Janet Hui, Algorithmic Vulnerability in Deploying Vaccination Certificates in the European Union and China. In: *European Journal of Risk Regulation* 2021, pp. 332 et seq.

Yao, Jia, The Rule of Law in Economic Affairs: Escorting a New Normal of China's Economy. In: Tian, He/Lv, Yanbin (eds.), *The Chinese Path of Rule of Law Construction*. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 111 et seq.

You, Henry Z. Y., A New Era for Foreign Investment in China: Opportunities or Challenges? In: *Company Lawyer*, Vol. 42 (2021), pp. 201. et seq.

Zhang, Shouwen, China Perspectives: Distributive Institutions – The View of Economic Law. London etc.: Routledge 2021.

Zhong, Hui, The Regulation of the Art Market in China. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 669 et seq.

XI. Traffic Laws (Verkehrsrecht)

Lee, Chien-Liang, Staatliche Regulierung der Sharing Economy im digitalen Zeitalter mit Fokus auf die „Uber“-Regulierungen in Taiwan. In: Chan, Chen-Jung/Ennuschat, Jörg/Lee, Chien-Liang/Storr, Stefan (eds.), *Öffentliches Wirtschaftsrecht im digi-*

talen Zeitalter – taiwanesisch-österreichisch-deutsche Tagungen zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021, pp. 39 et seq.

XII. Financial Laws and Taxation (Finanz- und Steuerrecht)

Ahn, Dukgeun/Orden, David, China – Domestic Support for Agricultural Producers: One Policy, Multiple Parameters Imply Modest Discipline. In: *World Trade Review*, Vol. 20 (2021), pp. 389 et seq.

Huang, Robin Huil/Lam, Abby Oi Ling/Yu, Anthea Wing Ting/Wang, Christine Menglu, The Development and Regulation of Mobile Payment: Chinese Experiences and Comparative Perspectives. In: *Washington University Global Studies Law Review*, Vol. 20 (2021), pp. 1 et seq.

Huang, Robin Huil/Wang, Christine Menglu, The Fall of Online P2P Lending in China: A Critique of the Central-Local Co-Regulatory Regime. In: *Banking & Finance Law Review*, Vol. 36 (2021), pp. 481 et seq.

Ji, Xueliang/Chaisse, Julien, Rethinking Hong Kong's Tax Agreements: Challenges of Transparency, Harmonisation and Global Tax Reform. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 405 et seq.

Lee, Emily, Digital Financial Inclusion: Observations and Insights from Hong Kong's Virtual Banks. In: *Law and Contemporary Problems*, Vol. 84 (2021), pp. 95 et seq.

Li, Jing, Besonderheiten der Verrechnungspreisermittlung bei Geschäftsbeziehungen mit China. In: *Flick Gocke Schaumburg (ed.)*, Vielfalt in der Steuerzentrierten Rechtsberatung. Köln: Verlag Dr. Otto Schmidt 2020, pp. 109 et seq.

Li, Shang/Miederhoff, Markus, Öffnungstendenzen im chinesischen Asset-Management-Markt. In: *Recht der Finanzinstrumente*, 2021, pp. 92 et seq.

Li, Xiaoran, Regulating Credit Default Swaps in China in the Context of Global Credit Crisis. In: *Journal of International Banking Law and Regulation*, Vol. 36 (2021), pp. 333 et seq.

Lin, Shaowei, China's Shadow Banking: In the Post-Pandemic Era. In: *Journal of International Banking Law and Regulation*, Vol. 36 (2021), pp. 413 et seq.

Qin, Zhou, Re-Evaluating the Information Disclosure Mechanism in the Sale of Bank-Issued Wealth Management Products in China. *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 691 et seq.

Stanton, Thomas H., Book Review: Conceptualizing the Regulatory Thicket: China's Financial Markets after the Global Financial Crisis by Wei Shen. In: *Banking & Finance Law Review*, Vol. 36 (2021), pp. 551 et seq.

Wang, Jingyi/Chow, Wilson W. S., The Reformed Individual Income Tax Law in China: A Move Towards Equity? In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 249 et seq.

Wei, Shen/Slawotsky, Joel, Renminbi-Centric Global Financial System: China's Statecraft and Multi-Polarity. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 737 et seq.

Xiao, Shanyun/Adekola, Tolulope Anthony, Investment Robo-Advisors: Some Reflections on China's Regulatory Experience. In: *Banking & Finance Law Review*, Vol. 37 (2021), pp. 127 et seq.

Xu, Yan, VAT Compliance Burdens in the OECD and China. In: *British Tax Review*, Vol. 3 (2021), pp. 328 et seq.

Zhou, Xuan, Tax Aspects of PRC Red-Chip Structures. In: *Journal of International Taxation*, Vol. 32 (2021), pp. 47 et seq.

XIII. Labour Law (Arbeitsrecht)

Chen, Feng, Contesting for Legitimacy: Worker Representation in Collective Bargaining in Guangdong. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 30 (2021), pp. 136 et seq.

XIV. Social Legislation (Sozialrecht)

Li, Yanjie, The Rule of Law in Social Affairs: Alleviating the Problems Related to People's Livelihoods. In: *Tian, He/Lv, Yanbin (eds.)*, The Chinese Path of Rule of Law Construction. Singapore: Springer Singapore 2021. pp. 129 et seq.

Tsai, Ya-Chu, Zugang zu Sozialleistungen in Taiwan. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021.

XV. Public International Law (Völkerrecht)

Abendin, Simon/Duan, Pingfang, Global E-Commerce Talks at the WTO: Positions on Selected Issues of the United States, European Union, China, and Japan. In: *World Trade Review*, Vol. 20 (2021), pp. 707 et seq.

Anonymous, Why Corporations Should Be Held Liable for China's Crimes Against Humanities in Xinjiang: Seeking Civil and Criminal Solutions. In: *Iowa Law Review*, Vol. 106 (2021), pp. 1007 et seq.

Ballantyne, Alana E., Film in Crisis: Why Pushing Back Against Censorship in Film Should be a Central Component of International Trade Policy with China and Saudi Arabia. In: *Michigan State International Law Review*, Vol. 29 (2021), pp. 1 et seq.

Brady, Anne-Marie/Higashi, Hiromichi, How to Give China Face Yet Not Bow to Pressure: Albania's Delicate Balancing Act with China. In: *Brady, Anne-Marie/Thorhallsson, Baldur (eds.)*, Small States and the New Security Environment. Cham etc.: Springer International Publishing 2021, pp. 41 et seq.

Brauneck, Jens, Menschenrechte des EU-China-Investitionsabkommens am Beispiel des CAI [Comprehensive Agreement on Investment]. Handelshemmnis oder Exportschlager? In: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 2021, pp. 750 et seq.

- Briglia, Makenzie D.**, Big Brother Xi: How China's Surveillance of the Uyghur Population Violates International Law. In: George Washington International Law Review, Vol. 53 (2021), No. 1, pp. 85 et seq.
- Burnay, Matthieu/Pils, Eva**, Human Rights, China and the UN. In: Amicus Curiae, Vol. 2 (2021), No. 2, pp. 244 et seq.
- Cai, Congyan**, China's Position and Practice Concerning Unilateral Sanctions. In: Beaucillon, Charlotte (ed.), Research Handbook on Unilateral and Extraterritorial Sanctions. Cheltenham etc.: Edward Elgar Publishing 2021, pp. 70 et seq.
- Chang, Yen-Chiang/Zhang, Xudong/Liu, Shuang**, Is There a Need for a Regional Fishery Agreement in the South China Sea? In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 573 et seq.
- Chen, Yu Jie**, "Authoritarian International Law" in Action? Tribal Politics in the Human Rights Council. In: Vanderbilt Journal of Transnational Law, Vol. 54 (2021), No. 5, pp. 1203 et seq.
- Chow, Daniel C.K.**, China's Defense of Its Human Rights Policies. In: Penn State Journal of Law & International Affairs, Vol. 10 (2021), pp. 1 et seq.
- d'Aspremont, Jean/Zhang, Binxin**, China and International Law: Two Tales of an Encounter. In: Leiden Journal of International Law, Vol. 34 (2021), pp. 899 et seq.
- Eder, Thomas Stephan**, China and International Adjudication – Caution, Identity Shifts, and the Ambition to Lead. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021.
- Erie, Matthew S.**, China and Comparative International Law: Between Social Science and Critique. In: Chicago Journal of International Law, Vol. 22 (2021), pp. 59 et seq.
- Evenett, Simon J.**, Economic Statecraft: Is there a Sub-National Dimension? Evidence from United States – China Rivalry. In: World Trade Review, Vol. 20 (2021), pp. 220 et seq.
- Fandl, Kevin J.**, Is China's Rise the WTO's Demise? In: Georgetown Journal of International Law, Vol. 52 (2021), pp. 575 et seq.
- Fischer, Thomas**, Seeking International Relief for Uyghurs in China. In: Washington University Global Studies Law Review, Vol. 20 (2021), pp. 253 et seq.
- Fox, Alex**, China's Crimes Against Humanity Upon the Uyghur People Under the Rome Statute of the International Criminal Court. In: Loyola University Chicago International Law Review, Vol. 17 (2021), pp. 131 et seq.
- Gantz, David A.**, North America's Shifting Supply Chains: USMCA [U.S. – Mexico – Canada Agreement], COVID-19, and the U.S.-China Trade War. In: The International Lawyer, Vol. 54 (2021), pp. 121 et seq.
- Gao, Herny**, WTO Reform: A China Round? In: American Society of International Law, Annual Meeting 114. Washington D.C. etc.: American Society of International Law 2021, pp. 23 et seq.
- Glauber, Joseph/Lester, Simon**, China – Tariff Rate Quotas for Certain Agricultural Products. Against the Grain: Can the WTO Open Chinese Markets? A Contaminated Experiment. In: World Trade Review, Vol. 20 (2021), pp. 405 et seq.
- Goldenziel, Jill I.**, Law as a Battlefield: The U.S., China, and the Global Escalation of Lawfare. In: Cornell Law Review, Vol. 106 (2021), pp. 1085 et seq.
- Hamza, Ayat G.**, Bolstering the Role of U.N. Treaty Bodies: A Possible Solution to the Chinese Uyghur Crisis with Potentially Far-Reaching Implications. In: North Carolina Journal of International Law, Vol. 46 (2021), pp. 505 et seq.
- Hu, Henan**, A Philosophical Inquiry into the Concept of Territorial Sovereignty: A New Analytical Framework of the Territorial Disputes in the China Seas. In: Cardozo International & Comparative Law Review, Vol. 4 (2021), pp. 463 et seq.
- Huang, Hai-Ning (Helen)**, Localization of Taiwan Offshore Wind Industry and Onward: Critiques and Recommendations for Its Policy Design Through the Lens of WTO Law. In: Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy, Vol. 16 (2021), pp. 59 et seq.
- Kinzelbach, Katrin**, Was will China im UN-Menschenrechtsrat? In: Vereinte Nationen 2020, pp. 255 et seq.
- Kong, Qingjiang/Chen, Li**, Will China Redefine International Trade Norms? In: Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy, Vol. 16 (2021), pp. 219 et seq.
- Lapres, Daniel Arthur**, The Framework in Public International Law for Determining the Responsibility of the People's Republic of China in Connection with the Covid-19 Pandemic. In: International Business Law Journal (2021), pp. 385 et seq.
- Leddy, Kevin**, Competing Claims: The Developing Role of International Law and Unilateral Challenges to Maritime Claims in the South China Sea. In: Vanderbilt Journal of Transnational Law, Vol. 54 (2021), pp. 785 et seq.
- Lee, Tsung-ling**, The 2005 International Health Regulations: Taiwan, Compliance and the Exclusion Paradox. In: Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy, Vol. 16 (2021), pp. 1 et seq.
- Louis, Michael**, Dixie Mission II: The Legality of a Proposed U.S. Military Observer Group to Taiwan. In: Asian-Pacific Law and Policy Journal, Vol. 22 (2021), pp. 75 et seq.
- Liang, Zhuo**, Chinese Perspectives on the Ad Bellum/In Bello Relationship and a Cultural Critique of the Ad Bellum/In Bello Separation in International Humanitarian Law. In: Leiden Journal of International Law, Vol. 34 (2021), pp. 291 et seq.

- Ma, Ying-jeou/Chen, Chun-i/Hsieh Pasha L.*, Chinese (Taiwan) Yearbook of International Law and Affairs: Contributing to the Grotian Moment in Asia. In: Spijkers, Otto/Wouter G. Werner/Wessel, Ramses A. (eds.), Netherlands Yearbook of International Law 2019 – Yearbooks in International Law: History, Function and Future. The Hague: T.M.C. Asser Press 2021, pp. 99 et seq.
- McDaniel, Christine/Vermulst, Edwin*, United States – Certain Methodologies and Their Application to Anti-Dumping Proceedings Involving China: Re-Litigating through the Backdoor? In: World Trade Review, Vol. 20 (2021), pp. 546 et seq.
- Nelson, Douglas*, How do You Solve a Problem Like Maria? US – Countervailing Measures (China) ([Article] 21.5 [Dispute Settlement Understanding]). In: World Trade Review, Vol. 20 (2021), pp. 556 et seq.
- Odom, Jonathan G.*, The Value and Viability of the South China Sea Arbitration Ruling: The U.S. Perspective 2016 – 2020. In: International Law Studies, Vol. 97 (2021), pp. 122 et seq.
- Oh, Seung-Youn*, China's Race to the Top: Regional and Global Implications of China's Industrial Policy. In: World Trade Review Vol. 20 (2021), pp. 169 et seq.
- Park, Tae Jung*, Missing Reservation Lists in China's International Investment Agreements. In: Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy, Vol. 16 (2021), pp. 99 et seq.
- Pedrozo, Raul*, China's Container Missile Deployments Could Violate the Law of Naval Warfare. In: International Law Studies, Vol. 97 (2021), pp. 1160 et seq.
- Pedrozo, Raul*, China's Revised Maritime Traffic Safety Law. In: International Law Studies, Vol. 97 (2021), pp. 956 et seq.
- Petersen, Carole J.*, The Disappearing Firewall: International Consequences of Beijing's Decision to Impose a National Security Law and Operate National Security Institutions in Hong Kong. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 50 (2020) pp. 633 et seq.
- Pogies, Christian*, Oceans of Cynicism? Norm-Genesis, Lawfare and the South China Sea Arbitration Case. In: Baade, Björnstjern/Burchardt, Dana/Feihle, Prisca/Köppen, Alicia/Mührel, Linus/Riemer, Lena/Schäfer, Raphael (eds.), Cynical International Law? Abuse and Circumvention in Public International and European Law. Berlin etc.: Springer 2021, pp. 143 et seq.
- Potter, Pitman B.*, Exporting Virtue? – China's International Human Rights Activism in the Age of Xi Jinping. Vancouver etc.: UBC Press 2021.
- Quirk, Sean*, Lawfare in the Disinformation Age: Chinese Interference in Taiwan's 2020 Elections. In: Harvard International Law Journal, Vol. 62 (2021), No. 2, pp. 525 et seq.
- Ran, Guo*, China's Cooperative Protection of Underwater Cultural Heritage in the South China Sea. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 1075 et seq.
- Rossi, Christopher*, Interstitial Space and the High Himalayan Dispute between China and India. Harvard International Law Journal, Vol. 62 (2021), pp. 429 et seq.
- Schmitz, Cassidy*, TRIPing on Trade Secrets: How China's Cybertheft of U.S. Trade Secrets Violated TRIPS. In: American University International Law Review, Vol. 36 (2021), pp. 929 et seq.
- Shaffer, Gregory*, Governing the Interface of U.S.-China Trade Relations. In: American Journal of International Law, Vol. 115 (2021), pp. 622 et seq.
- Shen, Wei*, Decoding Chinese Bilateral Investment Treaties. New York: Cambridge University Press 2021.
- Shulman, Mark R.*, Book Review: Congyan Cai, The Rise of China and International Law: Taking Chinese Exceptionalism Seriously. Oxford (UK): Oxford University Press 2019, pp. 376. In: Columbia Journal of Transnational Law, Vol. 60 (2021), pp. 217 et seq.
- Skordas, Achilles*, Authoritarian Global Governance? The Russian-Chinese Joint Statement of March 2021. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 81 (2021), pp. 293 et seq.
- Song, Junrong/Han, Min*, Investment Treaty Arbitration. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), Chinese Private International Law. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 235 et seq.
- Sun, Jin*, International Bank Settlement in China and Unilateral Sanctions-related Disputes: Sources, Remedies and Procedures. In: Beaucillon, Charlotte (ed.), Research Handbook on Unilateral and Extraterritorial Sanctions. Cheltenham etc.: Edward Elgar Publishing 2021, pp. 323 et seq.
- Synder, Francis*, EU, China, and Technical Standards in the Belt and Road Initiative (BRI): Extraterritoriality or Transnational Governance? In: Cunha Rodrigues, Nuno (ed.), Extraterritoriality of EU Economic Law – The Application of EU Economic Law Outside the Territory of the EU. Cham: Springer International Publishing 2021, pp. 175 et seq.
- Tamada, Dai/Zou, Keyuan (eds.)*, Implementation of the United Nations Convention on the Law of the Sea – State Practice of China and Japan. Singapore: Springer Singapore 2021.
- Tang, Zheng/Huo, Zhengxin*, COVID-19 Litigation and China's Sovereign Immunity. In: Hong Kong Law Journal, Vol. 51 (2021), pp. 1013 et seq.
- Vaccaro-Incisa, G. Matteo*, China's Treaty Policy and Practice in International Investment Law and Arbitration. Leiden etc.: Brill Nijhoff 2021.
- Vecellio Segate, Riccardo*, Protecting Cultural Heritage by Recourse to International Environmental Law: Chinese Stances on Faultless State Liability. In: Hastings Environmental Law Journal, Vol. 27 (2021), pp. 153 et seq.

Votey, Maxwell R., Book Review: Justin M. Jacobs, *The Compensations of Plunder: How China Lost its Treasures*. Chicago: The University of Chicago Press 2020, pp. 348. In: *New York University Journal of International Law & Politics*, Vol. 53 (2021), pp. 740 et seq.

Wang, Chenxi, Departmental Protectionism and Local Protectionism in China's WTO Disputes. In: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 51 (2021), pp. 273 et seq.

Wang, Heng, How to Assess Regional Trade Agreements? Deep FTAs v. China's Trade Agreements. In: *The International Lawyer*, Vol. 54 (2021), pp. 247 et seq.

Wang, Jiangyu, China. In: I, Seog U / Wang, Jiangyu / Kanehara, Atsuko / Battogtokh, Javzandolgor / Wang, Dustin Kuang-Hsiung / Wang, Blake C. Y. (eds.), *Encyclopedia of Public International Law in Asia – Northeast Asia*. Leiden: Brill Nijhoff 2021, pp. 1 et seq.

Wang, Jiangyu/Hewett, Dawn Yamane, U.S.-China Trade Relations in the Biden Era: Trade War, Industrial Policy, and Rule-Based International Order. In: *Proceedings of the American Society of International Law*, Vol. 115 (2021), pp. 315 et seq.

Wang, Kuan-Hsiung/Wang, Blake C.Y., Taiwan. In: I, Seog U / Wang, Jiangyu / Kanehara, Atsuko / Battogtokh, Javzandolgor / Wang, Dustin Kuang-Hsiung / Wang, Blake C. Y. (eds.), *Encyclopedia of Public International Law in Asia – Northeast Asia*. Leiden: Brill Nijhoff 2021, pp. 509 et seq.

White, Bret Austin, Reordering the Law for a China World Order: China's Legal Warfare Strategy in Outer Space and Cyberspace. In: *Journal of National Security Law & Policy*, Vol. 11 (2021), pp. 435 et seq.

Wu, Chien-Huei, Sovereignty Fever: The Territorial Turn of Global Cyber Order. In: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, Vol. 81 (2021), pp. 651 et seq.

Wu, Chien-Huei/Liao, Po-Hsiang, Treaty Validity After Diplomatic Cutoff: The Case of the Taiwan-Panama Free Trade Agreement. In: *Indiana Journal of Global Legal Studies*, Vol. 28 (2021), pp. 293 et seq.

Yang, Cuibai/Zhang, Qianwen, Legal Study on China's Sovereignty over the Nansha Islands. Singapore: Springer Singapore 2021.

Yu, Yanning, China's Implementation of Its "One Belt One Road" Initiative: Legal Challenges and Regulation by Law. In: *Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy*, Vol. 16 (2021), pp. 121 et seq.

Zhang, Hongwei, Incorporating the CRC in China. In: Kilkelly, Ursula / Lundy, Laura / Byrne, Bronagh (eds.), *Incorporating the UN Convention on the Rights of the Child into National Law*. Cambridge etc.: Intersentia 2021, pp. 47 et seq.

Zhang, Xiaoyang, "Competitive consultation" in China's Government Procurement Practice: Is it Compatible with the WTO's GPA [Agreement on Govern-

ment Procurement]? In: *International Trade Law & Regulation*, Vol. 27 (2021), pp. 28 et seq.

Zhang, Xiaoyang, Should China's Negative Lists Be Taken Account of in the Context of the TRIMS [Trade-Related Investment Measures] Agreement? In: *International Business Law Journal* (2021), pp. 55 et seq.

Zhang, Yanxuedan, Book Review: Congyan Cai, *The Rise of China and International Law. Taking Chinese Exceptionalism Seriously*. Oxford & New York: Oxford University Press 2019, pp. 360. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 73 (2021), pp. 422 et seq.

Zhang, Zhengyi/Liu, Yinnan, China's Role in the Work of International Organisations. In: Liu, Xiaohong/Zhang, Zhengyi (eds.), *Chinese Private International Law*. Oxford etc.: Hart Publishing 2021, pp. 253 et seq.

Zhou, Weihuan/Fang, Mandy Meng, Subsidizing Technology Competition: China's Evolving Practices and International Trade Regulation. In: *Washington International Law Journal*, Vol. 30 (2021), pp. 470 et seq.

Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Rechtsanwendung bei Streitfällen zu Mietverträgen über Häuser in Städten und Kleinstädten

最高人民法院关于审理城镇房屋租赁合同纠纷案件具体应用法律若干问题的解释¹

(2009年6月22日由最高人民法院审判委员会第1469次会议通过,根据2020年12月23日最高人民法院审判委员会第1823次会议通过的《最高人民法院关于修改〈最高人民法院关于在民事审判工作中适用《中华人民共和国工会法》若干问题的解释〉等二十七件民事类司法解释的决定》修正)

为正确审理城镇房屋租赁合同纠纷案件,依法保护当事人的合法权益,根据《中华人民共和国民法典》等法律规定,结合民事审判实践,制定本解释。

第一条 本解释所称城镇房屋,是指城市、镇规划区内的房屋。

乡、村庄规划区内的房屋租赁合同纠纷案件,可以参照本解释处理。但法律另有规定的,适用其规定。

Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Rechtsanwendung bei Streitfällen zu Mietverträgen über Häuser² in Städten und Kleinstädten

(Am 22.6.2009 auf der 1.469. Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts verabschiedet;³; revidiert aufgrund des am 23.12.2020 auf der 1.823 Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts verabschiedeten „Beschlusses des Obersten Volksgerichts zur Revision von 27 justiziellen Interpretationen in Zivilsachen wie etwa der ‚Interpretation des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Anwendung des ‚Gewerkschaftsgesetzes der Volksrepublik China‘ bei der Arbeit der Zivilrechtsprechung“⁴)

[Zweck] Um Streitfälle zu Mietverträgen über Häuser in Städten und Kleinstädten korrekt zu behandeln und die legalen Rechte [und] Interessen der Parteien nach dem Recht zu schützen, werden diese Erläuterungen aufgrund des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“⁵ [ZGB] und weiterer gesetzlicher Bestimmungen unter Berücksichtigung der Rechtsprechungspraxis festgelegt.

[1. Abschnitt: Anwendungsbereich]

§ 1 [Anwendungsbereich; unverändert]⁶ Häuser in Städten und Kleinstädten in diesen Erläuterungen bezeichnen Häuser im Bauleitplanungsgebiet von Städten und Kleinstädten.⁷

Streitfälle zu Mietverträgen über Wohnungen im Bauleitplanungsgebiet von Gemeinden und Dörfern können unter entsprechender Berücksichtigung dieser Erläuterungen geregelt werden. Wenn aber Gesetze andere Bestimmungen enthalten, werden diese anderen Bestimmungen angewandt.

¹ Quelle des chinesischen Textes: <<http://www.court.gov.cn/fabu-xiangqing-282621.html>> (<<https://perma.cc/K3MN-EVUX>>).

² Zum Begriff „Haus“ bzw. „Häuser“ (房屋) siehe § 5 Abs. 4 der Detaillierten Ausführungsregeln zur vorläufigen Verordnung über die Eintragung von Immobilien (不动产登记暂行条例实施细则) vom 1.1.2016 in der Fassung vom 16.7.2019, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.4.335013, chinesisch-deutsch in der Fassung vom 1.1.2016 in: ZChinR 2017, S. 34 ff. Demnach sind „Häuser“ durch die Grenzen der Rechtsinhaberschaft abgeschlossene Räume (封闭的空间), die ein unabhängiges Gebäude (独立成幢) sind, sowie durch die Grenzen der Rechtsinhaberschaft abgeschlossene Räume, die mit der Unterscheidung nach Apartments, Stockwerken oder Zimmern unabhängig genutzt werden können. Es handelt sich dabei also (auch) um Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienende Räume eines Gebäudes. Daneben finden sich in den vorliegenden Erläuterungen auch die Begriffe „住房“ (siehe § 1 Abs. 3) und „建筑“ (siehe § 3). Im ZGB wird für die Wohnung (etwa beim Wohnungsrecht nach den §§ 366 ff.) auch der Begriff „住宅“ verwendet.

³ Verkündet durch Bekanntmachung des OVG vom 30.7.2009 (OVG-Interpretation Mietrecht a.F.), chinesisch-deutsch in: ZChinR 2010, S. 272 ff.

⁴ <<http://www.court.gov.cn/fabu-xiangqing-282621.html>> (<<https://perma.cc/K3MN-EVUX>>).

⁵ Chinesisch-deutsch in: ZChinR 2020, S. 207 ff.

⁶ = § 1 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

⁷ Siehe hierzu das „Stadt- und Gemeindeplanungsgesetz der Volksrepublik China“ [中华人民共和国城乡规划法] vom 28.10.2007 in der Fassung vom 23.4.2019, chinesisch-englisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.331498(EN), deutsch in der Fassung vom 28.10.2007 in: Frank Münzel (Hrsg.), Chinas Recht, 28.10.2007/1 (dort insbesondere § 2; Münzel übersetzt „Kleinstädte“ [镇] abweichend als „Flecken“).

当事人依照国家福利政策租赁公有住房、廉租住房、经济适用住房产生的纠纷案件，不适用本解释。

第二条 出租人就未取得建设工程规划许可证或者未按照建设工程规划许可证的规定建设的房屋，与承租人订立的租赁合同无效。但在一审法庭辩论终结前取得建设工程规划许可证或者经主管部门批准建设的，人民法院应当认定有效。

第三条 出租人就未经批准或者未按照批准内容建设的临时建筑，与承租人订立的租赁合同无效。但在一审法庭辩论终结前经主管部门批准建设的，人民法院应当认定有效。

租赁期限超过临时建筑的使用期限，超过部分无效。但在一审法庭辩论终结前经主管部门批准延长使用期限的，人民法院应当认定延长使用期限内的租赁期间有效。

第四条 房屋租赁合同无效，当事人请求参照合同约定的租金标准支付房屋占有使用费的，人民法院一般应予支持。

当事人请求赔偿因合同无效受到的损失，人民法院依照民法典第一百五十七条和本解释第七条、第十一条、第十二条的规定处理。

第五条 出租人就同一房屋订立数份租赁合同，在合同均有效的情况下，承租人均主张履行合同的，人民法院按照下列顺序确定履行合同的承租人：

(一) 已经合法占有租赁房屋的；

Auf Streitfälle, die dadurch hervorgerufen werden, dass die Parteien auf Grundlage von [zentral-]staatlichen Politnormen zur Wohlfahrt Wohnraum in öffentlichem Eigentum, verbilligten Mietwohnraum⁸ oder erschwinglichen Wohnraum⁹ mieten, werden diese Erläuterungen nicht angewandt.

[2. Abschnitt: Unwirksamkeit von Mietverträgen]

§ 2 [Vermietung von baurechtswidrigen Wohnungen; unverändert¹⁰] Ein Mietvertrag, den ein Vermieter mit einem Mieter über Häuser schließt, die [der Vermieter] errichtet hat, ohne die Bauvorhabens-Leitplanungsgenehmigung erhalten zu haben, oder die [der Vermieter] nicht gemäß der Bauvorhabens-Leitplanungsgenehmigung errichtet hat, ist unwirksam. Das Volksgericht muss die Wirksamkeit [des Vertrags] jedoch feststellen, wenn [der Vermieter] die Bauvorhabens-Leitplanungsgenehmigung vor Beendigung der streitigen Verhandlung in erster Instanz erhalten hat oder wenn die zuständige Abteilung den Bau genehmigt.

§ 3 [Vermietung vorübergehender Gebäude; unverändert¹¹] Ein Mietvertrag, den ein Vermieter mit einem Mieter über ein vorübergehendes Gebäude schließt, das nicht genehmigt ist oder das nicht gemäß dem Inhalt der Genehmigung errichtet wurde, ist unwirksam. Das Volksgericht muss die Wirksamkeit [des Vertrags] jedoch feststellen, wenn [der Vermieter] die Bauvorhabens-Leitplanungsgenehmigung vor Beendigung der streitigen Verhandlung in erster Instanz erhalten hat oder wenn die zuständige Abteilung den Bau genehmigt.

Überschreitet die Mietfrist die Nutzungsdauer des vorübergehenden Gebäudes, ist [der Vertrag im Hinblick auf] den überschreitenden Teil unwirksam. Wenn aber die zuständige Abteilung vor Beendigung der streitigen Verhandlung in erster Instanz die Verlängerung der Nutzungsfrist genehmigt, muss das Volksgericht die Wirksamkeit der Mietfrist während der verlängerten Nutzungsfrist feststellen.

§ 4 [Rechtsfolgen der Unwirksamkeit; geändert¹²] Ist der Mietvertrag über Häuser unwirksam [und] fordert eine Partei die Zahlung einer Nutzungsgebühr für den Besitz des Hauses unter entsprechender Berücksichtigung des vertraglich vereinbarten Mietzinsstandards, muss das Volksgericht [dies] im Allgemeinen unterstützen.

Fordert eine Partei Ersatz für den wegen der Unwirksamkeit des Vertrags erlittenen Schaden, regelt das Volksgericht [dies] aufgrund der Bestimmungen des § 157 ZGB und der §§ 7, 11, 12 dieser Erläuterungen.

[3. Abschnitt: Mehrere Mietverträge über dieselbe Wohnung]

§ 5 [Mehrere Mietverträge über dieselbe Wohnung; geändert¹³] Wenn der Vermieter über dieselbe Wohnung mehrere Mietverträge abschließt, diese Verträge alle wirksam sind und die Mieter alle die Erfüllung der Verträge geltend machen, bestimmt das Volksgericht die Erfüllung der Verträge nach folgender Reihenfolge der Mieter:

1. derjenige, der bereits im legalen Besitz der vermieteten Wohnung ist;

⁸ Siehe hierzu die „Methode zur Sicherstellung von verbilligtem Mietwohnraum“ [廉租住房保障办法] vom 8.11.2007, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码], CLI.4.99710.

⁹ Siehe hierzu die „Methode zur Verwaltung von erschwinglichem Wohnraum“ [经济适用住房管理办法] vom 19.11.2007, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码], CLI.4.99865.

¹⁰ = § 2 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

¹¹ = § 3 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

¹² Vgl. § 5 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (Anpassung der Verweisungen). Der weggefallene § 4 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (zur Unbeachtlichkeit der Nichtdurchführung behördlicher Verfahren) ist in § 706 ZGB aufgenommen worden.

¹³ Vgl. § 6 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (Anpassung der Verweisung).

(二) 已经办理登记备案手续的;

(三) 合同成立在先的。

不能取得租赁房屋的承租人请求解除合同、赔偿损失的, 依照民法典的有关规定处理。

第六条 承租人擅自变动房屋建筑主体和承重结构或者扩建, 在出租人要求的合理期限内仍不予恢复原状, 出租人请求解除合同并要求赔偿损失的, 人民法院依照民法典第七百一十一条的规定处理。

第七条 承租人经出租人同意装饰装修, 租赁合同无效时, 未形成附合的装饰装修物, 出租人同意利用的, 可折价归出租人所有; 不同意利用的, 可由承租人拆除。因拆除造成房屋毁损的, 承租人应当恢复原状。

已形成附合的装饰装修物, 出租人同意利用的, 可折价归出租人所有; 不同意利用的, 由双方各自按照导致合同无效的过错分担现值损失。

第八条 承租人经出租人同意装饰装修, 租赁期间届满或者合同解除时, 除当事人另有约定外, 未形成附合的装饰装修物, 可由承租人拆除。因拆除造成房屋毁损的, 承租人应当恢复原状

第九条 承租人经出租人同意装饰装修, 合同解除时, 双方对已形成附合的装饰装修物的处理没有约定的, 人民法院按照下列情形分别处理

2. derjenige, der bereits die Formalitäten der Meldung zu den Akten für die Eintragung erledigt hat;

3. derjenige, dessen Vertrag zuerst zustande gekommen ist.

Fordert der Mieter, der die gemietete Wohnung nicht erhalten kann, die Auflösung des Vertrags oder Schadensersatz, wird [dies] auf Grundlage der betreffenden Bestimmungen des ZGB geregelt.

[4. Abschnitt: Kündigung durch Vermieter]

§ 6 [Veränderungen durch den Mieter; geändert¹⁴] Wenn ein Mieter, der eigenmächtig den Hauptteil des Gebäudes und die tragende Konstruktion geändert oder das Gebäude erweitert hat, innerhalb einer angemessenen Frist, in welcher der Vermieter [dies] verlangt, den ursprünglichen Zustand nicht wiederherstellt [und] der Vermieter die Auflösung des Vertrags fordert und Schadensersatz verlangt, behandelt das Volksgericht [dies] auf Grundlage von § 711 ZGB.

[5. Abschnitt: Bauliche Veränderungen durch den Mieter]

§ 7 [Bauliche Veränderungen durch Mieter bei Unwirksamkeit des Vertrags; unverändert¹⁵] Führt der Mieter mit Einverständnis des Vermieters Dekorationen oder Ausbauarbeiten durch, können [diese] bei einer Unwirksamkeit des Mietvertrags in ihren Wert umgerechnet in das Eigentum des Vermieters fallen, wenn die Gegenstände der Dekorationen und Ausbauarbeiten keine wesentlichen Bestandteile bilden und der Vermieter mit dem Gebrauch einverstanden ist; ist [der Vermieter] nicht einverstanden, können sie vom Mieter abgerissen werden. Wird durch den Abriss eine Verschlechterung des Hauses herbeigeführt, muss der Mieter den ursprünglichen Zustand wiederherstellen.

Gegenstände der Dekorationen und Ausbauarbeiten, die wesentliche Bestandteile bilden, können in ihren Wert umgerechnet in das Eigentum des Vermieters fallen, wenn der Vermieter mit dem Gebrauch einverstanden ist; ist er nicht einverstanden, wird von beiden Seiten nach dem jeweiligen zur Unwirksamkeit des Vertrags führenden Verschulden der Schaden nach dem gegenwärtigen Wert verteilt getragen.

§ 8 [Bauliche Veränderungen durch Mieter, die keine wesentlichen Bestandteile werden, bei Beendigung der Miete; unverändert¹⁶] Führt der Mieter mit Einverständnis des Vermieters Dekorationen oder Ausbauarbeiten durch, können sie bei Ablauf der Mietfrist oder bei Auflösung des Vertrags vom Mieter abgerissen werden, wenn die Gegenstände der Dekorationen und Ausbauarbeiten keine wesentlichen Bestandteile bilden, es sei denn, dass die Parteien etwas anderes vereinbart haben. Wird durch den Abriss eine Verschlechterung des Hauses herbeigeführt, muss der Mieter den ursprünglichen Zustand wiederherstellen.

§ 9 [Bauliche Veränderungen durch Mieter, die wesentliche Bestandteile werden, bei Beendigung der Miete; unverändert¹⁷] Führt der Mieter mit Einverständnis des Vermieters Dekorationen oder Ausbauarbeiten durch, regelt das Volksgericht [dies] bei Auflösung des Vertrags getrennt nach folgenden Umständen, wenn beide Parteien zur Regelung von Gegenständen der Dekorationen und Ausbauarbeiten, die wesentliche Bestandteile bilden, nichts vereinbart haben:

¹⁴ Vgl. § 7 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (Anpassung der Verweisung).

¹⁵ = § 9 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (Anpassung der Verweisungen). Der weggefallene § 8 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. (zur Vertragsauflösung durch den Mieter) ist in § 724 ZGB aufgenommen worden.

¹⁶ = § 10 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

¹⁷ = § 11 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

(一) 因出租人违约导致合同解除, 承租人请求出租人赔偿剩余租赁期内装饰装修残值损失的, 应予支持;

(二) 因承租人违约导致合同解除, 承租人请求出租人赔偿剩余租赁期内装饰装修残值损失的, 不予支持。但出租人同意利用的, 应在利用价值范围内予以适当补偿;

(三) 因双方违约导致合同解除, 剩余租赁期内的装饰装修残值损失, 由双方根据各自的过错承担相应的责任;

(四) 因不可归责于双方的事由导致合同解除的, 剩余租赁期内的装饰装修残值损失, 由双方按照公平原则分担。法律另有规定的, 适用其规定。

第十条 承租人经出租人同意装饰装修, 租赁期间届满时, 承租人请求出租人补偿附合装饰装修费用的, 不予支持。但当事人另有约定的除外。

第十一条 承租人未经出租人同意装饰装修或者扩建发生的费用, 由承租人负担。出租人请求承租人恢复原状或者赔偿损失的, 人民法院应予支持。

第十二条 承租人经出租人同意扩建, 但双方对扩建费用的处理没有约定的, 人民法院按照下列情形分别处理:

(一) 办理合法建设手续的, 扩建造价费用由出租人负担;

(二) 未办理合法建设手续的, 扩建造价费用由双方按照过错分担。

第十三条 房屋租赁合同无效、履行期限届满或者解除, 出租人请求负有腾房义务的次承租人支付逾期腾房占有使用费的, 人民法院应予支持。

1. Wenn eine Vertragsverletzung des Vermieters zur Auflösung des Vertrags führt [und] der Mieter fordert, dass der Vermieter als Schaden den Restwert der Dekorationen oder Ausbauarbeiten für die verbleibende Mietfrist ersetzt, muss [dies] unterstützt werden;

2. wenn eine Vertragsverletzung des Mieters zur Auflösung des Vertrags führt [und] der Mieter fordert, dass der Vermieter als Schaden den Restwert der Dekorationen oder Ausbauarbeiten für die verbleibende Mietfrist ersetzt, wird [dies] nicht unterstützt. Wenn aber der Vermieter mit dem Gebrauch einverstanden ist, muss im Rahmen des Gebrauchswertes ein angemessener Ausgleich gewährt werden;

3. wenn eine Vertragsverletzung beider Parteien zur Auflösung des Vertrags führt, haften beide Parteien für den Schaden nach dem Restwert der Dekorationen oder Ausbauarbeiten für die verbleibende Mietfrist aufgrund des jeweiligen Verschuldens;

4. wenn Gründe, für die beide Parteien nicht verantwortlich gemacht werden können, zur Auflösung des Vertrags führen, tragen beide Parteien nach dem Gerechtigkeitsgrundsatz verteilt den Schaden nach dem Restwert der Dekorationen oder Ausbauarbeiten für die verbleibende Mietfrist. Enthalten Gesetze andere Bestimmungen, werden diese Bestimmungen angewandt.

§ 10 [Kosten für bauliche Veränderungen, die wesentliche Bestandteile geworden sind; unverändert¹⁸] Führt der Mieter mit Einverständnis des Vermieters Dekorationen oder Ausbauarbeiten durch, wird nicht unterstützt, wenn der Mieter bei Ablauf der Mietfrist fordert, dass der Vermieter die Kosten für Dekorationen oder Ausbauarbeiten, die wesentliche Bestandteile geworden sind, ausgleicht, es sei denn, dass die Parteien etwas anderes vereinbart haben.

§ 11 [Bauliche Veränderungen ohne Einverständnis des Vermieters; unverändert¹⁹] Kosten, die durch Dekorationen, Ausbauarbeiten oder die Erweiterung des Gebäudes entstehen, die der Mieter ohne Einverständnis des Vermieters durchgeführt hat, trägt der Mieter. Verlangt der Vermieter vom Mieter die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands oder Schadensersatz, muss das Volksgericht [dies] unterstützen.

§ 12 [Kosten für die Erweiterung des Baus; unverändert²⁰] Führt der Mieter mit Einverständnis des Vermieters eine Erweiterung des Gebäudes durch, regelt das Volksgericht [dies] getrennt nach den folgenden Umständen, wenn beide Parteien zur Regelung der Kosten für die Erweiterung des Gebäudes nichts vereinbart haben:

1. Wenn die legalen Bauformalitäten erledigt wurden, werden die Herstellungskosten für die Erweiterung des Gebäudes vom Vermieter getragen;

2. wenn die legalen Bauformalitäten nicht erledigt wurden, werden die Herstellungskosten für die Erweiterung des Gebäudes von beiden Parteien nach dem Verschulden verteilt getragen.

[6. Abschnitt: Untervermietung]

§ 13 [Mietforderung gegen Zweitmieter nach Beendigung des Mietvertrags; unverändert²¹] Ist der Mietvertrag über Häuser unwirksam, die Erfüllungsfrist abgelaufen oder aufgelöst worden [und] fordert der Vermieter, dass der zum Auszug verpflichtete Untermieter für die nicht fristgemäß freigemachte Wohnung eine Gebrauchsgebühr für den Besitz zahlt, muss das Volksgericht [dies] unterstützen.

¹⁸ = § 12 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

¹⁹ = § 13 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

²⁰ = § 14 OVG-Interpretation Mietrecht a. F.

²¹ = § 18 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. Die weggefallenen §§ 15, 16 und 17 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. sind in den §§ 717, 718 und 719 ZGB aufgenommen worden.

[7. Abschnitt: Übertragung von Eigentum an vermieteten Wohnungen]

第十四条 租赁房屋在承租人按照租赁合同占有期限内发生所有权变动，承租人请求房屋受让人继续履行原租赁合同的，人民法院应予支持。但租赁房屋具有下列情形或者当事人另有约定的除外：

(一) 房屋在出租前已设立抵押权，因抵押权人实现抵押权发生所有权变动的；

(二) 房屋在出租前已被人民法院依法查封的。

第十五条 出租人与抵押权人协议折价、变卖租赁房屋偿还债务，应当在合理期限内通知承租人。承租人请求以同等条件优先购买房屋的，人民法院应予支持。

第十六条 本解释施行前已经终审，本解释施行后当事人申请再审或者按照审判监督程序决定再审的案件，不适用本解释。

§ 14 [Ausnahmen zum Grundsatz „Kauf bricht nicht Miete“; geändert²²] Wird das Eigentum an dem vermieteten Haus innerhalb der Frist geändert, in der der Mieter es nach dem Mietvertrag besitzt, [und] fordert der Mieter vom Erwerber des Hauses eine weitere Erfüllung des ursprünglichen Mietvertrags, muss das Volksgericht [dies] unterstützen, es sei denn, dass bei dem vermieteten Haus folgende Umstände vorliegen oder die Parteien etwas anderes vereinbart haben:

1. wenn an dem Haus vor der Vermietung bereits eine Hypothek bestellt war [und] sich eine Änderung des Eigentums ergibt, weil sich der Hypothekar aus der Hypothek befriedigt²³;

2. wenn das Haus vor der Vermietung bereits nach dem Recht vom Volksgericht versiegelt worden war.

§ 15 [Vorkaufsrecht bei Befriedigung aus Hypothek; unverändert²⁴] Vereinbaren Vermieter und Hypothekar zur Befriedigung von Schulden die Anrechnung des Wertes oder den freihändigen Verkauf des vermieteten Hauses, muss [dies] dem Mieter innerhalb einer angemessenen Frist mitgeteilt werden. Fordert der Mieter ein Vorkaufsrecht zu gleichen Bedingungen für das Haus, muss das Volksgericht [dies] unterstützen.

[8. Abschnitt: Ergänzende Bestimmung]

§ 16 [Übergangsvorschrift; unverändert²⁵] Diese Erläuterungen finden keine Anwendung auf Fälle, deren Behandlung bereits vor Durchführung dieser Erläuterungen abgeschlossen war, bei denen nach Durchführung dieser Erläuterungen die Parteien die Wiederaufnahme beantragen oder nach dem Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen die Wiederaufnahme beschlossen wurde.

Übersetzung, Anmerkungen und Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern von Knut Benjamin Pißler, Hamburg

²² Vgl. § 20 OVG-Interpretation Mietrecht a.F. (Anpassung an die neue Formulierung des § 725 ZGB). Der weggefallene § 19 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. ist in § 732 ZGB aufgenommen worden.

²³ Wörtlich: „die Hypothek realisiert“.

²⁴ = § 22 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. Der weggefallene § 21 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. ist in § 728 ZGB aufgenommen worden.

²⁵ = § 25 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. Die weggefallenen §§ 23, 24 OVG-Interpretation Mietrecht a. F. sind in § 727 bzw. § 726 ZGB aufgenommen worden.

Beijing

Baker & McKenzie

Suite 3401, China World Tower 2
China World Trade Center
No. 1, Jianguomenwai Avenue
100004 Beijing, VR China

贝壳·麦坚时国际律师事务所北京代表处
国贸大厦2座3401室
中国国际贸易中心
建国门外大街1号
100004 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 6535 3800; Fax: +86 10 6505 2309; 6505 0378; E-Mail: <christian.atzler@bakermckenzie.com>
Ansprechpartner: *Christian Atzler*

Brandi Dröge Piltz Heuer & Gronemeyer

Suite 706/2, Jian Wai SOHO
No. 39, East 3rd Ring Road, Chaoyang District
100022 Beijing, VR China

建外 SOHO 2 号楼 706 室
朝阳区东三环中路 39 号
100022 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 5869 5751; E-Mail: <wigginghaus@bdphg.de>
Ansprechpartner: *Dr. Nils Wigginghaus*

King & Wood Mallesons

18/F, East Tower, World Financial Center
No. 1, Dongsanhuan Zhonglu, Chaoyang District
100020 Beijing, VR China

环球金融中心办公楼东楼 18 层
朝阳区东三环中路 1 号
100020 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 5878 5588; Fax: +86 10 5878 5599; E-Mail: <sandra.link@kwm-europe.com>
Ansprechpartner: *Dr. Sandra Link*

Wenfei Attorneys-at-Law Ltd.

Room 1006, Air China Plaza
No. 36, Xiaoyun Road, Chaoyang District
100027 Beijing, VR China

瑞士文斐律师事务所
国航大厦 1006 室
朝阳区霄云路 36 号
100027 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 8418 5687; Fax: +86 10 8418 5907; E-Mail: <paul.thaler@wenfei.com>
Ansprechpartner: *Dr. Paul Thaler*

Shanghai

Clifford Chance LLP

25/F, HKRI Centre Tower 2, HKRI Taikoo Hui
No. 288, Shimen Yi Road
200041 Shanghai, VR China

高伟绅律师事务所上海代表处
兴业太古汇香港兴业中心二座 25 层
市石门一路 288 号
200041 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2320 7288; Fax: +86 21 2320 7256; E-Mail: <qian.ma@cliffordchance.com>
Ansprechpartner: *Dr. Ma Qian*

CMS, China

Suite 2801, Plaza 66, Tower 2
No. 1266, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

德国 CMS 德和信律师事务所驻上海代表处
恒隆广场 2 期 2801 室
南京西路 1266 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6289 6363; Fax: +86 21 6289 0731; E-Mail: <ulrike.glueck@cms-hs.com>
Ansprechpartner: *Dr. Ulrike Glück*

Ernst & Young

German Business Center (GBC) Shanghai
23/F, The Center, No. 989, Changle Road
200031 Shanghai, VR China

安永会计师事务所
世纪商贸广场 23 楼
长乐路 989 号
200031 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2405 2348; Fax: +86 21 6275 1131; E-Mail: <titus.bongart@cn.ey.com>

Ansprechpartner: *Titus von dem Bongart*

Freshfields Bruckhaus Deringer

34/F, Jin Mao Tower
No. 88, Century Boulevard, Pudong
200121 Shanghai, VR China

富而德律师事务所
金茂大厦 34 楼
浦东新区世纪大道 88 号
200121 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 5049 1118; Fax: +86 21 3878 0099; E-Mail: <heiner.braun@freshfields.com>

Ansprechpartner: *Dr. Heiner Braun*

GvW Graf von Westphalen

Chong Hing Finance Center, Room 906
288 West Nanjing Road
200003 Shanghai, VR China

德国丰伟律师事务所
创兴金融中心 906 室
南京西路 288 号
200003 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6322 3131; E-Mail: <p.heid@sh.gvw.com>, <d.koestner@sh.gvw.com>

Ansprechpartner: *Patrick Heid, Dr. Dominic Köstner*

Hogan Lovells

18/F, Park Place
No. 1601, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

霍金路伟律师事务所上海办事处
越洋广场 18 楼
南京西路 1601 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6122 3800; Fax: +86 21 6122 3899; E-Mail: <shengzhe.wang@hoganlovells.com>

Ansprechpartner: *Shengzhe Wang*

Latham & Watkins LLP

26/F, Two ifc
No. 8, Century Boulevard
200120 Shanghai, VR China

国金中心二期 26 楼
世纪大道 8 号
200120 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6101 6000; Fax: +86 21 6101 6001; E-Mail: <christian.jahn@lw.com>

Ansprechpartner: *Dr. Christian H. Jahn*

Linklaters LLP

29/F, Mirae Asset Tower
No. 166, Lujiazui Ring Road
200120 Shanghai, VR China

年利达律师事务所上海代表处
未来资产大厦 29 楼
陆家嘴环路 166 号
200120 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2891 1888; Fax: +86 21 2891 1818; E-Mail: <wolfgang.sturm@linklaters.com>

Ansprechpartner: *Wolfgang F. Sturm*

Luther Law Offices

2/F AZIA Center
No. 1233, Lujiazui Ring Road, Pudong
200120 Shanghai, VR China

陆德律师事务所
汇亚大厦 2 层
浦东新区陆家嘴环路 1233 号
200120 上海, 中华人民共和国

Pinsent Masons

Room 4605, Park Place Office Tower
No. 1601, Nanjing West Road
200040 Shanghai, VR China

品诚梅森律师事务所
上海越洋广场 4605 室
静安区南京西路 1601 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6321 1166; Fax: +86 21 6329 2696; E-Mail: <bernd.stucken@pinsentmasons.com>

Ansprechpartner: *Dr. Bernd-Utwe Stucken*

Schindhelm Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
German Centre for Industry and Trade Shanghai
Unit 638, 6/F, Tower 3, No. 88, Keyuan Road
201203 Shanghai, VR China

德国申特海姆律师事务所上海代表处
3幢6层638室
德国中心, 科苑路88号
上海浦东张江高科技园区
201203 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2898 6660; E-Mail: <bernhard.heringhaus@schindhelm.net>
Ansprechpartner: *Dr. Bernhard Heringhaus*

Schulz Noack Bärwinkel
Suite 2302, International Trade Center
No. 2201, Yan'an Road West
200336 Shanghai, VR China

德国律师事务所上海办事处
国际贸易中心 2302 室
延安西路 2201 号
200336 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6219 8370; Fax: +86 21 6219 6849; E-Mail: <jm.scheil@snblaw.com>
Ansprechpartner: *Dr. Jörg-Michael Scheil*

Taylor Wessing
Unit 1801, Raffles City Changning
Tower 2, No. 1189, Changning Road
200051 Shanghai, VR China

泰乐信律师事务所驻上海代表处
来福士广场写字楼 2 座 1801 单元
长宁路 1189 号
200051 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6247 7247; Fax +86 21 6247 7248; E-Mail: <m.goldammer@taylorwessing.com>
Ansprechpartner: *Mike Goldammer*

Guangzhou

Rödl & Partner
45/F, Metro Plaza
No. 183, Tianhe Road North
510075 Guangzhou, VR China

德国罗德律师事务所上海代表处
大都会广场 45 楼
广州市天河北路 183 号
510075 广州, 中华人民共和国

Tel.: +86 20 2264 6388; Fax: +86 20 2264 6390; E-Mail: <sebastian.wiendieck@roedl.pro>
Ansprechpartner: *Sebastian Wiendieck*

IMPRESSUM

ISSN: 1613-5768
Online ISSN: 2366-7125

- Herausgeber**
(主编) Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e.V.
Dr. Joachim Glatter, Präsident
E-Mail: <glatter@dcjv.org>
- Schriftleitung**
(执行编辑) Dr. Peter Leibkühler LL.M. (China-EU School of Law)
Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth)
Deutsch-Chinesisches Institut für Rechtswissenschaft
der Universitäten Göttingen und Nanjing
Hankou Lu 22, 210093 Nanjing, VR China
南京大学中德法学研究所
汉口路 22 号, 210093 南京, 中华人民共和国
Tel. / Fax: +86 25 8663 7892
E-Mail: <dcir.nanjing@hotmail.com>
- Wissenschaftlicher**
Beirat (编委会) Prof. Dr. Björn Ahl, Professor für chinesische Rechtskultur,
Universität zu Köln
Prof. Dr. Knut Benjamin Pißler, M.A., Max-Planck-Institut für
ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg
- Online-Redaktion**
(电子版编辑部) Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Privatrecht
Mittelweg 187, 20148 Hamburg
Kontakt bei technischen Fragen: David Schröder-Micheel
E-Mail: <micheel@mpipriv.de>
- Deutsches Korrek-**
torat (德语校对) Anja Rosenthal, Max-Planck-Institut für ausländisches und inter-
nationales Privatrecht
- Englisches Lek-**
torat (英语编辑) Michael Friedman, Max-Planck-Institut für ausländisches und in-
ternationales Privatrecht
- Gestaltung**
(美术设计) Jasper Habicht, Köln

Die Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) erscheint viermal im Jahr als gedruckte Ausgabe. Das Abonnement der Zeitschrift ist für die Mitglieder der DCJV im Mitgliedsbeitrag enthalten. Es steht jedem Interessierten frei, Mitglied der DCJV zu werden. Eine Mitgliedschaft bei der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung kann online unter <www.dcjv.org> beantragt werden.

Unter <www.ZChinR.de> stehen die Beiträge der jeweils vier letzten Ausgaben der Zeitschrift in Form von Inhaltsverzeichnissen, diejenigen der vorhergehenden Ausgaben als Volltexte im text- und seitenkonkordanten PDF-Format zur Verfügung. Mitglieder der DCJV können sich mit ihrem persönlichen Benutzernamen und Passwort anmelden und erhalten damit Zugriff auch auf die Volltexte der letzten vier Ausgaben.

Die Jahrgänge 1–10 (1994–2003) sind unter dem Titel „Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.“ erschienen. Die älteren Jahrgänge stehen im Internet unter <www.dcjv.de> im Volltext kostenfrei zum Abruf bereit.

Hinweise für Autoren finden sich unter derselben Adresse bei Unterpunkt ZChinR / Archiv.

Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung (LL.M. / M.A.)



Seit dem Jahr 2013 wird deutschen Absolventen der Rechtswissenschaften oder eines sinologischen Studiengangs die Möglichkeit geboten, im Rahmen eines Masterstudiengangs zwei Semester am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaften in Nanjing zu verbringen und das chinesische Recht sowie die chinesische Sprache zu studieren.



Angeboten werden

- ▶ Chinesische Sprache und Rechtsterminologie
- ▶ Quellen des chinesischen Rechts und Gesetzgebung
- ▶ Zivil- und Wirtschaftsrecht (Vertrags-, Gesellschaftsrecht)
- ▶ Öffentliches Recht (Verwaltungs- und Verfassungsrecht)
- ▶ Rechtsvergleichung
- ▶ Chinesische Rechtsgeschichte und Rechtsphilosophie
- ▶ Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Geschichte Chinas



Zulassungsvoraussetzung ist ein Studium der Rechtswissenschaften oder der Chinawissenschaften/Sinologie. Je nach vorangegangenem Studium sind Nachweise über Kenntnisse der jeweils anderen Disziplin erforderlich. Der Umfang der nachzuweisenden Vorkenntnisse richtet sich nach dem gewählten Studienschwerpunkt und dem angestrebten Abschluss (LL.M. oder M.A.).



Kurzprofil »Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung«

Abschluss: Je nach Studienschwerpunkt Chinawissenschaft »M.A.« oder Rechtswissenschaft »LL.M.« der Universität Göttingen und rechtswissenschaftliche Master der Universität Nanjing · **Regelstudienzeit:** Vier Semester · **Unterrichtssprache:** Deutsch und Englisch · Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt · **Verfügbare Studienplätze:** 25 · **Studienverlauf:** 1. Semester Göttingen, 2.-3. Semester Nanjing, 4. Semester Göttingen · Studienbeginn ist zum Wintersemester möglich



ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

Call for Papers

Since 1994 the German–Chinese Jurists’ Association and the Sino–German Institute for Legal Studies of the Universities of Göttingen and Nanjing are quarterly publishing the “Zeitschrift für Chinesisches Recht (German Journal of Chinese Law)”, formerly known as the “Newsletter of the German-Chinese Jurists’ Association”.

The journal is focusing on issues of contemporary Chinese law and modern Chinese legal history with a particular emphasis on legal aspects of Chinese economic development and international relations. It seeks to advance practical as well as theoretical analysis of Chinese law.

The journal invites submissions within its scope as set out above to be published in one of its next issues. To guarantee for intellectually stimulating and innovative contributions all submissions will be subject to a review procedure by the editors. Manuscripts (English or German) to be published in the journal’s categories articles, short contributions, documentations and book reviews should be submitted in electronic form and should follow the rules of citation and guidelines for the submission of articles, which can be found at www.ZChinR.de. Previous issues of ZChinR can also be found at www.ZChinR.de.

Please address your manuscripts as well as any inquiries concerning subscription and advertising to the editor-in-chief:

Dr. Peter Leibkühler (LL.M.)
ZChinR, Sino–German Institute for Legal Studies
Nanjing University
22, Hankou Lu, 210093 Nanjing, People’s Republic of China
E-mail: dcir.nanjing@hotmail.com Tel./Fax: +86 25 8663 7892